

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf. monatlich 3.00 Mk., vierteljährlich 8.00 Mk., halbjährlich 15.00 Mk., jährlich 30.00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat.
 Abonnement in die Post-Prüfungsbücherei. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stehende Anzeigen und Schließzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 3. Juli 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Politische Briefe aus Petersburg.

(Von unserem Korrespondenten.)

In der Reichsduma.

II.

Herrn Stolypin erwiderte zunächst der Bauernabgeordnete Kladjin:

„Als hier von Amnestie die Rede war, vom Aufheben aller Kriegs- und anderen besonderen Zustände, da beizien sich die Herren Minister natürlich nicht! Jetzt aber wollen sie den Hungernden schnell zu Hilfe kommen. Woher diese Schnelligkeit? Die Antwort finde ich in den Worten der Herren Minister selber: Sie kommen deshalb so schnell, weil es sich hier um viele Millionen Rubel handelt. Jedenfalls, wenn diese Millionen zu verwenden sind, kommen die Herren Minister schnell. (Beifall. Rufe: Sehr richtig!) Und wir kennen die Resultate ihres Auftretens: Drei Viertel der Summen bleiben in den Taschen der Administration stecken — von der höchsten, vom Ministerium des Innern an, bis zur niedrigsten. (Lauter Beifall. Rufe: Sehr richtig!) Ja, das russische Volk zu plündern, da sind die Minister nie zu spät gekommen.“

„Es muß den Hungernden geholfen werden, und wir werden ihnen helfen. Wir haben unsere eigene Kommission: die der Elf. Ich meine, Ihr Herren Volksabgeordnete, das wirksamste Mittel, um dem Volke zu helfen, sei: die Sache des Volkes in unsere eigenen, bis jetzt makellosen Hände zu übernehmen.“

„Außer der Kommission der Elf können wir noch für jedes Gouvernement, das unter der Hungernot leidet oder von ihr bedroht ist, lokale Abgeordnete wählen, wie wir es für Dialest getan haben und für den Kaukasus zu tun beabsichtigen. Diese lokalen Abgeordneten werden wir in die betreffenden Orte senden. Wir werden uns an Stiftungen mit tadelloser Reputation wenden — und als solche können nur die Semstwo gelten sowie diejenigen privaten Stiftungen, die der Bevölkerung aus eigenem Antriebe zu Hilfe kommen.“

„Wie auch die Herren Minister sich bemühen, nie werden sie das russische Volk davon überzeugen können, daß wir ihm nicht helfen wollen. Das einzige, was wir von den Herren Ministern fordern werden — ja, fordern werden wir und nicht bitten, und zurückweisen wird man uns nicht! Das einzige also, was wir von den Ministern fordern werden, ist: daß alle Mittel, die sie in ihren Händen haben, an unsere Kommission und an die Personen übergeben, die von uns für den Kampf mit der Hungernot herbeigerufen werden. Aber daß wir — sei es auch nur ein einziger — dem Herrn Surlo übergeben, dem wir hier öffentlich unser Vertrauen bezeugen haben, Ihr Herren Volksvertreter, ich glaube nicht, daß wir uns je dazu entschließen. (Sehr richtig! Lauter Beifall.)“

„Sei es die Frage der Hungernot, sei es jede beliebige andere Frage, die uns hier begegnet, nur ein einziger Antwort haben wir für die Minister: Wann werdet Ihr endlich wenigstens so ehrlich sein, diese Plätze zu räumen?“ (Lauter Beifall. Rufe: Raus mit ihnen! Fort mit ihnen!)“

Redner begleitete den letzten Satz mit einer bedeutungsvollen Handbewegung, die dem Worte „fort!“ entspricht. Er verläßt die Tribüne von rechts neben den Sitzen der Minister und wirft ihnen herausfordernde Blicke zu.

Es folgt Abgeordneter Roditschew. Seine Rede ist mäßiger, aber sein ansehendes Feuer erregt die Versammlung nicht minder. „Heute morgen haben wir von Rußlands Martyrium gehört. Die Minister haben es leider nicht gehört! Es war nur ein Stöhnen. Vom Wolgauer, dieser Getreidelammer Rußlands, vom Kaukasus, Rußlands Perle, haben wir gehört. Ueberall Verwüstung, überall chronische Hungernot. Und es wird kein Ende sein, solange die Grundursache dieses Unglücks dauert. Die Despotie — das ist die Hauptursache des Elendes des Volkes. Und das Resultat hängt gar nicht davon ab, ob an der Spitze der despotischen Regierung unheimliche oder — wie es meist bei uns der Fall ist — von Eigennutz besessene Menschen stehen. ... Aus allem, was uns der Minister heute erklärt, können wir nur ein einziger Schluß ziehen: das alte System bleibt bestehen. — Man erklärt uns ganz ruhig, daß die Volkstücken nur da geschlossen wurden, wo deren Gründer revolutionärer Tätigkeit überführt wurden. Doch als man die Volkstücken schloß, waren die Gründer noch nicht überführt! Aber wenn sie es auch wären, wenn sie die schrecklichsten Verbrecher wären, gibt es irgendwo auf Erden ein Gesetz, das dem Verbrecher Brot zu backen und Hungernde zu ernähren verbietet? (Beifall.) Seit Goremskin, dem heutigen Ministerpräsidenten, ist bei uns ein System eingeführt, das eine besondere Konzeption fordert, um an Hungernde Brot zu verteilen. Uns müssen ist das Wohlthätigkeitsrecht entzogen!“

„In Elfsabstimmung wurden Ärzte vom Generalgouverneur nicht zur Arbeit zugelassen. Der Minister hat diese Tatsache zugegeben, aber er erklärte: ärztliche Hilfe wäre dort nicht nötig gewesen! Es ist eine Schamlosigkeit, eine unerhörte Grausamkeit! Ja, ein Arzt, geht, um Leute zu heilen, und ein Generalgouverneur erklärt mir, ich sei hier nicht nötig! Welcher Kriegszustand bewaffnet die Generalgouverneure mit diesem Recht? Wo, in welchem Gesetz ist das festgesetzt, in welchem Gewissen steht das festgesetzt?“

Redner macht eine Pause und sieht dem Minister ins Gesicht. (Lauter Beifall.)

Weiter entwickelt Roditschew den Gedanken, daß Rußland Hunger und Elend leiden müsse, solange es nicht ein freies Land ist.

Das sind Beispiele dafür, wie man in der Duma zu den Ministern spricht.

Die Duma nahm übrigens zur Sache folgenden Antrag Rabotoff (Kadett) und Jilkin (Arbeitsgruppe) an:

„Die Reichsduma ist der Meinung, daß die Hilfe für die hungernde Bevölkerung durch die Einmischung der Administration gehemmt wird, da diese sich von politischen Rücksichten leiten läßt. Diese Hilfe wird solange gehemmt werden, als das jetzige, von der Volksvertretung und verantwortliche Ministerium die Macht behält. Die Reichsduma ist der Meinung, daß die Hilfe unter dem Bestande gesellschaftlicher Elemente nötig sei, sie beauftragt die Volksernährungskommission, einen Organisationsplan der Volksernährungshilfe auszuarbeiten, bei dem die dazu bestimmten Geldsummen unter der strengen Kontrolle der Duma bleiben, und geht zur Tagesordnung über.“

Die Minister blieben bis zum Ende der Abstimmung und konnten noch mehr als einmal, bevor sie den Saal verließen, immer denselben Ruf hören: „Demissionieren!“

Jener Beschluß — eine direkte Einmischung in die exekutive Macht — ist ein revolutionärer Schritt, den das Land begrüßen und mit allen Kräften unterstützen wird.

Ein ebenso revolutionärer Schritt war auch die Entsendung von Abgeordneten nach Dialest, wo sie Material über die Megelei sammeln mußten. Davon werden wir noch eingehender zu sprechen haben, da in der Duma ein Vortrag darüber bevorsteht.

Zum Schluß können wir nicht umhin, zu berichten, daß sich in der Duma eine Fraktion unserer Partei gebildet hat. Dies geschah nach der Ankunft von fünf Genossen, die als Abgeordnete vom Kaukasus kamen. Jetzt besteht die Fraktion aus 21 Abgeordneten: den fünf Genossen vom Kaukasus, vierzehn schon früher in der Gruppe befindlichen Arbeitern und zwei Landleuten. Neun andere Mitglieder der Arbeitsgruppe beabsichtigen ebenfalls, sich der Fraktion anzuschließen, haben es aber noch nicht getan. Tun sie es, so ist unsere Fraktion 30 Mann stark, würde also die erforderliche Zahl haben, um eigene Gesetzentwürfe einzubringen.

Bevor sie in die Duma gingen, haben unsere Genossen bezüglich des Abgeordnetenbeschlusses folgende Erklärung in der Presse veröffentlicht:

„Wir unterschreiben das feierliche Gelübde, das durch das Gesetz über die Duma vorgesehen wird, um die Möglichkeit zu haben, die uns vom Volke vertraute Sache zu erfüllen. Wir erklären, daß wir politische Verpflichtungen nur gegen das Volk anerkennen.“

Die erste Rede des Genossen Komasschwil wurde von der ganzen Presse besprochen. Er nannte die Minister Volksfeinde und wurde vom Vorsitzenden unterbrochen. Aber die energische Einmischung der sozialdemokratischen und der Arbeitsfraktion erlaubte unserem Genossen, ungehört weiter zu reden.

Man muß in Rußland leben, um zu verstehen, welche Bedeutung für das gesamte Proletariat die sozialdemokratische Parole hat, wenn sie von der Höhe der Dumatribüne erschallt, auf die des ganzen Landes Wände gerichtet sind. Von der Feindschaft sprechend, die die Regierung hervorruft, rief Komasschwil (ein trefflicher Redner) aus: „Ich komme vom Kaukasus, wo eine Menge Nationalitäten leben und wo das Proletariat aller dieser Nationalitäten im gemeinsamen Haße gegen seinen gemeinsamen Feind vereint ist, wo alle Arbeiter nur eine Lösung haben, die da lautet: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

O tempora, o mores! Im despotischen Rußland ein Parlament! Und von seiner Tribüne das Feldgeschrei der internationalen Arbeiterarmee!

Die Revolution in Rußland.

Die Situation.

Petersburg, 1. Juli. (B. L. V.) Der „Kowojew-Bremja“ wird aus Watum von gestern telegraphiert: Die Gärung bei den Mannschaften der Festungsartillerie dauert fort; die den Meutereien gestellte Frist, sich zu ergeben, läuft morgen ab. In der Stadt hört Norden und Süden nicht auf. Durch die nun fünf Wochen dauernde Unterbrechung, die der Dampferverkehr mit Odesa durch den Streik der Schiffmannschaften erleidet, ist das Wirtschaftsleben an der ganzen Küste des Schwarzen Meeres lahmgelegt.

Petersburg, 2. Juli. Bei dem Transport eines politischen Gefangenen, namens Sinogorow, folgten gestern zwei Droschken dem Gefängniswagen. Die Insassen der ersten Droschke überfielen plötzlich den Gefängniswagen, erschossen den Wärter mit einem Revolver und befreiten den Gefangenen, worauf sie in der zweiten Droschke mit ihm die Flucht ergriffen.

Petersburg, 1. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Statt der 12 russischen Dampfer, die regelmäßig zwischen den Häfen des Schwarzen Meeres verkehren, sind zurzeit nur zwei im Verkehr, deren Mannschaft aus Militärpersonen besteht.

Der Arbeiterzustand in den einer französischen Gesellschaft gehörigen Bergwerken von Jusoffa ist beendet; die Forderungen der Arbeiter sind zum Teil bewilligt worden.

Die 5. Kompanie des Leibgarde-Sappentabattillons hielt trotz strengen Verbotes des Kompaniechefs eine Versammlung ab und beschloß, sich mit dem Vorgehen des 1. Bataillons des Freibrigade-Regiments solidarisch zu erklären. Etwaigen Verhaftungen will man sich gewaltig widersetzen.

Petersburg, 1. Juli. (B. L. V.) Das dem Dumamitgliede Grafen Potolyn gehörende Gut Wolca wurde von revolutionären Bauern ausgeplündert und in Brand gesteckt.

Petersburg, 2. Juli. Nach Angaben der Fabrikinspektion befanden sich in der vergangenen Woche in sechs hiesigen Fabriken 3000 Arbeiter im Auslande.

In einem Dorfe des Kreises Neu-Bodoga sind der „Petersburger Zeitung“ zufolge sechs Fälle von fibrinischer Pest festgestellt worden.

Petersburg, 2. Juli. Die Fabriken des Kiewischen Gouvernements beschloßen, zukünftig Streikarbeiter nicht wieder einzustellen, sondern

durch Soldaten zu ersetzen. Dabei gibt es in Rußland zurzeit etwa 300 000 Arbeitslose!

Reichsduma.

Petersburg, 2. Juli. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über das Versammlungsgesetz kritisierte Professor Maxim Kowalewsky, nachdem er die hierauf bezüglichen Gesetze in Europa besprochen und erklärt hat, er sei für die englische Gesetzgebung in dieser Materie, den Gesetzentwurf der Kommission, die aus Mitgliedern der konstitutionell-demokratischen Partei zusammengesetzt ist. Der Gesetzentwurf, meint der Redner, beschränke die Rechte der Arbeiter. Er stimme jener englischen Theorie zu, die ausführe, es gebe kein Versammlungsgesetz, es gebe aber ein Recht der Rede und ein Recht zu gehen, wohin jeder wolle; diese beiden Rechte vereinigt bildeten das Versammlungsgesetz. (Anhaltender Beifall auf der Tribüne.) Die Rede Kowalewsky's rief große Sensation und Erstaunen bei den gemäßigten Parteien hervor.

Petersburg, 2. Juli. (B. L. V.) Reichsduma. Das Haus berät sodann über die Abschaffung der Todesstrafe. Der Abgeordnete Professor Kusmin Karawajew legt in längerer Rede dar, daß die Todesstrafe sowohl vom juristischen als auch vom politischen Standpunkte abgeschafft werden müsse. Redner verweist auf die französische Revolution und erklärt, die Reichsduma müsse auf die Veseitigung der Todesstrafe hinwirken, damit kein Nord in Rußland gesetzlich sei. Redner verlangt endlich, daß die Todesstrafe selbst in Kriegszeiten abgeschafft werde. (Lebhafte Beifall.) Der Justizminister ergriff hierauf das Wort, um für die Todesstrafe einzutreten, welche wegen der Entwicklung des Anarchismus unentbehrlich sei. Der Minister weist hierbei auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika hin, in denen die Todesstrafe infolge der Ausbreitung des Anarchismus eingeführt worden sei. Der Redner, dessen Ausführungen durch Zwischenrufe: „Abdanken, abdanken! und Aufhören!“ unterbrochen werden, schließt mit der Erklärung, die Regierung könne die Todesstrafe zurzeit nicht abschaffen, denn das hieße auf dies Recht verzichten, diejenigen zu bestrafen, die die treuen Söhne des Landes mordeten. (Zwischenrufe: Genug! genug!) Der Präsident erhebt sich zu der Erklärung, ein solches Vorgehen, die Ausführungen eines Redners abzuweiden, ist in der Geschäftsordnung der Reichsduma nicht vorgesehen. (Beifall in der Mitte.) Der Generalkassenschatzmeister der Marine Kowalewsky erklärt hierauf kurz den Standpunkt des Marine-Ministers, der sich den Anschauungen der Reichsduma nicht anschließen könne. Die Ausführungen des Redners werden von Zwischenrufen — Heuler des Schmitz! — begleitet. Der Präsident erteilt hierauf dem Generalkassenschatzmeister der Armee Kamso das Wort. — Großer Lärm im Hause hindert diesen jedoch am Sprechen. (Der Präsident lüdet.) Die gesamte Tribüne erhebt sich mit den Rufen: Wir wollen die Heuler, Räuber und Mörder nicht hören, sie sollen ihren Ministern sagen, daß sie abdanken sollen! Mehrere Abgeordnete drängen sich mit geballten Fäusten gegen die Rednertribüne. Der Generalkassenschatzmeister hält dem Lärmen etwa eine Minute stand und verläßt sodann den Saal.

Petersburg, 2. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Minister des Innern hat in der Reichsduma einen Antrag auf Gewährung eines auf die Jahre 1906 und 1907 zu verteilenden Kredites von hundert Millionen Rubel eingebracht, die als Unterhaltungsmittel und zur Beschaffung von Saatfrucht für 127 von Mitterte betroffene Kreise, die sich auf 27 Gouvernements verteilen, Verwendung finden sollen.

Petersburg, 1. Juli. (B. L. V.) Nach Meldungen aus Pinski hat der Fürst Druzk-Hebedi im dortigen Adelsklub einen Oubbesitzer durchgeprügelt, weil dieser sich abfällig über die Reichsduma geäußert und den Bruder des Fürsten wegen seiner Mitgliedschaft in der Reichsduma beschimpft hatte. Die Affäre dürfte ein Duell zur Folge haben.

Ein General!

Petersburg, 1. Juli. Das Blatt der Zentrumspartei „Parosem“ greift den General Rennenkamp auf das heftigste an und beschuldigt ihn des systematischen Diebstahls während des Krieges in Ostasien.

Es bleibt alles beim alten.

Petersburg, 1. Juli. Ebenso wie von seiten des Generalkassenschatzmeisters von Juden zu Offizieren als unzulässig erklärt wurde, soll nunmehr auch den Juden der Eintritt in die Eisenbahnverwaltung verweigert werden.

Die kanibalischen Grenel von Dialest.

Budapest, 2. Juli. Abgeordnetenhaus. Abg. Czimazia (Kosziuhpartei) ergriff vor dem Eintritt in die Tagesordnung das Wort und erörtert die Vorgänge in Dialest. Dort hätten behördliche Organe mit Verletzung der elementarsten Pflichten Grenelstaaten gegen die ihrem Schutze vertrauenden Untertanen verübt. Redner drückt die Ueberzeugung aus, daß das Abgeordnetenhaus ihm zustimmen werde, wenn er über die in Dialest verübten kanibalischen Grausamkeiten seine Verachtung kundgibt und andererseits den Opfern sein Bedauern und seine Teilnahme bezeuge. (Zustimmung.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juli.

Herrenhaus und Schulverfassung.

Das Herrenhaus nahm am Montag zunächst in der durch die Verfassung vorgeschriebenen zweiten Abstimmung den Antrag Schiffer an, der durch einige Änderungen der Verfassung eine beschleunigte Verabschiedung des Schulunterhaltungsgesetzes herbeizuführen beabsichtigt. Die Regierung hat es sehr eilig, ihr Werk unter Dach zu bringen, sie hat, wie der Minister Studt erklärte, die Ermächtigung des Königs zur Veröffentlichung der Verfassung bereits in der Tasche. Die Verfassungsänderung wird also schon in allernächster Zeit veröffentlicht werden. Wenn aber Herr Studt meint, daß damit die verfassungsmäßigen Bedenken gegen den Beginn der Beratung der Schulvorlage im Herrenhause beseitigt sind, so

Irri er. Es kommt keineswegs darauf an, daß die Publikation der Verfassungsänderung vor der Veröffentlichung des Schulunterhaltungsgegesetzes erfolgt, sondern vielmehr darauf, daß erst nach Inkrafttreten der Verfassungsänderung mit der Beratung des Schulgesetzes im Herrenhause begonnen wird. Diese Formalität ist aber nicht innegehalten worden, und die Folge davon ist, daß die Schulunterhaltungs-vorlage niemals Gesetzeskraft erlangen kann. Es handelt sich hierbei um eine wichtige, staatsrechtliche Frage, die von unparteiischen Verwaltungsgerichten gar nicht anders als in dem von uns angedeuteten Sinne entschieden werden kann.

Die Beratung des Schulunterhaltungsgegesetzes begann mit einer Generaldebatte, in der in der Hauptsache der konfessionelle Charakter des Entwurfs einer Erörterung unterzogen wurde. Während der Kieler Votanten Reinke und Freiherr v. Durant entschieden für die Konfessionsschule eintraten, wandte sich Oberbürgermeister Kirchner mit aller Schärfe dagegen. Herr Kirchner will nicht etwa, daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt wird, im Gegenteil, er steht durchaus auf dem Boden, daß der Religionsunterricht in die Schule gehört. Aber gerade weil er in dem Entwurf eine Gefährdung der Religion erblickt, wendet er sich mit aller Schärfe gegen die beabsichtigte Verfassung der Volksschule. Er fürchtet, daß die Sozialdemokratie den Vorteil davon hat und daß sie schließlich dazu übergehen wird, programmatisch den Kampf gegen die Religion zu fordern. Also, bei der ersten Beratung verlangt Herr v. Mantuffel die Konfessionsschule, um der verhassten Sozialdemokratie den Garau zu machen, und bei der zweiten Beratung gibt Herr Kirchner der Verfassung Ausdruck, daß die Konfessionsschule der Sozialdemokratie zugute kommt! Die Herren mögen sich ihre Köpfe nicht allzusehr zerbrechen, den Siegeszug der Sozialdemokratie wird weder der Junker Mantuffel mit der Konfessionsschule, noch der Berliner Oberbürgermeister ohne sie aufzuhalten vermögen.

Die Sitzung wurde, nachdem sie knapp zwei Stunden gewährt hatte, abgebrochen, da die Junckerpartei erst noch eine Fraktionsitzung abhalten will, um zur Frage der Verteilung der Schulkassen Stellung zu nehmen; sie werden unter Führung des Grafen Tirschbach versuchen, die Gutsbezirke gänzlich von den Schulkassen zu befreien.

Abgeordnetenhaus.

Auch das Abgeordnetenhaus ist am Montag wieder zusammengetreten. Es erledigte in dieser Sitzung, der ersten seit Pfingsten, einige kleinere Vorlagen, darunter eine betreffend Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk, die ohne weitere Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurde.

Am Dienstag stehen kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes verstorben.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Gabel, ist gestern früh an den Folgen einer Blinddarmentzündung verstorben. Gabel wurde im Jahre 1897 Nachfolger des ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Vöbker. Seinezeit haben wir wiederholt und insbesondere bei dem Abgang des Präsidenten Vöbker — er trat in den Dienst der Firma Siemens u. Halske — hervorgehoben, daß Dr. Vöbker lebhaft bestrebt war, seine hohe Sachkenntnis unparteiisch anzuwenden und die soziale Gesetzgebung in gerechtem und sozialem Geiste zu handhaben. Trotz seiner politischen Gegenfährlichkeit genoss Dr. Vöbker die volle Achtung der Arbeiter, die mit ihm als Unfallverletzte, Invaliden oder Altersrentner oder als Arbeitervertreter in Verbindung kamen oder seine schriftstellerischen oder amtlichen Leistungen kennen lernten. Der lebhafteste Wunsch, aus innerer Ueberzeugung heraus, ohne nach oben oder nach unten zu blicken, die soziale Gesetzgebung zu einer wirklich gerechten und sozialen zu machen, durchzog seine gesamte Tätigkeit. Konnte Dr. Vöbker nicht erreichen, was er anstrebte, so lag das an den Verhältnissen und der mangelhaften Gesetzgebung; seine Unparteilichkeit und Gerechtigkeit wurden insbesondere von den Arbeitern warm anerkannt. Völlig anders steht es mit dem Wirken seines eben verschiedenen Nachfolgers. Mit einer Lot der herbersten Parteilichkeit leitete er seine Tätigkeit als stellvertretender Präsident des Reichsversicherungsamtes ein: in einem „vertraulichen“ Rundschreiben vom 31. Juli 1897 empfahl er für Krankenhäuser und Sanatorien als Gegengift gegen „staatsfeindliche, insbesondere sozialdemokratische Bestrebungen“ die Subelkäre des „christlichen Jesuitenvereins“, geleitet von dem im Jahre 1901 verstorbenen Rediger Hülle. Ganz im Geiste der Eiberei und Nuderei suchten die empfohlenen Hülle-Traktatiken — in ähnlicher Weise wie jetzt der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — durch tendenziöse Entstellungen und handhabeiche Lügen, Salbadereien über Patriotismus und Frömmigkeit und elendeste Heuchelei der Sozialdemokratie den Garau zu machen. Die Tatsache, daß Gabel, der selbst Mitglied der umeren Wälfen war, auf Wunsch von der Kaiserin nachstehenden Kreisen den Hüllekrum unter Ausfällen gegen die Sozialdemokratie empfahl, kennzeichnet die abgrundtiefe Parteilichkeit, die den Verstorbenen auszeichnete. Unter Gabels Leitung fand das Ansehen des Reichsversicherungsamtes von Jahr zu Jahr. Erkannten die Arbeiter an den Bemühungen der früheren Leitung das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, wirklicher Menschenliebe und wohlwollender Unterstützung der Arbeitsinvaliden, so drängte Gabels Leitung der Arbeiterklasse das Empfinden von Jahr zu Jahr stärker auf: das Reichsversicherungsamt durchweicht ein arbeiterfeindlicher, bürokratischer, engbergiger, antisozialer Geist, der solbungsvolle Worte, aber nicht soziale Gerechtigkeit für die Arbeiter betätigt. Gewiß ist der Verstorbenen an diesem Niedergang des Ansehens des Reichsversicherungsamtes nicht allein schuld, aber Heuchelei wäre es, bei der Meldung von seinem Tode zu verschweigen, daß die Arbeiterklasse den Tod Gabels nicht zu betrauern hat.

Genossin Luxemburg aus der Haft entlassen.

Am Sonnabend ist Genossin Luxemburg endlich aus der Haft an Warschau entlassen worden. Seit dem 5. März befand sich unsere Mitstreiterin im Warschauer Gefängnis. Nach fast viermonatlicher Untersuchungshaft lehnte das Gericht vor acht Tagen die Erhebung einer Anklage ab, weil keinerlei Belastungsmaterial gegen Genossin Luxemburg vorlag. Die Entlassung unserer Freundin aus dem Gefängnis verzögerte sich um einige Tage, weil die Polizeibehörde den Nachweis ihrer preussischen Staatsangehörigkeit forderte — ohne einen solchen wäre vielleicht das sogenannte administrative Verfahren (willkürliches Vorgehen gegen politische Verhaftete, die gerichtlich freigesprochen sind) eingeleitet worden. Unsere Genossin hat im Gefängnis schwer leiden müssen — eine Woche hindurch beteiligte sie sich an einem Hungerstreik der politischen in der Warschauer Blablaue untergebrachten Verdächtigen — hoffen wir, daß ihre Gesundheit keinen

dauernden Schaden genommen hat und daß sie bald wieder mit alter Energie und vollem Feuer für die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten in der Lage ist.

Der Bankrott des sächsischen Antisemitismus.

Die „Deutsche Wacht“, das Zentralorgan der deutschsozialen Reformpartei hat, nachdem sich ein Käufer für die Konturmasse nicht gefunden, am 30. Juni ihr Erscheinen eingestellt. Auf dem Sterbelager hat das Blatt, das sein Leben in der Hauptsache mit Demagogen, Lügen und Verleumdungen operierte, eine Anwendung zum Besseren bekommen. Es sagt in dem Abschiedsartikel die Wahrheit, indem es das antisemitische Parteielend und den Bankrott der „Reformpartei“ unumwunden zugibt. Es heißt in diesem Abschiedsartikel, nach einem Hinweis auf das Anschwellen der antisemitischen Schlammsutten bei der Reichstagswahl im Jahre 1903:

Intelligente Ueberläufer aus anderen politischen Parteien scharten sich um das neue politische Banner, ein Strebertum sondergleichen drängte sich in den Vordergrund, und auf den Schwärtern der freudeträulichen Masse gelangte mancher kleine, bis dahin unbeachtete Geist, wenn er nur über starke Ehenbogen verfügte, zu Ruhm und Würden. Als aber der erste Rauch verfliegen war, als sich erwies, daß die antisemitische Bewegung nicht im Sturme zum Siege zu führen sei, sondern in ausdauernder mühe- und opfervoller Arbeit ihre Existenzberechtigung erst zu beweisen habe... da begannen sehr bald jene vom Kampfsplage zu verschwinden, die ihr erhofftes Ziel schon erreicht hatten, oder den Kampf gegen die Bosheit des Gegners nicht ertragen konnten, und Tausende der Aingläubigen und Schwachen und Mutlosen gingen mit ihnen... Einst schrieb der Führer der Reformpartei in einem Rundschreiben an seine Getreuen: „Mit der „Deutschen Wacht“ steht und fällt die reformerische Bewegung in Sachsen.“ Nun die „Wacht“ in ihrer bisherigen Gestalt ist gefallen, mag die Zukunft lehren, daß die Prophezeiung des reformerischen Führers auch in ihrem zweiten Teile recht behält...

Mit einem Aktienkapital von mehreren 100 000 Mark wurde das Blatt, das als ein solches großes Stills angekündigt wurde, gegründet. Acht Redakteure, mehrere Geschäftsführer und einen Direktor für das Ganze stellte man mit hohen Gehältern an. Und nun ging es los. Nach 1 1/2 Jahren war das Geld in der Hauptsache verpulvert. Nun ging das Geld an. Man legte Aktien zusammen, bettelte Geld bei reichen Antisemiten, pumpte, was das Zeug hielt usw. Schon vor sechs Jahren stand das Blatt vor dem Bankrott; es fand sich aber noch einmal ein Käufer, das selbe wiederholte sich vor drei Jahren. Jetzt ist das Blatt wieder ausgetreten worden; es ist aber nicht einmal im Kampf loszuschlagen gewesen. Und der qualvolle Krebsgang des Zentralorgans ist ein Spiegelbild von dem steten Fortschritt der antisemitischen Partei in Sachsen. Die reformerische Bewegung braucht mit der „Wacht“ nicht erst zu fallen; sie ist längst tot. Die wenigen Ueberreste, die noch zu verzeichnen sind, existieren nur noch scheinbar — unter der konservativen Gnadenfeme. Wenn die einmal nicht mehr scheint, wird auch der letzte Rest der sächsischen Antisemiten verschwinden. So endet die Partei, die ein Woll sein sollte gegen die Sozialdemokratie, die das Bürgertum verjüngen und die „rote Internationale“ völlig überwinden wollte. —

Wiederaufleben der preussischen Ausweisungsschmach.

Bereits am Sonnabend teilte das „Berl. Tagebl.“ mit, daß ihm neuerdings wieder eine Reihe von Ausweisungsschmach bekannt geworden seien. So habe man eine wohlhabende, politisch ganz indifferente russische Familie ausgewiesen, obwohl dieselbe bereits seit 1 1/2 Jahren in Berlin gewohnt habe. Heute teilt das Blatt mit, daß dieser Fall keineswegs vereinzelt dastehende, daß ihm vielmehr eine ganze Blütenlese ähnlicher Ausweisungen bekannt geworden sei, wo „weder materielle Not noch politische Unzuverlässigkeit, noch sonst irgend ein anderer Grund“ für die Ausweisung vorgelegen habe. Von einem dieser Ausgewiesenen werde ihm die Prozedur eines solchen Ausweisungsverfahrens folgendermaßen geschildert:

Vor sechs Wochen kam ich mit meiner Frau, die sich im jüdischen Krankenhaus einer schweren Operation unterziehen sollte, nach Berlin. Die Operation hat vor vier Wochen stattgefunden; nach ärztlichem Gutachten muß aber meine Frau noch circa drei Wochen im Krankenhaus bleiben. Vorgefistern wurde ich nun zur Polizei bestellt. Folgenden einem Wachmeister und mir entwidelt sich nun das folgende, ziemlich wörtlich wiedergegebene Zwiegespräch:

Wachmeister (in strengem Tone): Was tun Sie hier?

Ich: Ich habe meine kranke Frau ins jüdische Krankenhaus gebracht, wo sie operiert worden ist; sie wird hier noch circa drei Wochen bleiben müssen.

W.: Was wollen Sie denn hier? Sie haben hier nichts zu tun, lassen Sie Ihre Frau hier, Sie fahren nach Hause.

Ich: Aber meine Frau ist noch krank, ich bin der einzige, den sie hier hat, der ihr etwas Trost und Hoffnung zusprechen kann. Wir haben einen Pak, und ich kann ohne große Schwierigkeiten nicht allein fahren.

W.: Es wird auch so gehen. Wieviel Geld haben Sie?

Ich (zeige ihm ungefähr 1500 Mark).

W.: Innerhalb vier Tagen müssen Sie abreifen.

Ich: Aber das ist ja unmöglich, ich kann unmöglich meine kranke Frau hier allein zurücklassen. Weshalb denn das? Ich solle Ihnen doch hier nicht zur Last, ich bin ein wohlhabender Kaufmann, der hier jetzt schon manches Hundert Rubel ausgegeben hat.

W.: Darauf kommt es nicht an, Sie müssen fort; in spätestens vierzehn Tagen müssen Sie Deutschland verlassen.

Es scheint, als ob das drohende Wiederaufleben der Revolution in Russland die für die Ausweisungsschmach verantwortlichen Behörden wieder völlig nervös gemacht habe. —

Zur Stichwahl in Altona-Neerloh.

Die Freisinnigen im Wahlkreis Altona-Neerloh befinden sich in einer ählichen Zwangslage. Das Zentrum fordert, daß sie sämtlich Mann für Mann, bei der Stichwahl für den Zentrumskandidaten Klode eintreten. Die hohe Aufforderung des freisinnigen Wahlkomitees, daß alle Wähler, die bei der Hauptwahl für den freisinnigen Kandidaten gestimmt haben, in der Stichwahl ihre Stimmen für Klode abgeben sollen, genügt den Ansprüchen der Zentrumsleitung nicht; sie fordert, daß das freisinnige Komitee auch tatsächlich alle freisinnigen Wähler an die Wahlurne bringt. Weisheit das nicht, dann will das Zentrum bei der kurz darauf stattfindenden Stichwahl in Hagen den freisinnigen Kandidaten, den Oberbürgermeister Cuno, erbarmungslos durchfallen lassen. Die ultramontane „Westd. Volksztg.“ in Hagen berichtet darüber:

Die unterlegenen Parteien des Freisinn und der National-Liberalen stehen vor der Notwendigkeit, am Stichwahltag entweder für das Zentrum oder für den Sozialdemokraten sich zu entscheiden. Die Lage wird für beide Parteien noch verwickelter dadurch, daß im Laufe der nächsten Wochen die Wahl in Hagen stattfinden wird, bei welcher das Zentrum mit seinen Stimmen schwer ins Gewicht fällt. Nun zweifeln wir ja seinen Augenblick, daß die beiden liberalen Parteileitungen wenigstens offiziell zur Wahl des Zentrumskandidaten auffordern werden; allein darum handelt es sich weniger, als darum, ob die protestantisch-liberale Wählerchaft des Wahl-

kreises sich dem Wunsche ihrer politischen Führer fügt. Wir haben in dieser Beziehung, durch lange Erfahrung gewöhnt, keine ausschweifenden Hoffnungen. Da die meisten Protestanten sich von ihrer Furcht und ihrem Gaf gegen die Ultramontanen nicht losmachen können, muß auch mit der nahen Möglichkeit gerechnet werden, daß der Sozialdemokrat bei der Stichwahl den Sieg davonträgt. Diese Möglichkeit, welche wir falltöstig ins Auge faffen, würde natürlich auch den Wahlkampf in Hagen auschlaggebend beeinflussen. Wir wollen uns mit den Wobanten, welche sich unwillkürlich ausdrängen, wenn man mit einer Stichwahlüberlage des Zentrums in Hagen rechnet, hier vorläufig nicht beschäftigen. Das dürfte aber feststehen, daß, wenn der nächste Abgeordnete für Altona und Neerloh nicht Klode heißt, der nächste Abgeordnete für Hagen weder Cuno noch Moldenhauer benannt sein dürfte.

Allzu schwer wird ja den meisten freisinnigen Volksparteikern das Eintreten nicht werden. Die Prinzipienfestigkeit ist in ihrem Bestimmungsinventar längst zu einer unbekannten Größe geworden. —

Kommunale Helfershelfer der Schulreaktion.

In Kiel beschäftigten sich die städtischen Kollegien am Sonnabend mit einer Vorlage der dortigen Schulkommission, die die Erziehung einer Anzahl neuer Klassen und Lehrstellen für die höheren, sowie die Volls- und Mittelschulen verlangte. Während die auf die höheren Schulen bezüglichen Anträge ohne weiteres angenommen wurden, entspann sich über die Forderungen, die die Volls- und Mittelschulen betrafen, eine ausgiebige Debatte. Es stellte sich heraus, daß in der Kammer, der Finanzkommission, die bei allen von finanziellen Konsequenzen begleiteten Vorlagen sämtlicher anderen städtischen Ressorts mitzuwirken hat, aus Sparsamkeitsgründen eine starke Minorität gegen den Ausbau des Volksschulwesens war. Die beantragten Erweiterungen waren übrigens, das sei besonders hervorgehoben, durchaus nicht etwa von grundfährlicher oder auch nur materiell weittragender Bedeutung, sie bezweckten lediglich die durch die jährliche Bevölkerungszunahme bedingte normale Vermehrung der Klassen an den vorhandenen Schulen. An der Durchschnittsfrequenz der Kieler Volksschulklassen, die durch Kollegienbeschluss vor Jahren auf die Kopfzahl 55 festgelegt worden, wurde durch die Vorlage so wenig gerüttelt, daß, wie zur „Beruhigung“ der Gegner der Anträge von Mitgliedern der Schulkommission wiederholt konstatiert werden konnte, nach wie vor dieser Frequenzstatus in einer beträchtlichen Anzahl von Klassen, zum Teil erheblich, überschritten werden würde.

Für die Minorität der Kammer und ihren Sparsamkeitsstandpunkt legte sich mit besonderem Eifer ins Zeug Herr Alexander Niepa, Führer des schleswig-holsteinischen Freisinn und Chefredakteur des liberalen Provinzmonitors, der „Kieler Zeitung“. Ihm und seiner Gruppe trat scharf entgegen der Oberbürgermeister Fuh, der u. a. folgende bemerkenswerten Ausführungen machte:

„Die Gegner der Vorlage möchten doch die allgemeine politische Situation berücksichtigen. In der Kommission des Herrenhauses, die das neue Schulunterhaltungsgegesetz zu beraten habe und der er, Fuh, angehört, mühten es sich die Oberbürgermeister immer wieder sagen lassen, es sei eigentlich unverständlich, wie gerade sie, die Leiter der kommunalen Verwaltungen, sich gegen ein weitreichendes Aufsichtsrecht des Staates in den Schulsachen sträuben könnten. In den kommunalen Körperschaften der Großstädte werde doch erfahrungsgemäß das Volksschulwesen mehr nach finanziellen als nach pädagogischen und kulturellen Gesichtspunkten behandelt. Die Schule warte unter diesen Umständen von einer Erweiterung des staatlichen Aufsichtsbereiches nur gewinnen.“

Wie stehe er nun da, fuhr Redner fort, wenn er nächste Woche, wo die Herrenhauskommission für die Schulvorlage wieder zusammenträte, sich hinsetze und für die städtische Selbstverwaltung in Schulsachen einträte, und die Gegner haben erfahren, daß eben erst eine städtische Körperschaft unter seinem Vorsitz beschloffen habe, daß in Schulsachen die finanzielle, der Sparsamkeitsstandpunkt allein den Ausschlag geben müsse! Er bitte darum dringend, mit Rücksicht auf die bedrohte Selbstverwaltung der Städte, die Vorlage der Schulkommission anzunehmen.“

Die Worte des Oberbürgermeisters wirkten sogar in diesem Kollegium politischer Krähwinkler, als welche die städtischen Zensusparlamente in Schleswig-Holstein durch die Bank anzusprechen sind, geradezu sensationell. Herr Niepa wußte nichts anderes zu entgegnen als: Herr Fuh könne ja den Herren in Berlin, die ihm solche Vorhaltungen machen, vor Augen führen, daß in Ostelbien die Schulzustände noch viel schlimmer seien — worauf Fuh replizierte, es seien durchaus nicht ostelbische Reaktionen, die die Oberbürgermeister mit den erwähnten Argumenten zum Schwiegen brächten, sondern die sehr gut beschlagenen Fachleute der Regierung und ernst zu nehmende Politiker. Schließlich wurde die Vorlage der Schulkommission mit knapper Mehrheit angenommen.

Erwähnt sei noch, daß Herr Fuh ausdrücklich betonte, mehr könne er bei der Discretion, zu der in bezug auf die Kommissionsverhandlungen des Herrenhauses verpflichtet sei, leider nicht sagen. Das deutet darauf hin, daß er noch manches Einschlägige in petto hatte. Aber auch das Mitgeteilte genügt, um zu erklären, weshalb auch in dem parlamentarischen Vendoir, genannt preussisches Herrenhaus, die Vertreter der Bourgeoisie mit ihrer Opposition gegen die reaktionäre Schulvorlage so wenig Erfolg haben: ihre Worte werden mit den Taten der von ihnen selbst geleiteten städtischen Körperschaften totgeschlagen. —

Kolonialreflektoren in den Schulen.

Es ist bekannt, daß der Flottenverein den Schulen Marinetafeln und anderes Flottenmaterial überwiehen hat, durch das die Schüler für die Flottenmaterie begeistert werden sollen. Leider hat sich auch eine Anzahl von Lehrern zu dieser Flottenreflektoren mißbrauchen lassen. Nun wird gar gemeldet, daß von amtlicher Stelle der gleiche Unfug zugunsten der Kolonialreflektoren getrieben wird. So lesen wir in bürgerlichen Blättern:

Schon am 12. Februar d. J. hat der Kultusminister in einem Erlaß ausgesprochen, daß die weiteren Kreise der Lehrer mehr als bisher für die Kolonialbestrebungen erwarnt werden mühten. Die königliche Regierung zu Arnberg erläßt nun daraufhin ihrerseits eine Verfügung an die Kreis- und Inspektoren, die Direktoren der höheren Mädchenschulen, an die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister und spricht diesen Herren gegenüber die Erwartung aus, daß sie in der ihnen unterstellten Lehrerschaft das Interesse für die deutschen Kolonien und die mit ihnen verbundenen Fragen nach Kräften fördern werden. Sodann wird in der Verfügung ausgeführt, in welcher Weise dieses Ziel erreicht werden soll. Zur nächst sollen die amtlichen Kreislehrerkonferenzen für diesen Zweck benützt werden. Sodann soll die Lehrerschaft zum Studium einschlägiger Werke angeregt werden. Endlich sollen Kolonialatlanten für die Hand der Lehrer und große Kolonialkarten zum Gebrauch in den Oberklassen auf Kosten der Schulkassen angeschafft werden.

Von der Lehrerschaft sollte erwartet werden, daß sie Einsicht und Mäßigkeit genug besäße, diese unerhörten Zumutungen einmütig mit allem Nachdruck zurückzuweisen. Wenn das gesetzliche Verbot besteht, daß Schüler und Lehrlinge an politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen, so sollte man doch konsequent genug sein, sich gegen das Anführen zu verhalten, die Schule zu weltpolitischer Propaganda zu mißbrauchen! —

Ausland.

Schweiz.

Handelsverträge. Das Provisorium mit Oesterreich-Ungarn ist bis 1. August verlängert worden, weil die Ungarn sich jetzt den Vertrag noch nicht befehlen haben. Man erwartet, es werde dies bis 1. August geschehen, so daß von diesem Datum an der neue Handelsvertrag in Kraft treten könnte.

Schwieriger gestaltet sich die Sachlage mit Frankreich. Namentlich die Clique der Honorar-Seidenindustriellen befolgt Hochschollentendenzen. Schweizerseits kommen namentlich Seidenhändler und -Gewerke, Häse und Uhren in Betracht. Die Warenbilanz der Schweiz mit Frankreich ist stark passiv. Letzteres müßte bei einem Zollkrieg mehr verlieren als die Schweiz. Diese zeigt aber festes Rückgrat. Die Entscheidung dürfte erst Mitte Juli erfolgen, wenn die französische Kammer und der Senat gesprochen haben; dessen Vollkommissionen beraten gegenwärtig den Minimaltarif.

Zollkrieg der Schweiz mit Spanien.

Was wir voraussetzten, ist zur Tatsache geworden. Die Schweiz ist mit dem 1. Juli mit Spanien in den wirtschaftlichen Krieg getreten. Die Positionen des neuen Schweizerischen Generaltarifs sind sehr gefalzen, und namentlich den Weinzoll von 80 Frank werden die Spanier, die jährlich für 17 Millionen Frank Wein in die Schweiz einführen, sehr zu spüren bekommen. Im Generaltarif sind nur 20 Frank Weinzoll vorgesehen, aber der Bundesrat hat einzelne Positionen noch über den Generaltarif hinaus erhöht. Die Schweiz führt nur für 7 1/2 Millionen nach Spanien aus (Stidereien, Seide, Häse, Uhren usw.), Spanien dagegen führt für 30 Millionen ein.

Frankreich.

Die Reformregierung bei Tagesbeleuchtung.

Paris, 30. Juni. (Fig. Ver.)

Keulich, beim großen oratorischen Feuerwerk zur Kammereröffnung, hat der Minister des Innern sein Bekenntnis zum sozialistischen Minimalprogramm abgelegt. Wie es scheint, ist die Arbeitsteilung im jetzigen Kabinett derart organisiert, daß es Minister für angenehme und Minister für unangenehme Vorkämpfer gibt. In diesem Falle ist Herr Poincaré, dem Finanzminister, die Vaterschaft der schlechten Vorkämpfer zugeteilt. Sein Budgetentwurf ist die peinlichste Ueberrassung für die Steuerzahler, denen man vor den Wahlen die verführerische Weise: „Keine Anleihe, keine neuen Steuern“ vorgesungen hat. Noch am Vorabend der Wahlen bekamen die Bürger einen Hymnus über den Wohlstand der Republik zu hören. Auf einmal aber wird ihnen ein Budget vorgelegt, das eine schlimme Zerrüttung des Staatshaushalts offenbart. Bei einem Erfordernis von 4010 Millionen sind 377 Millionen ungedeckt. Davon entfallen 193 Millionen auf militärische Ausgaben, die im kritischen Augenblick der Karoloffäre ohne Zustimmung des Parlaments gemacht wurden.

Im ganzen sind 244 Millionen als zeitweilige Ausgaben eingestellt, die der Finanzminister durch eine Anleihe aufbringen will. Die 109 Millionen dauernde Ausgaben aber sollen durch neue Steuerreformen gedeckt werden. Vor allem soll die Abgabe für Erbschaftsanteile über 10 000 Frank um 30 Proz. erhöht werden. Eine gleiche Bestimmung ist für Schenkungen zwischen Lebenden vorgesehen. Dazu kommen Erhöhungen der Taxen für Inhaberpapiere und Effektenumsatz, eine Besteuerung der sogenannten Aperitifgetränke, wie Whisky, Wermut, Bitter, merkwürdigerweise aber auch eine Auflage von 5 Centimes für jede Flasche Mineralwasser!

Das französische Budget hat also die vierte Milliarde überschritten. Seit 1890 ist es um nicht weniger als 1200 Millionen gestiegen. Aber gegen diese Vermehrung wäre am Ende wenig einzunehmen, wenn die erhöhten Ausgaben sozial und kulturell nützlichen Zwecken zugute kämen. Aber der größte Teil ist dem Militarismus geopfert worden, dessen Gefräßigkeit von den wechselnden politischen Aushängeschildern der Bourgeoisregierungen nicht berührt wird. Seit der Errichtung der dritten Republik hat der Militarismus nicht weniger als 42 Milliarden verschlungen. Auf die Dauer vermag auch ein so reiches Land wie Frankreich diese Wirtschaft nicht. Noch bleibt allerdings eine ergiebige Quelle von Staatseinnahmen zu erschließen: die Einkommensteuer — aber es ist nur allzu wahrscheinlich, daß diese Steuer, wenn sie jetzt wirklich beschossen wird, die Kapitalisten möglichst schonen und infolgedessen auch nicht viel einbringen wird. Immerhin hat schon die durch das Budget eröffnete Aussicht auf die Einkommensteuer die wohl hauptsächlich durch die russischen Ereignisse in Unruhe versetzte Pariser Börse in eine noch größere Aufregung gebracht. Daß die reaktionäre Presse diese Situation politisch zu verwerthen sucht, ist begreiflich. In jedem Falle aber trägt die Regierung daran die Hauptschuld, da sie der ihren Verzweiflungskampf kämpfenden zarten Reaktion den Rückhalt an dem von französischer Arbeit aufgeschapelten Kapital geboten hat.

Wer als erster die Folgen dieser schlimmen Finanzlage zu tragen haben wird, das ist — wenigstens nach den Plänen der regierenden Bourgeoisdemokratie — die arbeitende Klasse. Vor allem steht die Sache der Altersversicherung recht übel. War es schon von Anfang an wenig wahrscheinlich, daß der Senat das Gesetz in der von der Deputiertenkammer in Vorwahlstimmung beschlossenen Fassung annehmen würde, so muß man heute damit rechnen, daß die radikale Majorität der Deputiertenkammer die Verschleppung des Gesetzes nicht ungern sehen wird. Das gemächliche „Journal des Débats“ hat gestern zynisch erklärt, daß es überhaupt am besten wäre, die ganze Altersversicherung in den Papierkorb zu werfen! — Die Regierung muß natürlich in einer anderen Tonart sprechen, aber sie denkt nicht viel anders: Herr Poincaré hat in der Senatskommission erklärt, die Regierung sei wohl für die obligatorische Versicherung, aber gegen das von der Deputiertenkammer beschlossene garantierte Maximum von 300 Frank. — Auch meinte er, der Rentenbezug müsse auf diejenigen beschränkt werden, die durch ihre Beiträge den Anspruch darauf erworben hätten. Die übrigen seien der Altersvorsorge zu überweisen. Das bedeutet den Wegfall der Uebergangsbestimmungen, die schon jetzt den älteren Arbeitern eine Rente von 120 Frank als Mindestbetrag sichern. Ohne eine solche Uebergangsbestimmung jedoch ist das Gesetz überhaupt für die Sozialisten unannehmbar. Der Minister aber hat auch erklärt, daß dem Gesetze die Sicherung der zu seiner Durchführung notwendigen Mittel voranzugehen müsse. Mit Recht bemerkt Navas in der „Dumaine“ dazu: „Das scheint theoretisch ganz plausibel, praktisch bedeutet es die Verhinderung jeder Reform.“ Der Minister hat da dem Senat die Waffe in die Hand gedrückt, mit der dieser das Gesetz umbringen wollen. Bei den Riefenausgaben für den Militarismus hat man nie vorher gefragt, wie man die nötigen Mittel aufbringen werde. Die buchhalterische Klugheit sängt bei der dringenden Forderung der arbeitenden Klasse an. Die neue Ära des reformistischen, die soziale Frage ohne Klassenkampf lösenden Radikalismus läßt sich gar hoffnungsvoll an: mit der Auslieferung der alten Arbeiter an das Elend und an die Armenversorgung.

Paris, 2. Juli. Kassationshof. Der Generalkassationshof unterlag im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen das Schriftstück Nr. 28 des geheimen Vorschlags einer Prüfung, in dem B dem A antündigt, daß er den Eisenbahnorganisationsplan erhalten werde, und sodann das dem Deutschen Kaiser zugeschriebene Dokum-

ent, in dem der Name Dreifus mit vollen Buchstaben enthalten ist. Dreifus habe in seinem Gesuch an den Justizminister gegen dieses Schriftstück protestiert, das zu seiner Verurteilung führe.

Serbien.

Die Skuptschina ist durch die Nachwahlen vom Sonntag um 8 Uhr abends, 2 Nationalisten und einen Fortschrittler „bereichert“ worden. Demnach haben im ganzen die Nationalisten 90, die Jungnationalisten 48, die Nationalisten 18, die Fortschrittler 5 und die Sozialisten ein Mandat erhalten.

Wodurch die Grundlagen der Republik Hamburg ins Wanken geraten.

Als das Gericht am Montag in dem Prozeß gegen Genoffin Luise Riez das Urteil verkündete, stellte der Verteidiger noch zwei Bittgesuche: 1. den Landgerichtsdirektor Dr. Ewald, den Vorsitzenden der Schwur- und Landgerichtspräsidenten gegen die „Schopenhäcker“, als Zeugen darüber zu vernehmen, daß ein Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der sozialdemokratischen Parteileitung und den Straftaten am Schopenhäcker nicht festgestellt worden ist; 2. Professor Dr. Sombart als Sachverständigen zu vernehmen, daß die äußere Gewalt in der Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nicht als Mittel zur Eroberung der politischen Macht angesehen, sondern als ein reaktionärer Faktor bezeichnet wird. Diese Anträge begründete Dr. Herz unter Hinweis auf die Annahme des Staatsanwalts, daß die Sozialdemokratie die Anwendung gewalttätiger Mittel propagiere. Die in so ungeduldig Weise angegriffene Angeklagte wolle ferner im Parteinteresse verhindern, daß dieser Prozeß von gewissen Elementen politisch fruktifiziert werde. Staatsanwalt Knorr, der den etwas später eintreffenden Staatsanwalt Dr. Schoen vertrat, bestritt, daß sein Kollege behauptet habe, es bestünde ein Zusammenhang zwischen der sozialdemokratischen Parteileitung und der Schopenhäckerfälle, wie er auch bestritt, daß Theorie und Praxis der Sozialdemokratie in diesem Prozeß eine Rolle spielen. Hier habe man es nur mit den Reden der Angeklagten zu tun. Der Staatsanwalt ersuchte um Ablehnung der Anträge, was auch geschah, mit der Motivierung, daß die Anträge, auch wenn die Zeugen im Sinne der in den Anträgen niedergelegten Ansichten auszusagen würden, für die Beurteilung der Sachlage nicht von Bedeutung seien. Die Angeklagte weist die Unterstellung des Staatsanwalts Dr. Schoen, der inzwischen seinen Platz eingenommen hat, energisch zurück, daß sie eine unehrliche, strapuzlose Person sei; in ihrer agitatorischen Tätigkeit bringe sie stets ihre ecklige Ueberzeugung zum Ausdruck.

Das Gericht spricht die Angeklagte von der Anklage aus § 111 — Aufforderung zu strafbaren Handlungen — frei, verurteilt sie aber wegen Anreizung zu Gewalttätigkeiten in drei Fällen zu drei Monaten Gefängnis. In diesen drei Fällen habe die Angeklagte bei Besprechung der Flotten-, Steuer- und Wahlrechtsvorlage Dinge erörtert, die wohl passiert sein mögen. Aber sie habe diese Dinge, wie Soldatenmishandlungen, Kolonialfragen usw., nicht objektiv und unparteiisch beleuchtet, sondern nur die Schattenseiten hervorgehoben, denen doch auch viele Lichtseiten gegenüberstehen. Die Angeklagte habe nur schwarz in schwarz gemalt; nach ihrer Ansicht liege in Deutschland alles auf das denkbar Traurigste. Alle Lasten würden dem Volke auferlegt, für die sie gebe es keine Freude, keine Genüsse. Die Kinder des Volkes sollen nach ihrer Darstellung mißhandelt und schikaniert werden usw. Wenn solche Reden fortgesetzt einem urteillosen Publikum gehalten werden, wenn immer nur gesagt wird: Ihr seid die Unterdrückten und Ausgebeuteten, dann werde dadurch eine schlechte Stimmung bei den Hörern erzeugt, werde bei ihnen der Reiz zu Gewalttätigkeiten gelegt, würden sie zu der Ansicht gebracht, daß nur die Anwendung der Gewalt zum Ziele führe. Damit habe die Angeklagte objektiv gegen § 130 des Strafgesetzbuchs verstoßen. Diese Stimmung brauche nicht gleich in Gewalttätigkeiten umzuschlagen, sie könne aber früher oder später zu Gewalttätigkeiten führen. Ein solches Vorgehen störe den öffentlichen Frieden. Das Gericht habe festgestellt, daß die Angeklagte verschiedene Klassen gegeneinander angereizt habe, denn sie sei nicht allein dabei geblieben, die Gegenfährde der verschiedenen Klassen und die Mißstände in Deutschland zu schildern, sondern sie habe in ihren Reden wiederholt auf Russland verwiesen, auf ein Land, wo mit blutigen Mitteln gekämpft werde, um bestimmte Klassen zum Ziele zu bringen. Wenn das urteillose Publikum fortgesetzt gesagt werde, dann sagen sich diese: Nun, dann machen wir das hier ebenso. In der ersten Rede werden die sächsischen und russischen Vorgänge als Muster hingestellt; Ke Rednerin habe gesagt, in Russland nähmen die Frauen teil am Kampf, griffen zu Revolvern usw. und bestiegen die Barrikaden. Den abschwächenden Zusatz: „Wir haben in Deutschland geschlichen Boden, wir brauchen solche Mittel nicht anzuwenden“, habe die Angeklagte nach Ansicht des Gerichts nicht gemacht. In der zweiten Rede habe die Angeklagte gesagt: „Spannt den Bogen nicht zu straff“, und in der dritten habe sie wieder auf Russland und die dort zur Anwendung gelangten Mittel verwiesen. Damit seien die Tatbestandsmerkmale des § 130 erfüllt. Wenn nun die Angeklagte behauptet, sie mahne freizügig zu Geschichtlichkeit, so müsse sie sich doch sagen, daß solche heftigen Reden auf fruchtbaren Boden fallen können. Da könne von einer Revolutionierung der Geister keine Rede mehr sein, das sei eine Revolutionierung im Sinne der Häute. Die Angeklagte habe sich in subjektiver Einsicht vergangen. Die Meinung der Angeklagten, das Gericht verfolge ihre Anschauungen nicht, sei eine irrige; das Gericht wisse sehr wohl, daß die Angeklagte für eine neue Weltanschauung kämpfe, was man ihr durchaus nicht übel nehme. Bei diesem Kampfe komme es aber auf das Wie an — ein Kampf dürfe nicht mit vergifteten Waffen geführt werden. Das Gericht habe deshalb nicht auf eine höhere Strafe erkannt, weil es sich um einen politischen Kampf handele.

Aus Industrie und Handel.

Der 1. Juli ein kritischer Tag.

In den letzten Wochen hatte anscheinend das fieberhafte Streben, die Preise zu steigern, etwas nachgelassen, es hat sich aber anscheinend nur um eine Unterbrechung gehandelt. Fast von allen Gebieten der Verarbeitungsindustrie werden jetzt wieder Preis-erhöhungen gemeldet. Weist kommt hierbei das Streben zur Geltung, die Verteuerung der Produktion infolge der Preissteigerungen der Rohprodukte durch Heraussetzung der Preise für fertige Erzeugnisse wieder auszugleichen und wo es geht, die Verteuerung des Rohmaterials noch zu überholen. Wenn beispielsweise die Preise für Kohlen um 1—2 M., die Erzeugungskosten für Holz um 3—4 M. und die Preise für Rohspat und Kalkspat im letzten Jahre um 24 M. resp. um 33 M. hinaufgingen, dann folgen natürlich auch die Preise für Hoheisen, Halbzeug, Walzprodukte usw.

In den letzten Tagen wurden Preisaufschläge vorgenommen u. a. für Gußwaren, Kupferrohre, verschiedene Arten Rieten und Kleinfertzeug. Teilweise müssen diese Preissteigerungen als Nachweisen vorausgegangener Materialverteuerung betrachtet werden, nur in geringerem Umfange sind sie als Ausgleich der mit dem 1. Juli in Kraft getretenen erhöhten Rohmaterial- und Gattungspreise anzusehen.

Infolge der großen Bedürfnisse für Kautschuk und Betriebs-erweiterungen auf fast allen Werken der Montanindustrie ist allerdings die Nachfrage zurzeit noch recht reg. Die Werke setzten sich eben zu einem guten Teile gegenseitig selbst in Rohrung. Die vielen Aufträge der Werke an die Eisenindustrie strigen den Rohmaterialverbrauch dieser, und die starke Kohlenabnahme reizt zu Kautschuk- und Betriebsertei-

rungen bei den Werken. Aber die Frage ist berechtigt: wie lange wird das dauern? Die jetzt in Kraft tretenden höheren Materialpreise können den Anstoß zu einer rückläufigen Bewegung geben. Bewußt, die Werke sind noch um Monate reichlich mit Aufträgen versehen, andererseits läßt sich aber auch nicht leugnen, daß die Unternehmungslust, die trotz aller Schönmalereien doch in erheblichem Umfange die augenblickliche Konjunktur beeinflusst, seit einigen Wochen stark abgeflaut ist. Der so viel betonte starke Konsum resultiert eben in erheblichem Umfange aus dem Eigenverbrauch der industriellen Unternehmungen, aus der Vermehrung der Produktionsmittel. Er ist mithin spekulativer Natur und die Abschredung der Spekulation ist der Zusammenbruch der Hauptstütze, auf welcher der glänzende Konjunkturbau ruht.

Eine neue Alpenbahn.

Der Große Rat des Kantons Bern hat nach dreitägigen Verhandlungen die Vorlage des Regierungsrates betreffend die Lötschbergbahn angenommen. Gegen die Vorlage stimmten die sozialdemokratische Fraktion und einige Konservative und zwar deshalb, weil es sich herausgestellt hat, daß das Projekt des Alpen-durchstichs nicht mit der nötigen Umfähr- und Gewissenhaftigkeit studiert worden ist. Fachleute haben ausgerechnet, daß die Fahrt von Bern nach Brig (die neue Bahn soll eine Zufahrtlinie zum Simplon werden) durch den Lötschberg mit dem vorgesehnen Steil-rampenprojekt 1 1/2 Stunden länger dauern wird, als wenn der Wildstrubelberg als Schienenweg benutzt würde. Merkwürdigerweise haben aber nicht die für das Wildstrubelprojekt sich auszeichnenden internationalen Experten den Ausblick gegeben, sondern die ganze Angelegenheit wurde zu einer politischen Aktion gestempelt! Im Initiationskomitee sahen nämlich fast lauter Häupter der gubernermentalen, der freisinnig-demokratischen Partei, an der Spitze der gegenwärtigen Nationalratspräsidenten Hirter. Dieses Komitee ließ Pläne, Kosten-voranschläge ansarbeiten, trat zwecks Finanzierung dieses Projektes mit Finanzsyndikaten in Verbindung und schloß schließlich mit dem Pariser Bankhaus J. Koste u. Co. einen Vertrag ab, nach welchem dieses Institut den Bau übernimmt und ein Anlagkapital von 80 Millionen Frank zur Verfügung stellt. Dieser Vertrag wurde provisorisch unterzeichnet (immer vom privaten Komitee) und als alles fix und fertig war, wurden Großer Rat und Regierungsrat des Kantons Bern vor ein fait accompli gestellt. Die Bahn soll elektrischen Betrieb erhalten. Der Kanton Bern leistet 17 1/2 Millionen Frank, die interessierten Gemeinden 21 Millionen Frank Subventionskapital.

Im Großen Räte warnten umsonst der Sprecher der Sozialdemokraten, Genosse Finanzdirektor Müller-Bern und der konservative Nationalrat Ulrich Dürrenmatt vor einer übereilten Beschlußfassung. Umsonst wurde auch darauf hingewiesen, daß die Offerte von Koste u. Co. um mindestens zehn Millionen Frank zu hoch sei. Die Freisinnigen gaben nicht nach, weil die Bestir-mungen anderer Projekte in anderen Parteien sahen und man den Ruhm, den Berner Alpendurchstich ausgeführt zu haben, voll und ganz der freisinnigen Partei zukommen lassen wollte.

Bis 1914 soll der Bau vollendet sein. — Mit den nachträglichen Krediten werden die Kosten des Bahnbaues wohl auf 100 Millionen Frank zu stehen kommen, wovon 83 Millionen allein der Tunnel verschlingt.

Italienische Rentenkonversion. Italien konvertiert seine 4 prozentige Rente. Das gesamte zur Umwandlung kommende Rentenskapital beläuft sich auf 8191 Millionen Lire, wovon 4721 Millionen Lire auf den Namen und der Rest auf Inhaber lauten. Nach dem Konversionsplan bleiben bis zum 1. Januar 1907 die Besitzer in dem bisherigen Zinsfuß von 4 Proz., alsdann erhalten sie bis 1. Januar 1912, also für einen Zeitraum von 5 Jahren 3 1/2 Proz. Zinsen, und nach Ablauf dieser Periode soll der Zinsfuß automatisch auf 3 1/2 Proz. sinken. Ausdrücklich wird zugesichert, daß die Rente von jeder gegenwärtigen oder künftigen Steuer befreit sein soll. Auf eine weitere Zinsherabsetzung verzichtet die Regierung bis Ende 1920.

Das italienische Parlament hat noch am 29. Juni, kurz vor dem Beginn der Ferien, den Konversionsvorschlag der Regierung angenommen; und darauf ist sofort das die Ausführungsbestimmungen enthaltende künftige Dekret erschienen.

Daß die Maßregel in diesem Umfange vorgenommen werden kann, beweist, wie sehr die wirtschaftliche Lage Italiens in den letzten zwei Jahrzehnten sich gebessert hat.

Für das nichtitalienische Kapital hat die Konvertierung nur verhältnismäßig geringe Bedeutung, denn der größte Teil des ausländischen Besitzes an italienischer Rente ist längst nach Italien zurückgewandert. Ueber neun Fünftel des Rentenbesitzes ist in italienischen Händen. Der Anteil des Auslandes dürfte sich nur auf etwa 700 Millionen Lire stellen.

Gewerkchaftliches.

Solidarität.

Einen praktischen und nachahmenswerten Solidaritäts-betweis für die ausgesperrten Buchbinder, Lithographen und Steindruckere haben die Leipziger Buchdrucker geliefert. In ihrer Freitagversammlung beschloßen sie, aus ihrem Lokalfonds 5000 M. sofort und pro Woche und Mitglied einen Beitrag von 30 Pf. den Aussperrten zu übermitteln.

Berlin und Umgegend.

Hätung! Bauhandwerker!

Wegen Nichtbewilligung der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes sind am Montagfrüh sämtliche bei Berliner Firmen arbeitende Wadosenmaurer in den Streik getreten. Etwa die Arbeit ausnehmende Maurer ersuchen wir, auf obiges aufmerksam zu machen und der Verbandsleitung der Maurer, Engländer 15, gest. von solchen Fällen Mitteilung zu geben.

Verbandsleitung der Maurer Berlins und Umgegend.

Zur Aussperrung der Glaser.

Wie am gestrigen Montag im Kontrollbureau des Glaserverbandes festgestellt wurde, hat die Aussperrung einen größeren Umfang als den bereits gemeldeten bisher angenommen. Es scheint auch, als sei die Weigerung der Meister nicht gewillt, den Tarifbruch der Innungsscharfmacher mitzumachen. Eine Anzahl kleinerer Firmen hat die Aussperrung bereits wieder rückgängig gemacht. Sie gaben an, geglaubt zu haben, daß die Gesellen noch vor Ablauf des Tarifvertrags höhere Löhne verlangen wollten. Nachdem sie aber ihren Irrtum eingesehen, erklärten sie, daß zur Aussperrung ihrer Arbeitskräfte kein Anlaß mehr vorliege. Auch mehrere größere Firmen ließen den Verbandsvertretern sagen, sie würden sich halten, ihre Leute mitauszusperren, weil sie nicht die mindeste Lust hätten, den Hauptakteuren des Unternehmervverbandes die Kostanten aus dem Feuer zu holen.

Aussperrt haben folgende Firmen: N. Schmidt (Weisteln), Salomons, Schneider u. Sohn, Zelle, Bern, Harbi u. Zelle, Spinn u. Co., Schulze, Jost, Karfunkel u. Wolff, Gregoleit, C. E. Hoffmann (W. v. Ditowicz), E. Schmidt (Brandenburg), Souchard, Heinersdorf u. Co., Köhlich (Vorstand der Unternehmervtariffkommission), Pilay, Manns, Rogge, Weder, Kubinski, Aniel, Markus, Schmann, Söhne, Kavinow, Tarius und Grafenat. Der Obermeister Köppen von der Charlottenburger Innung, der sich ebenfalls, wenn auch vergeblich für die Aussperrung ins Zeug legte, hatte das Bed. daß ihm sein einziger Gehilfe, den er beschäftigt, davongegangen ist. Er hätte auf Grund des in der Berliner Arbeitgeberversammlung gefaßten Beschlusses diesen Mann gar nicht „aussperrt“ brauchen, weil derselbe unorganisiert war, — deshalb wurde

dem Herrn Obermeister auch wohl so leicht, für die Aussperrung zu plädieren — jedoch der Gehülfe machte mit den Ausgesperrten gemeinsame Sache und ließ die Arbeit liegen. So kommt es, daß die „Firma“ Köppen die einzige ist, die von der Charlottenburger Innung an der Aussperrung „beteiligt“ ist.

Die Kontrolle sind in Berlin 387 Glaser ausgesperrt. Beschäftigt werden insgesamt rund 1000 Gehülfe, wovon circa 900 der Organisation angehören. Eine Sitzung der Verbandsvertragsleute und Bezirksleiter hat beschlossen, daß jeder Arbeiter berechtigt pro Tag 75 Pf. an die Streikkasse zu zahlen hat. Die nächste Verbandsversammlung dürfte diesem Beschluß zweifellos zustimmen. Sämtliche Bauhandwerker werden von der Glaserorganisation erforscht, jeden arbeitenden Glaser nach der grünen Arbeitsberechtigungskarte zu fragen.

Die Aussperrung im Steinbruggewerbe.

Die Aussperrten hatten sich gestern vormittag im großen Saal des Gewerkschaftshauses zahlreich versammelt, um den Bericht über die Lage des Kampfes entgegenzunehmen. Wesentliche Veränderungen der Lage waren nicht eingetreten. Kein einziger der Aussperrten ist abtrünnig geworden, obwohl die Unternehmer in der letzten Woche alles aufboten, um Aussperrte zum Streikbruch zu verführen. Der Mißerfolg dieser Bemühungen, das Fehlschlagen der Hoffnungen, die sie auf den Vortag gesetzt hatten, ist offenbar die Ursache dafür, daß sie gestern nachmittag zu einer Sitzung ihres „Schutzverbandes“ eilten. Was sie hier vielleicht beschlossen haben mögen, kann die Aussperrten in ihrer Haltung nicht irren machen. Was die Unternehmer unter sich, ohne Vertreter des Senesfelderbundes hinzuzuziehen, ausmachen, ist für die Aussperrten bedeutungslos. Im ganzen haben die Berliner Prinzipale in den vier Wochen des Kampfes nur sechs Leute (1) gefunden, die sich zu Streikbrecherdiensten hergeben, und unter diesen ist nur einer, der wirklich zu arbeiten versteht. Dieser Mensch hat seine alte, verhältnismäßig gut, mit 36 Mark, bezahlte Stellung aufgegeben, um als Hausmeister einer Aussperrungsfirma 45 Mark zu verdienen. Diese Handlungsweise rief, als sie der Versammlung mitgeteilt wurde, lebhaftes Entrüsten hervor. Deutlich wurde es ausgesprochen, daß die Leute, die sich zu Verräterdiensten gegen die Kollegenschaft hergeben, keinerlei dauernden Vorteil von ihrer Handlungsweise zu erwarten haben, zumal da bei der unerhörten Ausdauer der Aussperrten ein Abschluß des Kampfes zu ihren Gunsten nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Auch die Tatsache, daß ein früher an leitender Stelle in der Gehülfeorganisation tätig gewesener Mann, der jetzige Firmeninhaber Vorisch, Streitarbeiter für eine Aussperrungsfirma anfertigt und einen Gehülfe entließ, weil er sich weigerte, diese Arbeit auszuführen, wurde scharf verurteilt. Ferner wurde sowohl von Referenten wie vom Vorsitzenden der Versammlung darauf aufmerksam gemacht, daß es töricht ist, wenn Arbeiter, statt die Arbeiterpresse zu lesen, ein Blatt wie die „Volkzeitung“ unterstützen, das unter dem Deckmantel der Wahrnehmung von Arbeiterinteressen die Sammlungen für die Aussperrten zu unterbinden sucht. Es ist übrigens hinreichend bewiesen, daß trotz dieser Quertreibereien kein Mangel an Unterstützungsmitteln eingetreten ist. Die Hoffnung, daß die Aussperrten bedingungslos in die Betriebe zurückkehren, scheinen die Unternehmer denn auch endlich aufgegeben zu haben; sie verlangen jetzt nur noch, daß die Arbeit in den Streikorten bedingungslos aufgenommen werde. Aber auch damit werden sie kein Glück haben. Die Gehülfeorganisation ist nach wie vor zu verhandeln bereit, sobald das von anderer Seite gewünscht wird; selbst wird sie aber keine offiziellen Schritte tun, die Unternehmer um Verhandlungen zu ersuchen. In den Vermögensangelegenheiten des Bundes wird am Mittwoch eine Versammlung der Mitglieder des alten Verbandes Stellung nehmen. Außerdem findet am Freitagabend bei Keller in der Kopenstraße eine allgemeine Versammlung statt, die sich mit der Aussperrung befassen wird.

Mißstände im Steinsehergewerbe.

Die Arbeitnehmervertreter der Schlichtungskommission des Steinsehergewerbes hatten am Sonntag eine Mitgliederversammlung für sämtliche Unterbezirke Groß-Berlins der Zentralorganisation der Steinseher einberufen, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand. Sie hatte den Zweck, den Vertretern der Schlichtungskommission eine Richtschnur für ihr Verhalten in einer am Montag einberufenen Sitzung mit den Vorständen der Innungen und in einer am Donnerstag stattfindenden Innungsversammlung zu geben, um verschiedene Mißstände im Arbeitsverhältnis zu beseitigen. Wie der Referent B. Schenke ausführte, handelt es sich meist um Fragen, die auf Grund des seit dem 1. April dieses Jahres geltenden Tarifvertrages leicht durch die Schlichtungskommission geregelt werden könnten, wenn nicht einige Scharfmacher unter den Unternehmern diese Kommission sowie Bestimmungen des Vertrages sorgfältig ignorierten und hierbei nicht von ihren Politiere unterstüzt würden. So besagt der Tarif, daß jeder Steinseher ganz seine Schuldigkeit tun soll, um gute, einwandfreie Arbeit zu liefern; die Politiere aber legen alles daran, so viel Arbeit wie nur irgend möglich fertiggestellt zu erhalten, wodurch nicht nur eine verderbliche Ueberanstrengung der Arbeitskraft herbeigeführt wird, sondern auch die Güte der Arbeit bedenklich leidet. Ferner wird darüber geklagt, daß die Bezahlung nicht imgehalten wird und daß die Bezahlung in vielen Fällen eine schlechte, brutale Behandlung zu erdulden haben, wodurch leicht eine moralische Verwilderung unter den jungen Leuten hervorgerufen wird, zum Schaden der Gesamtheit der Berufsgenossen. Außerdem werden auch die Bestimmungen über den Bauarbeiterlohn nicht genügend beachtet, so daß man z. B. verlangt, daß 24—30 Mann sich mit einer Baubude von 3 Quadratmeter Grundfläche begnügen sollten. Beispielsweise sei jemand über solche Zustände, so kann er vom Politer Antworten erhalten wie: „Ach was, früher haben wir überhaupt nichts von Baubuden gehört.“ Der Redner äußerte die Ansicht, daß diese verschiedenen Mißstände leichter zu beseitigen wären, wenn der Feinerzeit auf Veranlassung der Unternehmer gegründete Politerverein aufgelöst und die Politiere veranlaßt würden, sich der Steinseherorganisation anzuschließen und an deren Versammlungen teilzunehmen. Obwohl dagegen verschiedene Bedenken geltend gemacht werden könnten, sei es doch von Vorteil, wenn man dies verlangte. Auch besagt eine Randbemerkung im Tarif, daß zwecks Durchführung der Tarifbestimmungen und zwecks Verbeisführung eines besseren Verständnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Sondervereinigungen der Steinseher — der Angestellten und Politiere — veranlaßt werden sollen, sich in gewerblichem Sinne aktiv in der Tariforganisation zu betätigen. Eine besondere Streitfrage im Gewerbe, die vom Referenten erörtert wurde, ist die Verpflichtung der Unternehmer, den Steinseher den ihnen durch Innungsbeschluß ausgesetzten Feiertag zur Einholung der Braut des Kronprinzen zu bezahlen. Eine Anzahl Steinseher hat ihre Arbeitgeber deshalb verklagt. Die Klage wurde vom Innungsschiedsgericht abgewiesen, aber dann vom ordentlichen Gericht als berechtigt anerkannt. Das Urteil ist jetzt rechtskräftig. Gleichwohl haben sich die Unternehmer noch nicht veranlaßt gefühlt, dementsprechend zu handeln. Aufgabe der Schlichtungskommission muß es nun sein, dafür zu sorgen, daß sämtlichen an jenem Tage zum Feiern veranlaßten Gehülfe der Tag bezahlt wird.

In der Diskussion wurde allgemein die Ansicht laut, daß der erwähnte Politerverein ein Uebel für das Gewerbe sei, dessen Beseitigung angestrebt werden müsse. Einzelne Redner, so auch der Verbandsvorsitzende Wagner, meinten jedoch, daß der Organisation nicht viel damit diene, die Politiere als Mitglieder in ihrer Mitte zu haben. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Da die Voraussetzungen für das Bestehen des Politervereins unter den bestehenden Tarifverhältnissen fortfallen, beauftragt die Versammlung die Vertreter der Schlichtungskommission, im Interesse des Gewerbes die Innungen zu veranlassen, dahin zu wirken, daß die sogenannten Politervereine sich in der Tariforganisation der Arbeitnehmer aktiv betätigen.“

Die Mühlenarbeiter haben bei vier Berliner und einer Potsdamer Firma Forderungen um Lohnerhöhung eingereicht. Dagegen wird jetztständige Arbeitszeit (zurzeit 12 Stunden) und Regelung des Arbeitsnachweises verlangt. Die Verhandlungen mit der Organisation wurden rundweg abgelehnt. Eigentümlicherweise bedient man sich des Arbeitgeberverbandes für die Provinz Brandenburg, durch dessen Bureau der Weisheit einging. — Die vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarife laufen mit dem 30. Juni ab, und da die Verhandlungen der Lohnkommissionen aus den Betrieben bisher über wohlwollende Beratungen nicht hinausgekommen sind, wird die heutige Versammlung über weitere Maßnahmen zu befinden haben. — Die Mühlenarbeiter, Maschinenpersonal usw. wollen bis auf weiteres Berlin meiden.

In den „Norddeutschen Stahlwerken“ zu Ober-Schöneweide sind sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Der Betrieb ruht vollständig. Diese eigenartige Maßregel des Werkdirektors hat folgende geringfügige Ursache. Die Formen des Betriebes forderten die Einsetzung einer Kommission, die bei den Festsetzungen der Abfordpreise gutachtlich mit gehört werden sollte. Am selben Tage, als die Forderung gestellt war, entließ der Direktor vier Mann, darunter ein Arbeiterauschussmitglied. Jetzt verlangten die Arbeiter die Wiedereinstellung der vier Entlassenen. Dies lehnte der Direktor jedoch ab. Hierauf wollten die Arbeiter nach Feierabend (6 Uhr abends) in einer Versammlung zu ihrem Verhalten Stellung nehmen. Der Direktor verlangte die Antwort aber schon zu 5 Uhr, was nach Lage der Sache einfach unmöglich war. Als die Antwort nicht zu dem verlangten Zeitpunkt erfolgen konnte, erklärte er so dann sämtliche Arbeiter für entlassen, worauf der Betrieb geschlossen wurde. Die Arbeiter sind der Meinung, daß wenn der Direktor sich über seine Maßnahmen überhaupt klar war, ihn offenbar andere Gründe wie die vorliegenden zur Stilllegung des Werkes veranlaßt haben müssen.

Achtung! Gummiarbeiter aller Branchen! Im Gummiwerk Schwank in Groß-Lichterfelde haben am gestrigen Tage sämtliche Gummiarbeiter die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. — Zugut ist fernzuhalten. Die Verbandsleitung.

Achtung! Steinseher! Wegen Maßregelung gesperrt sind die Baustellen des Unternehmers Hauschild in Friedrichsfelde, Berlinerstraße 121. Die Schlichtungskommission.

Die Terra-Cotta-Arbeiter der Firma Agnes Gladenbeck in Friedrichshagen befinden sich seit acht Tagen im Ausstande. Auf die in alle Welt gefandten Werbeschreiben der Firma hat sich nur ein einziger Arbeitswilliger in der Person des Gießers Wills Wagner aus Berlin gefunden. Als Arbeitswillige sind auch die in der Fabrik verbliebenen beiden Wäler Bernhard Wesse und Julius Kojahn, sowie die Figurenten Aug. Loms und Anton de Kosi aus Friedrichshagen und Konrad Trippeid aus Berlin zu betrachten. Wer mag wohl die Fürsorge der Gewerkschaft bezahlen, die diese Arbeitswilligen des Morgens, Mittags und Abends hin- und zurückbegleitet? — Als dieses Frühjahr ein paar Spühuben, deren man nicht habhaft werden konnte, ihr Unwesen trieben, wurde seitens der Gemeindeverwaltung Gendarmerie-Vernehmung gefordert. Da es nun mit dem Spühubensfangen nichts mehr ist, — dieselben sitzen Numero Sicher — so glaubt man wohl, andere Beschäftigung schaffen zu müssen? Die Ausständigen machen nur von den ihnen zustehenden Rechten nach § 152 der Gewerbeordnung Gebrauch und danken für die liebende Fürsorge der Polizei.

Deutsches Reich.

Zur Buchbinderaussperrung.

Acht der an der Aussperrung sich beteiligenden Firmen in Stuttgart haben gegen ihr ausgesperrtes Personal beim Stuttgarter Gewerbegericht eine Klage auf Schadenersatz wegen Verlassen der Arbeit, ohne die Kündigungsfrist auszuhalten, angehängt. Das dortige Gewerbegericht hat denn auch dieser Klage stattgegeben und die Aussperrten verurteilt. Wenn das Gewerbegericht damit auch entschieden hat, daß die Aufforderung, Streikarbeit herzustellen, nicht gegen die guten Sitten verstößt und kein Verlangen ist, auf Grund dessen die weitere Arbeitsleistung verweigert werden kann, so läßt sich aber andererseits die organisierte Arbeiterschaft dadurch nicht im Ernstern beirren.

Die Herstellung der Streikarbeit ist und bleibt eben, so lange von der Organisationsleitung die entsprechende Barale ausgegeben wird, eine ethische Handlung, zu welcher sich keine rechtlich denkende Person hergeben wird. Das „Leipziger Tageblatt“ konstruiert aus dem Urteil einen Kontraktbruch der Arbeiter und bemerkt, daß durch das Urteil entschieden sei, daß der in unserem Verufe lobende Kampf keine Aussperrung, sondern ein Streik sei. Diese Logik macht ja den Verdrehungs- und Entstellungskünstlern von der Pleiße alle Ehre. Von einem Kapitalistenblatt kann man ja füglich auch nichts anderes erwarten als wie Arbeiterverrat. Das Urteil selbst wird auf die Organisation auch nicht den geringsten Einfluß ausüben. Die Herbeiführung desselben jedoch zeigt aufs neue, wie planlos, widersprechend und — zynisch die Unternehmerorganisationen den Kampf führen. Erst erhalten die Arbeiter Streikarbeit angeboten, — damit diese verweigert wird. Nachdem dies geschehen, läuft man abends zum Stadl und verklagt dieselben Leute. Kommentar überflüssig.

Bei ganz besonderem Eifer wird neuerdings von den Unternehmern das Gerücht ausgesprengt, die Mittel des Buchbinderverbandes seien völlig erschöpft, Unterstützung von anderen Verbänden sei nicht zu erwarten und so würden in allernächster Zeit die Aussperrten um die bedingungslose Wiederaufnahme in die Betriebe betteln müssen.

Demgegenüber sei hiermit festgestellt, daß dies Gerücht vollständig unzutreffend ist und die Mittel zur Unterstützung auf viele Wochen zur Verfügung gestellt sind, so daß die Aussperrten sowohl als der Buchbinderverband den kommenden Dingen jedenfalls ruhiger entgegensehen können, als die im schweren Druck befindlichen Unternehmer, die am gestrigen Tage im Buchgewerbehaus in Leipzig zu einer Beratung zusammentraten.

Die Konfektionsarbeiter in der Ebersfelder Herrenkonfektion gedenken in eine Lohnbewegung einzutreten; es werden deshalb nach Ebersfeld Konfektionsarbeiter von den einzelnen Firmen gesucht. Der Zugut ist streng fernzuhalten.

300 Dachdecker sind zu Frankfurt a. M. nach einem und von dort zugehenden Privattelegramm in den Streik getreten. — Zugut ist fernzuhalten.

Ein Leipziger Urteil.

Das Landgericht Leipzig verurteilte am Montag den Redakteur Staudinger wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit und Verleumdung eines Steinbruggewerks in Dresden zu 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis. Bei der Verhandlung wegen Anpöbelung eines Vertrauensmannes soll Staudinger von „Gegenmaßregeln“ gesprochen haben.

Das Gericht erließ darin eine Streikandrohung, um dem entlassenen Arbeiter die Stelle zu verschaffen und ihm so einen „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ zu verschaffen. Die Verleumdung wird darin erklährt, daß Staudinger im „Steinarbeiter“ geschrieben habe, der Arbeiter sei entlassen worden, weil er vor Gericht die Wahrheit gesagt habe. Außerdem habe der Unternehmer Staudinger selbst Geld angeboten, um die Sache aus der Welt zu schaffen. Wegen dieser Behauptung die Verurteilung.

Die Maurer in Leipzig haben einen neuen Tarif errungen. Als Resultat der Verhandlungen zwischen Maurer- und Bauunternehmerorganisation ist die Annahme der Forderungen zu verzeichnen, die

die Maurer in einer Resolution gestellt hatten. Danach beträgt der Stundenlohn nicht mehr wie bisher nur 55 Pfennige, sondern vom 1. Juli 1906 ab 63 und vom 1. März 1907 ab 65 Pfennige. Die Tarifdauer ist für zwei Jahre festgelegt. Außerdem wird von nun an durchgängig der Lohn freitags ausgezahlt und die Arbeit am Sonntagabend um 1/5 Uhr beendet werden.

Der Maler- und Tischlerstreik in Mannheim-Ludwigshafen ist am 30. Juni nach dreimonatlicher Dauer mit dem Abschluß eines Tarifvertrages beendet worden. Vereinstart ist für jugendliche Gehülfe ein Mindestlohn von 42 Pf., vom 20. Jahre ab beträgt der Mindestlohn für dieses Jahr 48 Pf., vom 1. April nächsten Jahres 50 Pf. Für die seitherigen Löhne tritt eine achtprozentige Lohnerhöhung in Kraft. Der zwischen der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. und der Maler- und Tischlermeistervereinigung Mannheim-Ludwigshafen abgeschlossene Vertrag hat Gültigkeit bis 1. Februar 1908 und ist zwei Monate vorher kündbar.

Ausland.

Die Einigung der französischen Bergarbeiter.

Paris, 1. Juli. (Eq. Ber.) Der Kongreß der nationalen Bergarbeiterföderation in Saint Etienne ist heute mit einer großen Volksversammlung geschlossen worden. Das bedeutendste Ergebnis der Verhandlungen war die Herstellung der gewerkschaftlichen Einigkeit der französischen Bergarbeiterschaft. Bekanntlich war nach dem unglücklich verlaufenen allgemeinen Streik von 1902 eine Spaltung eingetreten. Ein neuer Verband wurde gegründet, der in die Arbeitsföderation eintrat, während der alte den Anschluß an diese Vereinigung der revolutionären Gewerkschaften verweigerte. Der neue Verband war im syndikalistischen Sinne tätig, vermochte aber nur in einzelnen Bezirken eine größere Zahl von Mitglieder zu gewinnen. Wie sehr diese Spaltung der Sache der Arbeiter geschadet hat, ist aus der Geschichte der jüngsten Streikbewegung im Norden nur allzu bekannt. Die beiden Verbände bekämpften einander in der gefährlichsten Weise und es blieb nicht nur bei gedruckten Angriffen. In St. Etienne waren zwei Delegierte der Dissidenten anwesend, die an der geheimen Kommissionsberatung über die Einigung teilnahmen. Es wurde einstimmig folgende Grundfätze angenommen: alle Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter treten in die nationale Föderation ein, behalten jedoch für ihre innere Verwaltung eine vollständige Autonomie. Im September tritt in Paris ein Einigungskongreß zusammen, der über den Anschluß an die Arbeitsföderation und über die Teilnahme an ihrem Kongreß, der sich gleichfalls im September in Amiens versammeln wird, verhandelt soll.

Das Ergebnis des Bergarbeiterkongresses ist ein weiterer Beweis der Stärkung des proletarischen Kampfes in Frankreich. Das Bedürfnis nach Einigung und Festigung der Organisation zeigt sich stärker als alte Rivalitäten und Empfindlichkeiten. Man darf erwarten, daß der Kongreß in Amiens der Konföderation einen starken Zuwachs an Organisationen bringen wird, die bisher außerhalb dieses Verbandes standen, und die Annäherung zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation erscheint heute schon den Bereich der frommen Wünsche überschritten zu haben.

Eingegangene Druckschriften.

- „Der Arbeitsmarkt“ Nr. 19, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichter (Herausgeber Professor Dr. Jastrow, Berlin).
- „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ Nr. 16, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Herausgeber: Dr. J. Jastrow und Dr. K. Fiesch, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Neimer, Berlin).
- „Soziale Tagesfragen“, Heft 14 und 15. Mäßigkeitsbestrebungen von Dr. A. Pieper. 40 Seiten. Preis 35 Pf. — Heft 14. Die Reichsfinanzreform von 1906 und ihre neuen Steuern, von Dr. G. Jäger. 69 Seiten. Preis 60 Pf. Verlag Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland, W. Ghabdah.
- Heinrich G. Vidreiter. Das Altendorfer Landtagswahlrecht. 69 Seiten. Verfaßt im Auftrage des Landesverbandes der sozialdemokratischen Partei im Herzogtum Altendurg. Preis 60 Pf. Verlag F. Ströde, Altendurg.
- 11. Jahresbericht der ersten öffentlichen Beschalle zu Becken, Wängstraße 11. 31 Seiten. Selbstverlag.
- Dr. Moritz Jürk. Für das internationale Schiedsgericht Rektoratsrede an die Studierenden der schottischen Universität St. Andrews, von Andrew Carnegie. 76 Seiten. Verlag L. Boh, Hamburg und Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kannahme der dachischen Schulvorlage.

Konstanz, 2. Juli. (B. Z. B.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stand die Schulvorlage zur nochmaligen Beratung. Die Regierung hatte ihre Zustimmung von einer gewissen Erhöhung der Gemeindebeiträge abhängig gemacht. Die Kammer erklärte sich, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Konfessionellen, damit einverstanden. Schließlich wurde das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Die Situation in Sibirien.

Bukarest, 2. Juli. (B. Z. B.) In Konstanz sind gestern zwei österreichische Dampfer mit 119 wohlhabenden Familien aus Odessa eingetroffen. Dieselben berichten, daß die Lage in ganz Sibirien äußerst bedrohlich sei. In Sewastopol sei angeblich eine Revolution ausgebrochen. Die dortigen beorderten Kosaken sympathisieren mit den Revolutionären. In Odessa sei der Streik ein allgemeiner. Von Sewastopol seien nach Odessa Kriegsschiffe gesandt worden, die an der Küste kreuzen.

Das Militär und die Duma.

Petersburg, 2. Juli. (B. Z. B.) In der Duma ist ein Telegramm eingeschlagen, in dem 200 Mann des im Kaukasus stehenden Ringregiments gegen die Beurteilung von 27 ihrer Kameraden durch das Kriegsgericht Einspruch erheben.

Die Flucht des Zaren.

Petersburg, 2. Juli. (B. Z. B.) Wie verlautet, wird der Zar wegen der Meutereien bei der Garde nach Jarosloje Selo überfiedeln. Der Weg von Jarosloje Selo bis Peterhof ist bereits mit Truppen besetzt; das Schloß in Jarosloje Selo wird für den Aufenthalt der kaiserlichen Familie hergerichtet.

Ausdehnung der Agrarunruhen.

Petersburg, 2. Juli. (B. Z. B.) Die Gouvernements im Gouvernment Tula haben sich auf die Nachbargebiete ausgedehnt. Mehrfach wurden die Besitzungen der Großgrundbesitzer in Brand gesetzt. Der Gouverneur erklärte, keine Truppen zur Hilfe entsenden zu können, da die Zahl der ihm zur Verfügung stehenden Mannschaften nicht ausreichte.

Attentate auf Polizeibeamte.

Warschau, 2. Juli. (B. Z. B.) Heute sind hier sechs Mordanschläge gegen Polizisten unternommen worden. Zwei von den Angegriffenen wurden getötet, drei verwundet und einer blieb unverletzt. Zwei vorübergehende Personen wurden von Kugeln getroffen und getötet. Die Behörde hat die Zurückziehung der Polizeibossen von den Straßen angeordnet. Der Sicherheitsdienst wird von Patrouillen versehen.

Herrenhaus.

22. Sitzung vom Montag, den 2. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Städt, Freiherr v. Rheinbaben. Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Bureaudirektors Reichig durch Erheben von den Sigen. — Der Präsident teilt mit, daß er den Rechnungsrat David zum Bureaudirektor ernannt habe.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Das Gesetz über die Abänderung des Artikels 20 und Aufhebung des Artikels 112 der Verfassungsurkunde (ex Schiffer) wird in zweiter Abstimmung angenommen.

zweite Beratung der Volksschulvorlage.

Kultusminister Dr. Städt: Die Verfassungsbedenken, die Herr v. Roscius in diesem Hause vortrug, sind, noch ehe sie erhoben wurden, durch den Grafen Voßow-Eulenburg genügend widerlegt worden. Um alle etwa noch vorhandenen Bedenken zu zerstreuen, habe ich namens der königlichen Staatsregierung zu erklären, daß die Publikation des von beiden Häusern angenommenen Verfassungsänderungsgesetzes sofort bewirkt wird. (Beifall.)

Professor Meinte-Kiel polemisiert gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters Reichner bei der ersten Lesung: Eine Befreiung des konfessionellen Friedens ist von diesem Gesetz nicht zu befürchten. Die Simultanschule verbürgt keineswegs den konfessionellen Frieden, wie das Beispiel Badens zeigt, wo die konfessionelle Verlegung ärger ist als anderswo. — Es ist ein schwerer Irrtum, Demokratismus und Liberalismus gleichzusetzen und die Simultanschule als ein Postulat des Liberalismus hinzustellen. Dieser mein theoretischer Erlaß soll aber ja nicht etwa bedeuten, daß ich ein Feind der Simultanschule bin. Die Simultanschule möge blühen, wachsen und gedeihen, das wünsche ich ihr von Herzen. Im kleinen Nassau hat sie sich bemüht, im großen Oesterreich aber nicht. — Ich schließe mit der Bitte, im Interesse des Staates und der Religion an der konfessionellen Grundlage nicht rütteln zu wollen, die die Regierung, das Abgeordnetenhaus und unsere Kommission der Volksschule in diesem Gesetze gegeben haben. (Beifall.)

Graf Wirbich: Das Gesetz ist ungerecht gegen das platte Land. Die Gerechtigkeit würde fordern, daß der Staat die ganzen Schulkosten der Landbezirke übernehme — wenn ich auch zugedenke will, daß Gründe anderer Art dagegen sprechen, diese radikale Lösung eintreten zu lassen. Dadurch, daß die Güter stärker belastet werden als die Gemeinden, werden meine schwereren Bedenken gegen das Gesetz vermehrt. Hoffentlich wird die Regierung wenigstens bei der Ausführung des Gesetzes dafür sorgen, daß die Belastung auf das geringstmögliche Maß zurückgeführt wird. (Beifall rechts.)

Oberbürgermeister Reichner-Berlin: Die „Widerlegung“ des Herrn Meinte wandte sich gegen Ausführungen, die ich gar nicht gemacht habe. Ich wende mich gegen die Festlegung der Konfessionalität, gegen die Schaffung einer katholischen und einer evangelischen Staatsschule, wie sie in diesem Gesetze vorgesehen wird. Das ist der Kern des Gesetzes, das ist der Punkt, auf den auch die Parteien, die die Annahme des Gesetzes betreiben, den höchsten Wert legen. — Ich bin der Überzeugung, daß das Leben der Einzelnen wie das der Völker auf der Basis der Religion ruhen muß. (Beifall.) Ich bin evangelischer Christ, wenn ich auch mit der zeitig in der evangelischen Kirche herrschenden Orthodoxie nicht einverstanden bin und mich daher vom kirchlichen Leben fernhalte, soweit mich nicht meine amtliche Stellung zur Teilnahme nötigt. Ich bin evangelischer Christ; ich lege aber das Hauptgewicht nicht auf dogmatische Lehren, sondern auf die Gesinnung des Herzens. Umgekehrt werden durch dieses Gesetz die dogmatischen Unterschiede in den Vordergrund der Schule geschoben werden. Und das halte ich allerdings für ein Unglück. Schon greift der Konfessionalismus weit hinaus über die Grenzen des kirchlichen. Handwerker und Arbeiter organisieren sich konfessionell, und eine große Partei ruht völlig auf konfessioneller Grundlage. Ich sehe nicht an zu sagen, daß ich diese Erziehung einer rein konfessionellen Partei als verhängnisvoll betrachte. Angesichts dieser Tatsache sollten wir uns so sehr darauf halten, daß gleich dem Geiste die Schule der neuen rale Boden bleibt, auf dem wohl die Konfessionen zu ihrem Rechte kommen, ihnen aber nicht von vornherein Rechtsansprüche eingeräumt werden. Die Vorlage bedeutet einen völligen Bruch mit den guten friedericianischen Traditionen. Auch die Kirchen werden keinen dauernden Vorteil daraus ziehen. Wären Sie nach Frankreich! Aus den konfessionellen Staatsschulen des zweiten Kaiserreichs hat die dritte Republik konfessionslose Staatsschulen gemacht. Denken Sie daran, wie schnell in England auf die Volksschule die Campbell-Bannermanische Vorlage gefolgt ist, die den konfessionellen Religionsunterricht prinzipiell aus der Volksschule verbannt. Vor solcher Entwicklung möchten wir gerade Deutschland bewahren. Denken Sie ferner daran, wie die kirchenfeindliche Agitation der Sozialdemokratie gerade aus dieser Vorlage Nahrung zieht, wie unter dem Eindruck dieses Gesetzes die Sozialdemokratie den alten Parteigrundriss „Religion ist Privatsache“ aufgibt. Ich halte dies für ein sehr bedenkliches Symptom, das die ernsteste Beachtung verdient. — Ich schließe mit dem Kaiserwort: „In religiösen Dingen entscheidet nicht der Zwang, sondern die freie Überzeugung des Einzelnen.“ (Lebhafte Beifall links.)

Kultusminister Dr. Städt: Es trifft nicht zu, daß durch dieses Gesetz eine evangelisch-katholische Staatsschule konstituiert wird. Wohl aber müßten die konfessionellen Minoritäten geschützt werden. Das war die Voraussetzung bei allen Versuchen, die unternommen wurden, um die Schulunterhaltung zu regeln, und diese Voraussetzung lag auch dem sog. Schulkompromiß zugrunde, auf welchem das vorliegende Gesetz beruht. Ich teile nicht die Befürchtung des Vorredners, daß das Gesetz zur Beunruhigung führen wird. Beunruhigung haben vielmehr an verschiedenen Orten die Versuche, dort Simultanschulen zu errichten, hervorgeufen. (Beifall.)

Freiherr v. Durant: In der Tat ist die Festlegung der Konfessionalität der Kern des Gesetzes, und gerade darum begründen wir es. Die von meinem Parteigenossen Wirbich vorgetragenen Anschauungen, deren Konsequenz die Staatsschule sein würde, teile ich und ein Teil meiner politischen Freunde nicht.

Prof. Meinte-Kiel wendet sich gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters Reichner. Hiermit schließt die Debatte über § 2 (Träger der Schullasten). § 1 wird angenommen. § 2 wird bis zur Beratung über § 58 zurückgestellt. Die §§ 3-5 werden debattellos angenommen. Bei § 6 (Verteilung der Kosten) wird auf Antrag Graf Wirbich — der mitteilt, daß die konservative Fraktion sich noch nicht über den genannten Paragraphen schlichtig geworden sei — die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom Montag, den 2. Juli, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Weseler. Das Haus ehrt das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten Pleß (L.) und Dr. Kropatsch (L.) durch Erheben von den Klagen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelassenen Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes. Das Herrenhaus hat an der Vorlage eine Reihe Änderungen vorgenommen. Insbesondere ist an Stelle der Bestimmung, daß die Voraussetzung für die Heranziehung der Betriebsgemeinde zu den Kosten der Wohnungsgemeinde eine „unbillige Mehrbelastung“ sein soll, gesetzt worden: „eine Ueberbürdung“. Ferner bestimmte die Fassung des Abgeordnetenhauses, daß die Zuschüsse der Betriebsgemeinde in keinem Falle mehr als drei Viertel der gesamten in der Betriebsgemeinde zu erhebenden direkten Gemeindesteuern betragen sollen. An Stelle der Worte „drei Viertel“ hat das Herrenhaus gesetzt: „die Hälfte“. In der Fassung des Abgeordnetenhauses war endlich bestimmt, daß die Zuschüsse eines Stadtbezirks $\frac{1}{2}$, der der Kreisbesteuerung zugrunde liegenden Einkommen- und Realsteuer, und wenn der Betrieb nicht gewerbesteuerpflichtig ist, den vollen Betrag der seiner Kreisbesteuerung zugrunde liegenden Einkommensteuer nicht übersteigen sollen. Das Herrenhaus hat statt dessen an die Stelle der Worte $\frac{1}{2}$ „die Hälfte“ gesetzt und an Stelle der Worte „den vollen Betrag“ $\frac{1}{3}$. — Außerdem hat das Herrenhaus eine Antragsfrist von drei Monaten eingefügt.

Präsident von Ködler teilt mit, daß ein Antrag des Abg. Lufensky eingegangen ist, der wieder an die Stelle des Wortes „Ueberbürdung“ die Bestimmung „unbillige Mehrbelastung“ setzen will.

Abg. v. Dittfurth (L.) empfiehlt die Annahme des Antrages Lufensky. Abg. Lufensky (natl.) begründet und empfiehlt seinen Antrag. Abg. Gassel (fr. Sp.) erklärt sich gegen den Antrag Lufensky. Abg. Dr. Krenndt (fr.) polemisiert gegen den Vorredner und empfiehlt den Antrag Lufensky. Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag Lufensky wird angenommen und mit diesem Antrag die ganze Vorlage nach den Beschlüssen des Herrenhauses. Es folgt die Beratung des Antrages Mathis (natl.) auf Gleichstellung der Gerichtsekretäre mit den Verwaltungsekretären. Der Antrag, der eine solche Vorlage noch für diese Session fordert, ist von der Kommission angenommen.

Abg. Mathis (natl.) beantragt nunmehr, die Gleichstellung im nächsten Etat durchzuführen. Abg. Jaltin (Z.) beantragt, die Gleichstellung „baldmöglichst“ durchzuführen.

Die Abg. Heimburg (L.), Krause-Waldenburg (fr.), Bellasohn (fr. Sp.), Schmitz-Eberfeld (fr. Sp.) und Stroffer (L.) treten für den Antrag Mathis ein, bekämpfen aber das von der Regierung geplante System der gehobenen Stellen. Justizminister Dr. Weseler: Es wird doch eine erhebliche Verbesserung der Sekretäre an den Land- und Amtsgerichten durch die große Zahl neuer Stellen im nächsten Etat sowie dadurch erreicht, daß diese Sekretäre, wenn nichts besonderes gegen sie vorliegt, nach dem Dienstalter aufsteigen.

Abg. de Witt (Z.) bedauert, daß das Finanzministerium Widerstand gegen eine durchgreifende Aufbesserung der Gerichtsekretäre leiste. Abg. Gassel (fr. Sp.): Aus den Ausführungen des Ministers ging nicht hervor, ob die Stellen, denen das erhöhte Gehalt gewährt werden soll — es handelt sich um 2000 Stellen — sogenannte „gehobene“ Stellen sein sollen, oder ob sie nach dem Dienstalter besetzt werden sollen. Ich bin dafür, daß lediglich das Alter entscheidend ist.

Der Antrag Mathis wird angenommen. Es folgen Petitionen meist persönlicher Natur, die im allgemeinen nach den Anträgen der Kommission erledigt werden. Petitionen um gesetzliche Regelung der Besoldungsverhältnisse der Lehrer an höheren Mädchenschulen, welche die Kommission als Material überweisen wollte, werden auf Antrag des Abg. Ernst (fr. Sp.) zur Berücksichtigung überwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag, 12 Uhr. (Kleine Vorlagen, Petitionen.) Schluß 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Zentralwahlverein des Kreises Nieder-Barnim

hielt seine Kreisgeneralversammlung am 30. Juni bei Lürschmidt in Hummelburg ab. — Zunächst gab der Vorsitzende Genosse Freiwaldt seine Abrechnung für die Zeit vom Oktober 1905 bis Mai 1906 einsehlich. Die Gesamteinnahme des Vorstehens in dieser Zeit betrug 6495,68 Mark, wozu ein früherer Bestand von 2907,55 Mark kommt, was die Summe von 9403,23 Mark ergibt. Demgegenüber stand eine Gesamtausgabe von 6680,58 Mark, so daß ein Bestand von 2422,25 Mark verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 3000 Mark, die an den Aktionsausschuß von Groß-Berlin zur Weitergabe an den Parteivorstand gingen, und weitere 1750 M., die der Aktionsausschuß für Parteimarke erhielt.

Es folgte der Rechenschaftsbericht des Kassierers Seifert, der sich auf die Zeit vom 1. Januar bis zum 16. Juni erstreckt. Insgesamt wurden 4134,24 Mark eingenommen und 2061,95 Mark ausgegeben, wonach ein Bestand von 1472,29 Mark verbleibt. Von der ausgegebenen Summe erhielt der Aktionsausschuß 2500 Mark, darunter 1500 Mark für die Parteimarke. — Die Revisoren befanden, daß sich alles in bester Ordnung befunden habe. Die Decharge-erteilung erfolgt am Schlusse des Geschäftsjahres.

Ueber die Agitation im Kreise berichtete Freiwaldt. Er gab ein Bild von der regen Propaganda aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung, durch die der Partei eine große Anzahl Neuzugewonnen worden sei, die nun zu tüchtigen Kampfern erzogen werden müßten. Die letzten Gemeindevorsteherwahlen hätten in Nieder-Barnim ebenfalls erfreuliche Resultate gezeigt. Während die Sozialdemokratie vor zwei Jahren in 17 Gemeinden des Kreises 55 Gemeindevorsteher hatte, seien es jetzt in 39 Gemeinden 81 Vertreter geworden. Man könne indessen nicht stillschweigend darüber hinweggehen, daß es im Kreise noch eine Anzahl rein ländlicher Orte gebe, in denen die Partei in zehn Jahren nicht viel weiter gekommen sei. Sie gehörten zu denen, wo infolge des beherrschenden Drucks und keine Säle zur Verfügung ständen, während der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Lage sei, dort Woche für Woche seine Versammlungen abzuhalten. Es müsse versucht werden, trotz aller Hindernisse in jenen dunklen Bezirken des Kreises festen Fuß zu fassen, zunächst durch Gewinnung von Vertrauenspersonen, die die Mittel und Wege zum Weiterkommen wiesen. Die Situation in dem teils ganz ländlichen, teils stark mit Industrie durchsetzten Kreise sei folgende: Die industrielle Bevölkerung mache die Stärke der Sozialdemokratie aus, die ländliche verhalte sich ihr gegenüber noch spröde. Die bis zur nächsten Reichstagswahl zur Verfügung stehenden zwei Jahre seien gehörig auszunutzen, damit man sagen könne, der Kreis Nieder-Barnim bleibe bei immerwährender Stimmzunahme eine Hochburg der Sozialdemokratie. (Beifall.)

Genosse Grauer erklärte, daß der Kreisvorstand mit Bedauern davon Kenntnis genommen habe, daß einzelne Bezirkswahlvereine sich mit der Beteiligung an den Wahlrechtsdemonstrationen begnügten, selbst aber die so wichtigen Wahlrechtsfragen nicht diskutierten, obwohl das zu ihren Aufgaben gehöre. — Nachdem Genosse Winkler zu Fragen der kommunalpolitischen Tätigkeit einige Anregungen gegeben hatte, schritt man zur Wahl eines Mitglieds in den Kreisvorstand. Es wurde an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Wankowski Genosse Gursch gewählt.

Anträge für den Kreis und für die Generalversammlung von Groß-Berlin betraf der nächste Punkt der Tagesordnung. — Abgelehnt wird ein Antrag der Straßauer Genossen: die Tätigkeitsmarke, welche einzelne Berliner Kreise eingeführt haben, auch in

Nieder-Barnim einzuführen. — Die Reinickendorfer Genossen beantragten: „Die Philharmonie ist für den persönlichen Verkehr nicht zu sperren, ebenso soll beiden „Volkshäusern“ die Benutzung der Philharmonie freigestellt werden.“ Genosse Freiwaldt bemerkt dazu, daß der erweiterte Kreisvorstand nach eingehenden Auseinandersetzungen zu dem Beschlusse gekommen sei, die Philharmonie auch für den persönlichen Verkehr zu sperren. Er gibt zu der beliebtesten Angelegenheit einige Erläuterungen und bittet, den Antrag Reinickendorfer abzulehnen und damit dem Beschlusse des Kreisvorstandes und der daran beteiligten Vorstandsmitglieder der Bezirke zugestimmen. — Genosse Jechelin begründet den Antrag Reinickendorfer: Die Sperre des Kunstinstituts für den persönlichen Verkehr würde tatsächlich mit den ganzen Grundfähen der Partei in Widerspruch stehen, die doch den Arbeitern die Stätten der Wissenschaft und Kunst öffnen wolle. Uebrigens müßte eine Sperre auch einen realen Zweck haben; der Beschluß des Vorstandes und verschiedener Wahlvereine, betreffend die Sperre auch für den persönlichen Verkehr künftigher Genossen, stelle aber einen Kampf gegen Windmühlensklagen dar. Nachdem die Philharmonie seinerzeit neu ausgebaut worden sei, diene sie so gut wie ausschließlich Kunstzwecken. Wenn nun auch die „Landwirtschaftliche Gesellschaft“ mal ihre Sitzungen in der Philharmonie abhalte, so könne das an dem Standpunkte, den man einem Kunstinstitut gegenüber einzunehmen habe, nichts ändern. Und warum sperre man denn nicht den Zirkus Busch, in dem doch die politischen Agrarier, der Bund der Landwirte, ihre Tagungen abhielten! Der Zirkus aber, der doch nicht einmal ein Kunstinstitut im wahren Sinne des Wortes sei, werde eifrig von den Genossen besucht, obwohl niemand wisse, ob er seine Räume der Sozialdemokratie jemals öffnen würde. Die Sperre der Philharmonie für den persönlichen Verkehr und gar der Gedanke, es könne ein Genosse wegen eines Kunstgenusses aus der Partei ausgeschlossen werden, wäre der großen sozialdemokratischen Partei unwürdig. Erbärmlich wäre es, wenn ein Genosse den anderen wegen Teilnahme an einem großen Kunstfesten denunzieren würde. — Genosse Winkler schließt sich im wesentlichen dem Vorredner an und betont noch, Nieder-Barnim hätte alle Ursache, erst einmal in den Dörfern, wo wir gar keine Säle hätten, solche zu erobern. Kunstinstitute ließen sich mit anderen Sälen überhaupt nicht vergleichen. — Genosse Stülki spricht im selben Sinne und hält die Sperre der Philharmonie für den persönlichen Verkehr für ganz zwecklos. — Genosse Köhler vom Kreisvorstand wendet sich gegen die Vorredner und bittet, nicht so leichtfertig über die ganze Sache hinwegzugehen. Er sei auch für die Kunst, meine aber, daß sich das ganze Kunstbedürfnis des Berliner Proletariats nicht auf die Philharmonie zu spitze. Es lasse sich auch sonst befriedigen.

Zur Abstimmung gelangt erst der Teil des Reinickendorfer Antrages, der die Anerkennung verlangt, daß die Philharmonie für den persönlichen Verkehr nicht zu sperren sei. Mit 57 gegen 53 Stimmen wird der Antrag abgelehnt. Der Vorsitzende konstatiert, daß damit der Beschluß des erweiterten Kreisvorstandes die Zustimmung der Mehrheit erhalten habe. — Wegen der Aussichtslosigkeit, den zweiten Teil des Antrages (Freigabe für die Volkshäuser) durchzuführen, wird dieser Teil nunmehr von den Antragstellern zurückgezogen.

Zu einer lebhaften Debatte führte ein Antrag Ober-Schöneweide, zu beschließen, daß der Antrag auf Ausschluß von 15 Genossen zu stellen sei, die am 1. Mai im Radeberg Oberpreze arbeiteten. In der Begründung des Antrages führte Genosse Jakobson aus, daß die Fünfzehn sich einer eheflosen Handlung gemäß § 2 Absatz 2 des Parteistatuts schuldig gemacht hätten, indem sie arbeiteten, obwohl mit ganz überwältigender Majorität die Feier durch Arbeitsruhe beschlossen worden sei und die übergroße Masse den Beschluß auch durchgeführt. Das Verhalten jener sei um so schlimmer, als die Meister diesmal auch der Wahlrechtsdemonstration dienete. Jemand eine Entschuldigung könnten die Betroffenen in diesem Falle nicht für sich geltend machen. — Genosse Köhler-Friedrichshagen, der die Verhältnisse in Ober-Schöneweide persönlich kennt, spricht für den Antrag: Fast einstimmig seien die Beschlüsse in Ober-Schöneweide gefaßt worden. Den Beschuldigten sei das Herz in die Hosen gerutscht, als der Anschlag der Rühnemänner erschien. Die Leute seien aber nicht nur im Betriebe geblieben, sondern sie hätten noch ungelernete Arbeiter nachher angeleitet und so die Dinausgehenden schwer geschädigt! — Genosse Brühl (der zur Ortsdemokratie Berlin des Metallarbeiterverbandes gehört) läßt sich näher über die Fragen aus, die die Meister diesmal ausgelöst hat, berührt dabei die bekannte Angelegenheit vom Werke Brunnenstraße, wo wenigstens teilweise bei den Arbeitenden vom 1. Mai guter Glauben angenommen werden könnte. Er spricht sich dafür aus, daß von Fall zu Fall entschieden werde, ob Genossen auszuschließen seien, welche den Beschlüssen über die Meister entgegen handelten. In zweifelhaften Fällen müßte Ausschluß erfolgen. Dann könnte man aber nicht bei den Fünfzehn von Ober-Schöneweide stehen bleiben, die hier im Antrage genannt seien, sondern dann müßte man auch die anderen, auf die dasselbe zuträfe, ermitteln und gegen sie vorgehen. — Tobler stellt den Antrag, alle auszuschließen, die am 1. Mai oder im Zusammenhange mit der Meister Streikbrecher gespielt hätten. — Genosse Vink beantragt, nicht gleich über den Ausschlußantrag zu beschließen, sondern erst durch den Kreisvorstand im Verein mit dem Bezirksvorstand Ober-Schöneweide eine genaue Untersuchung vornehmen zu lassen. — Genosse Stadthagen tritt für diesen Antrag ein. — Genosse Kemnitz und einige andere Redner betonen, daß die Leute in Ober-Schöneweide keine Entschuldigung für sich hätten, wie sie in der Brunnenstraße geltend gemacht worden sei, wo die Verhältnisse ganz anders lägen. — Genosse Höhnstein bemängelt als inkonsequent den in der Konferenz Berliner Partei- und Gewerkschaftsvertreter gefaßten Toleranzbeschlusse bezüglich der Genossen aus dem Werke Brunnenstraße. Er sei entschieden für den Ausschluß.

Der Antrag Tobler wird abgelehnt, dagegen der Antrag Ober-Schöneweide mit erheblicher Mehrheit angenommen, womit der Antrag Vink ebenfalls fällt. Es ist also ein Schiedsgericht nach den Vorschriften des Parteistatuts zusammenzubekommen, das über den Antrag auf Ausschluß der fünfzehn namhaft gemachten Genossen zu entscheiden hat. Die Versammlung wählte in das Schiedsgericht die Genossen Freiwaldt, Stadthagen und Grunow.

Zur Verhandlung kam darauf eine Resolution Böber-Ontel: „Die Versammlung erwartet vom Parteivorstand weitestgehende Aufklärung über die in den Nummern 26 und 28 der „Einigkeit“ von lokalpolitischen Gewerkschaftsführern angeschnittene Frage, betreffend den politischen Massenstreik. Die Versammlung ersucht ferner den Parteivorstand, auf der Generalversammlung Groß-Berlins Auskunft zu geben, weshalb der auf dem Jenaer Parteitag dem Parteivorstand überwiesene Antrag, das Bebel'sche Referat über den politischen Massenstreik in Proklamationen zu verbreiten, noch nicht zur Ausführung gelangt ist.“

Genosse Böber erklärt begründend, daß er das Gefühl habe, als wolle man die Sache verschleppen und herbeiführen, daß sie im Sande verlaufe. Gemiß sei die Aufklärung schon für den nächsten Tag (Sonntag) angefordert. Vielleicht werde sie ausreichend sein; die Antragsteller wollten aber die Sicherheit haben, daß sie auch wirklich ausreichend werde. Dann falls auch auf, weshalb nicht der angeregte Massenbetrieb der Bebel'schen Rede erfolge.

Genosse Böber erklärt begründend, daß er das Gefühl eine Angelegenheit, die nach seiner Ansicht erhebliche Weichen schlagen werde und schlagen müsse. Wenn Bebel erklärt habe, daß der Parteivorstand und er gar nicht daran denken, von dem in Jena Beschlossenen und Befolgen abzugehen, so genüge dem Redner die

Genosse Böber erklärt begründend, daß er das Gefühl eine Angelegenheit, die nach seiner Ansicht erhebliche Weichen schlagen werde und schlagen müsse. Wenn Bebel erklärt habe, daß der Parteivorstand und er gar nicht daran denken, von dem in Jena Beschlossenen und Befolgen abzugehen, so genüge dem Redner die

Genosse Böber erklärt begründend, daß er das Gefühl eine Angelegenheit, die nach seiner Ansicht erhebliche Weichen schlagen werde und schlagen müsse. Wenn Bebel erklärt habe, daß der Parteivorstand und er gar nicht daran denken, von dem in Jena Beschlossenen und Befolgen abzugehen, so genüge dem Redner die

Erklärung vollkommen. Zu dem von Höber geäußerten Mißtrauen, daß die Aufklärung verschleppt zu werden scheint, läge kein Grund vor.

Genosse Jecheln geht auf die Veröffentlichungen der „Einigkeit“ ein und konstatiert, daß er das ominöse Protokoll persönlich eingesehen habe und daß alles wirklich darin stehe, was die „Einigkeit“ daraus veröffentlicht hat. Redner wendet sich heftig gegen den „Vorwärts“ wegen des Artikels, der „Eine Infamie“ überschrieben war. Damit habe der „Vorwärts“ Wirrnis angerichtet — genau wie im Vorjahre mit seinem Wirrnis-Artikel. Er wäre verpflichtet gewesen, abzubilden, was die „Einigkeit“ schrieb, und hätte dann seine Bemerkungen dazu machen können. So aber, wie er sich verhalten habe, würden die Massen irreführt. Der „Vorwärts“ habe sich eine niederrichtige Beschimpfung der „Einigkeit“ zuschulden kommen lassen, des Klattes, das nur die Wahrheit gesagt habe. Zum mindesten könne man verlangen, daß der „Vorwärts“, wenn er das Material nicht in Händen habe, nicht 31 Parteigenossen (die Unterzeichner des ersten Artikels) in so gemeiner Art beschimpfe. — Aus dem späten Herauskommen der Aufklärung entnimmt Redner, daß man vielleicht erst der Erklärung der Generalkommission die Gisthänge ausgeben sollte. Nebel spreche von einer plumpen Indiskretion. Dabon könne hier keine Rede sein; denn wenn jemand aus einer Sitzung, zu der er nicht hinzugezogen sei, etwas erfahre, dann könne er das sagen, dann begehre er keine Indiskretion. Wenn der Parteivorstand sich nach Jena nochmals mit der Frage des Massenstreiks befaßt und Gewerkschaftsvertreter hinzuziehen wollte, dann hätte er auch die Vertreter der freien Vereinigung der Gewerkschaften Deutschlands hinzuziehen müssen. Was die letzte Nummer der „Einigkeit“ wiedergebe, sei noch schlimmer als das in der Nummer vorher. Es lasse den unheilvollen Einfluß der Generalkommission auf die Partei erkennen. Die Sache müsse besprochen werden.

Genosse Walterhöfner unterschreibt beinahe Wort für Wort, was der Vordredner sagte. Der Parteivorstand und auch Stadthagen hätten sich wie die Nage um den heißen Brei herumgedrückt. Wir hätten alle Ursache, auf unsere Tribunen zu achten.

Genosse Stadthagen: Der „Vorwärts“ habe die Pflicht, die Interessen der Gesamtpartei zu vertreten, und das werde er auch tun. Was er den 31 Genossen, die die Veröffentlichung in der „Einigkeit“ zeichneten, zum Vorwurf mache, das sei, daß sie nicht an die geeignete Parteinstanz oder an den „Vorwärts“ gegangen seien, um sie zu informieren. Glaube man denn, daß der „Vorwärts“ Hilsgestanden hätte! Bis jetzt habe der „Vorwärts“ kein Protokoll erhalten. Er werde versuchen, eins zu erlangen und werde dann mit seiner Meinung nicht zurückhalten. So, wie es in der „Einigkeit“ geschehe, werde er es allerdings nicht machen, sondern er werde prinzipiell klipp und klar Stellung dazu nehmen nach größeren Gesichtspunkten. Dann müsse aber das ganze Protokoll vorliegen, nicht einzelne Auszüge. Die Sache sei so wichtig, daß die Parteigenossen zusammenhalten sollten und nicht eine Sache „Vorwärts“ kontra „Einigkeit“ daraus machen. Die harten Worte gegen die „Einigkeit“ könnte man ja vielleicht bedauern, wenn sie auch erklärlich seien. Soweit der Massenstreik in Betracht komme, habe ja Nebel seine Richtigstellung gegeben. Was er sage, könne nichts anderes als die Wahrheit sein. Falls die anderen Behauptungen der „Einigkeit“ über Äußerungen einiger Gewerkschaftsführer mit Bezug auf die Partei wahr seien, so würden wir die inangewandte Erscheinung eines lebhaften und scharfen Kampfes gegen eine Richtung bekommen, die dahin gehe, aus der Partei ein Heißel der Gewerkschaften zu machen und die Sozialdemokratie als solche dem Untergange zu weihen. Was einige Gewerkschaftsbeamten täten, dürfe man aber nicht den Gewerkschaften als solchen anrechnen. Man müsse sich hüten vor der Verwechslung einiger Gewerkschaftsbeamten mit den Gewerkschaften selber. — Stadthagen verwies noch darauf, daß der Parteivorstand nicht der Generalversammlung von Groß-Berlin, sondern dem Parteitag Rechenschaft schuldig sei. Außerdem wandte er sich energisch gegen die Art des Auftretens der Vordredner. Es wäre unstatthaft und schiefse jede Diskussion aus, wenn man einzelnen Unterstellungen mache und dann daraus Schlüsse ziehe.

Genosse Gustav Lint, der an der Konferenz, die das vorgenannte Protokoll betrifft, teilgenommen hat, führte unter anderem aus: Es gebe gewisse Dinge, die man aus Interesse für die Arbeiterbewegung nicht an die große Glocke hängen könne. Darum handele es sich hier. Wenn der Parteivorstand mit der Generalkommission eine Angelegenheit geregelt habe, die für die Arbeiterbewegung von weittragender Bedeutung sei, so hätten andere Körperschaften sich nicht darum zu kümmern. Der Parteivorstand habe das Protokoll erhalten. Wenn es die „Vorwärts“-Redaktion nicht erhielt, so deshalb, weil sie hier nicht in Frage gekommen sei. Er könne versichern, daß das, was in der Zusammenkunft der Gewerkschaftsvorstände gesprochen sei, in keiner Weise irgendwie gegen die Arbeiterbewegung verstoße. Es sei immer betont worden, es solle ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaft stattfinden.

Nunmehr zieht Höber den ersten Teil der Resolution zurück. Der zweite Teil wird vom Vorsitzenden dadurch für erledigt erklärt, daß die Rede Nebels in der Arbeiter-Agitationsbibliothek Nr. 5 erschienen ist.

Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Uebung macht den Meister.

Wie den Lesern des „Vorwärts“ bekannt ist, habe ich auf dem letzten Verbandstag der Handlungsgehilfen zu Chemnitz eine Resolution begründet, welche die völlige Befreiung der Lehrlinge vom Handelsgewerbe fordert. Da sich im Laufe der Debatte über meinen Vortrag herausstellte, daß sowohl die Delegierten wie die Mitglieder über das Lehrlingsproblem noch nicht genügend informiert sind, so ist der Kongreß zu der sehr vernünftigen Entschliessung gekommen, die Frage zunächst einmal der Gesamtheit seiner Mitglieder zu eingehender Diskussion zu empfehlen und die Beschlußfassung einer späteren Generalversammlung vorzubehalten.

Dies hat natürlich nicht verhindert, daß eine ganze Reihe bürgerlicher Prehorgane aus Anlaß der (noch gar nicht angenommenen) Resolution in der belanntem teils geistlichen, teils lächerlichen Weise über den Verband, den Verbandstag und über meine Person hergefallen sind. So schrieb z. B. die „Zagl. Rundschau“: der Verfasser der Resolution habe wahrscheinlich selbst keine dreijährige Lehrzeit durchgemacht, sonst würde er so etwas nicht fordern; die „Germania“ orakelte: der Urheber der Resolution und die ihm zujubelnden glauben natürlich selbst nicht, daß eine Befreiung der Lehrlinge möglich sei; und so weiter. Bei allen gilt es ohne weiteres als feststehend, daß Leute, die keine Lehrzeit durchgemacht haben, für den Handel einfach unbrauchbar sind.

Ich habe nun nicht die Absicht, dieses von jeder Sachkenntnis unberührte Geblöck zu widerlegen; vielmehr verweise ich zur eingehenden Begründung meiner Forderung auf die Broschüre, die ich im Auftrage des Handlungsgehilfenverbandes abzufassen im Begriff bin und die in wenigen Wochen erscheinen wird. Inzwischen hat aber ein Fachblatt, der in Berlin erscheinende „Konfessionär“, sich ebenfalls zu der Frage geäußert und dabei einen geradezu ungläublichen Unfuss zutage gefördert, der es mir wünschenswert erscheinen läßt, schon jetzt und zugleich vor dem breiteren Forum der „Vorwärts“-Leser einiges von dem Material zur Abwehre beizubringen.

Mit welcher Sachlichkeit der „Konfessionär“ gearbeitet hat, beweist schon der Unfuss, daß auch er seinen Lesern erzählt, der Verbandstag habe die Resolution angenommen, während in Wirklichkeit, wie gesagt, die Beschlußfassung aufgeschoben worden ist, so daß die Resolution bis auf weiteres nur von mir persönlich vertreten wird. — Was weiß nun der „Konfessionär“ zur Sache vorzubringen? Er schreibt:

Man sieht, der verehrliche „Konf.“ macht sich's leicht. Mit der Behauptung, des Gegners Ansicht sei absurd, glaubte er sich der Mühe überhoben, sie zu widerlegen. Nun hat er aber leider daneben gegrieffen, und zwar in einer Weise daneben gegrieffen, die man bei einem Fachblatt nicht für möglich halten sollte. Hätte er nämlich geschrieben, meine Ansicht, daß das Uebel durch Befreiung der Lehrlinge gebessert werden könne, sei absurd, so wäre es gut; es stände dann Urteil gegen Urteil. Statt dessen stellt er seinerseits die Behauptung auf, die kaufmännische Lehre, wie sie heute besteht, sei gut. Damit kommt er aufs Gebiet der Tatsachen und beweist, daß ihm die Tatsachen des von ihm vertretenen Berufs genau so unbekannt sind, wie etwa die Landeskunde im Monde. Es fällt kein Meister vom Himmel, überschreibt er seinen Artikel und begreift nicht, daß diese platte Selbstverständlichkeit von mir gar nicht bestritten worden ist, sondern daß es sich vielmehr um die Frage handelt, ob die kaufmännische Lehre den Meister macht. Ich bestreite das, der „Konf.“ hingegen schreibt:

Man ist denn auch bemüht, die Wirksamkeit der kaufmännischen Lehrzeit nach jeder Richtung hin zu erhöhen. . . . Nach unserer Erfahrung ist die kaufmännische Lehre gegen früher weit besser geworden. . . .

Wenn heute vom Kaufmannslehrling keine Hausrechtsarbeiten mehr verlangt werden, wenn er nicht mehr den Laden auslegen, den Ofen heizen und die Lampen reinigen muß, so ist das ganz in der Ordnung. . . .

Also der „Konf.“ bestreitet, daß das Uebel der ungenügenden Lehrlingsausbildung überhaupt besteht. Früher sei das wohl der Fall gewesen, aber mit der Zeit sei es immer besser geworden. In Wahrheit ist das gerade Gegenteil der Fall. In Wahrheit wurden früher die Kaufmannslehrlinge gut ausgebildet, während sie heute nur ausgebildet werden. Schon in Chemnitz habe ich darauf hingewiesen, daß sämtliche, auch die reaktionärsten Geschäftverbände dies als unumstößliche Tatsache anerkennen und ihre Klagen darüber Jahr für Jahr wiederholen. Der sehr „staatsverhaltende“ deutsch nationale Handlungsgehilfen-Verband äußerte sich auf seinem Verbandstage im Juni 1905 (Schriften des D. H. V., Band 22, Seite 89):

Jährlich werden Tausende von sogenannten Lehrlingen zu Hausrechtsarbeiten verwandt. . . . noch immer verlassen alljährlich Tausende von jungen Leuten die Lehre, in der sie nichts gelernt haben. . . .

Der „Konf.“ aber glaubt mit rührender Einfachheit, daß heute vom Kaufmannslehrling keine Hausrechtsarbeiten mehr verlangt werden und daß die kaufmännische Lehre gegen früher weit besser geworden sei!

Nun, der deutschnationale Verband ist antisemitisch und ich bin ein Sozialdemokrat. Wohlgerichtet sind beide keine Gnade vor den Augen des „Konf.“. Ich könnte zwar Äußerungen der gleichen Art auch von den Verbänden vorlegen, an deren Gefinnungstüchtigkeit und Staatstreue selbst der „Konf.“ nicht den leisesten Zweifel hegen wird. Doch will ich mir das schenken und gleich zu den Prinzipale n übergehen. Daß auch diese über den Wert der Lehre wesentlich anders denken als der „Konf.“, beweist allein schon die Tatsache, daß alljährlich Tausende von „ausgelernten“ jungen Leuten keine Stelle finden können. Die Prinzipale wollen sie nicht nehmen. Darin liegt doch das Eingeständnis, daß sie während ihrer Lehrzeit nicht so viel gelernt haben, um ihre Anstellung zu einem auskömmlichen Gehalt wünschenswert und lohnend zu machen. Doch liegen auch direkte Ausprüche von Prinzipalen vor. Auf dem III. Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen (Hannover, Oktober 1899) sagte der dem „Konf.“ gewiß unverdächtige Kommerzienrat Vissauer (Stenogr. Bericht S. 95), daß der Prinzipal

nicht mehr die Mühe wie in früheren Zeiten hat, wo in langsamem Tempo gearbeitet wurde, um instruktiv (belehrend) auf den Lehrling zu wirken. . . .

gleichfalls Schaden und zwar den größten hat, indem seine Ausbildung außerordentlich langsam vor sich geht und meist nur unvollkommen abschleßt, weil ihm meist mechanische Beschäftigungen, bei denen er seine Tätigkeit tut, ohne indessen tiefer in das kaufmännische Können einzudringen, zugewiesen werden. . . .

Herr Kommerzienrat Vissauer ist übrigens, genau wie ich, der Ansicht, daß eine wesentliche Verringerung des Schulwessens das wichtigste Erfordernis zur besseren Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses ist. — Ueberhaupt sind alle denkenden Prinzipale resp. Prinzipalvertreter (ich meine damit die juristischen usw. Ratgeber der Prinzipalvereine) mit den Geschäftsvorbänden darin vollkommen einig, daß die Lehre, wie sie gegenwärtig in Deutschland üblich ist, abholst wertlos ist. Auch hier könnte ich noch massenhaft zitieren, will mich indessen wiederum auf ein einziges Beispiel beschränken. Im Mai 1901 hielt ein Ausführender des obengenannten Verbandes zu Weimar eine Sitzung ab, in welcher Herr Dr. Galy aus Weimar in einem längeren Vortrag ausführte (Band 19 der Schriften des Verbandes für Kaufm. Unterrichtswesen, S. 23 ff.):

Der Prinzipal ist im heutigen kaufmännischen Berufe weder Lehrer im wirklichen Sinne des Wortes, noch Lehrer, weder persönlicher Freund, noch väterlicher Ratgeber des Lehrlings, sondern nur sein Arbeitgeber. . . . Das patriarchalische Lehr- und Matesverhältnis zwischen Prinzipal und Lehrling ist auf jeden Fall längst geschwunden. Der Lehrling ist heute nichts anderes als ein Gehülfe, dessen Tätigkeit in der Verrichtung von Kontorarbeiten besteht, die insofern untergeordnete genannt werden können, als sie zu ihrer Verrichtung nicht gerade bedeutende geistige Fähigkeiten beanspruchen. . . .

Von einer allseitigen kaufmännischen Ausbildung vermittelt die Lehre dem Lehrling nur eine Reihe praktischer-technischer Fertigkeiten, alles übrige läßt sie unberücksichtigt. . . .

Ich habe mir in Chemnitz wahrlich nicht träumen lassen, daß ich die allen Fachleuten längst bekannte vollständige Wertlosigkeit der Lehre erst noch beweisen sollte. Und am allerwichtigsten habe ich gedacht, daß sich ein Fachblatt finden würde, das das noch nicht weiß. Sondern die Frage, die ich mir gestellt hatte, war diese: Was ist angesichts der totalen Unwirklichkeit der Lehre zu tun, um die Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses wieder zu heben und für die Zukunft sicher zu stellen? Und da bin ich nach reiflicher Ueberlegung zu dem Schluß gekommen, daß im Handel nur Uebung den Meister macht. Die angebliche Lehre führt nur dazu, daß der junge Mann drei Jahre seines Lebens nicht in der geeigneten Weise ausnützen kann, weil eben das Lehrverhältnis sich in Wirklichkeit nicht anders als ein bloßes Arbeitsverhältnis darstellt. (Regierungsrat Dr. Stegemann-Braunschweig auf dem IV. Kongreß des Verbandes für kaufmännisches Unterrichtswesen, 1902, Band 23, S. 85). Deshalb, und weil sie zugleich als Vorwand zu einer besonders niederrichtigen Ausbeutung dient, fort mit der Lehrzeit. Andererseits kann aber im Handel nur der aus der Praxis den richtigen Nutzen ziehen, der eine geübte allgemeine Bildung mitbringt. So ergibt sich für mich die schon im allgemeinen Interesse so dringend notwendige Verringerung des Schulwessens als in engem Zusammenhang stehend mit den Interessen der Handlungsgehilfen. Nehmlich, wenn nicht gar das Gleiche dürfte übrigens sicherlich auch für andere Berufe zutreffen, so daß das Thema „Schule und Beruf“ auch vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei aus einer Erörterung wert sein dürfte, zumal in der jetzigen Zeit der Schulverschlechterung.

Wenn nun aber der „Konf.“ (gleich anderen bürgerlichen Prehorganen) mit überlegenem Lächeln so tut, als sei die Befreiung der Lehre eine Utopie, die selbst der „Zukunftsaat“ nicht erfüllen könnte, so beweist er nur aus Neid, daß er von den Tatsachen keine blasse Ahnung hat. In Amerika kennt man keine Kaufmannslehre. Herr Dr. Jastrov, der 1904 im Auftrage der Westfalen der Berliner Kaufmannschaft eine Studienreise nach Nordamerika machte, berichtet darüber (Berl. Jahrbuch für Handel und Industrie, 1904, Band I S. 420 ff.):

„Sich in dieser Beziehung in der Unterhaltung mit Amerikanern auch nur verständlich zu machen, stieß auf die größten Schwierigkeiten, da der Angeredete in der Regel nicht wußte, was mit Kaufmannslehre gemeint sei. Ein commercial apprenticeship, wie ich unseren deutschen Ausdrucks Kaufmannslehre zu übersetzen suchte, ist in Amerika unbekannt. Von dem Augenblick an, wo der junge Mann die Schule verläßt und in ein Geschäft eintritt, ist er Clerk, wie auch seine Vorgesehten bis hinauf zum Vertreter des Chefs Clerk sind.“

Sehr rührend ist alsdann zu lesen, wie der Herr Privatdozent sich auserkühnte, zu einer klaren Anschauung darüber durchzudringen, wie denn nun der junge Mann in Amerika die Kaufmannschaft erlerne. Hätte er gewußt, daß es in Deutschland eine wirkliche Lehre auch schon längst nicht mehr gibt, so wäre ihm das Verständnis des amerikanischen Zustandes vielleicht eher gelungen. So aber ist er taiflos:

„Auf meine Frage, wie der junge Mann, der in das Geschäft eingetreten ist, sich die praktischen Kenntnisse verschaffe, die für sein Vorwärtkommen erforderlich sind, wenn niemand da ist, der sich seine Anleitung zur Aufgabe macht, war die ständige Antwort: Der junge Mann müsse „pick it up“ (wörtlich: es anlesen). Dieses „pick it up“ ist in der Tat das große Geheimnis des amerikanischen Lebens, hinter das zu kommen für einen Aufenthalt von nur drei Monaten wohl ein zu hohes Ziel darstellt.“

Nun, ich kann Herrn Jastrov das große Geheimnis enthüllen. Dieses „pick it up“ gilt nämlich in Deutschland genau so wie in Amerika und heißt auf gut Deutsch: Uebung macht den Meister. Wer ein wirklicher Kaufmann werden will, muß sich im Leben tüchtig umtun und sich die praktischen Kenntnisse, die ihm nötig sind, selbst aneignen. Die dazu erforderliche Ausdauer sowie die nötigen Vorkenntnisse muß er von der Schule mitbringen. Hierin, in dem Maße der allgemeinen Bildung ist wie Herr Jastrov des weiteren sehr anschaulich schildert, der amerikanische junge Kaufmann dem deutschen überlegen. Und daher die große Tüchtigkeit des amerikanischen Kaufmannstandes, obgleich er keine Lehrzeit kennt. Hier muß deshalb der Nebel zur Besserung angefegt werden.

Julian Vorwardt.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Sonntag, 3. Juli. Ausflug nach Saantwinkel. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Jungfernheide. Nachzügler gehen nach Saantwinkel. Lokal Blumshof von Marten. Verbindungen: Nord- und Südbr., elektrische Linie 18 vom Görtzter Bahnhof und 54 von Schönhauser Allee. Gäste sind willkommen.

Rigsdorf. Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Zitel, Bergstr. 150/151: Vortrag des Herrn Adolf Heller über Arbeiterversicherungen.

Tegel-Vorflughöhe. Mittwoch, 4. Juli, 8 1/2 Uhr bei Schmidt in Tegel Vortrag: „Licht und Beleuchtung“. Referent: Herr B. Vorwardt.

Donnerstag, 12. Juli. Dampferpartie nach Papenberge. Abfahrt Dampferstation Tegel früh 10 Uhr.

Schöneberg. 9. Juli bei Obst: Vortrag Gen. Baumler über: „Zweck und Ziele der Frauen- und Mädchen-Vereine.“

Wilmersdorf. Donnerstag, 12. Juli: Ausflug nach Eichkamp. Treffpunkt 1/2 Uhr bei Sella, Brandenburgerstr. 100.

Rödenitz. Sonntag, 15. Juli: Kaffeepartie nach Rikema. Treffpunkt 1 Uhr, Hauptplatz, Admarsch 2 Uhr.

Britz. Sonntag, 15. Juli: Familienausflug nach Johannisthal bei Senftenberg. Admarsch 1 1/2 Uhr ab Britz und 2 Uhr ab Buschberg.

Teltow. 26. Juli bei Pidenhagen. 18. August: Stiftungsfest.

Gerichts-Zeitung.

Dürfen in den Vororten mit ihren Schlächtereibetrieben angeforderte Schlächtermeister frisches Fleisch, das nicht im Berliner städtischen Schlachthaus ausgeschlachtet ist, in den Berliner Markthallen usw. feilhalten?

Paragraph 2 Nummer 6 des preussischen Schlachthausgesetzes bestimmt: Durch Gemeindebeschluß kann nach Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses angeordnet werden, daß diejenigen Personen, die in dem Gemeindebezirk das Schlächtergewerbe oder den Handel mit frischem Fleisch als stehendes Gewerbe betreiben, innerhalb des Gemeindebezirktes das Fleisch von Schlachtvieh, welches nicht in dem öffentlichen Schlachthaus, sondern in einer anderen, innerhalb eines durch den Gemeindebeschluß festzusetzenden Umkreises gelegenen Schlachttätte geschlachtet haben oder haben schlachten lassen, nicht feilhalten dürfen. — Von dieser Befugnis hatte Berlin durch Gemeindebeschluß vom 16. Juni 1883 Gebrauch gemacht. Jener Umkreis wurde auf 8 Kilometer festgelegt.

Die Engros-Schlächtermeister Schönemann und Liefing, die in Weihensee wohnen und dort ihre Schlachthäuser haben, wo sie Rälber und Ferkel ausschachten, waren vom Landgericht wegen Uebertretung des Berliner Gemeindebeschlusses zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie von diesem, nicht im Berliner städtischen Schlachthaus ausgeschlachtetem frischem Fleisch in Berlin feilhielten. Sie hatten nämlich ständige Verkaufsstände in der Berliner Zentralmarkthalle. Das Landgericht erachtete sie als solche Personen, die in Berlin den „Handel mit frischem Fleisch als stehendes Gewerbe“ betreiben. Es legte dabei Wert auf den ständigen Vertrieb eines erheblichen Teils des Fleisches in ihren Berliner Hallenständen und darauf, daß sie wegen dieses Handels in Berlin Einkommen- und Gewerbesteuer zahlten.

Das Kammergericht hob gestern das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung zurück: Der Gemeindebeschluß sei rechtsgültig erlassen. Sein Zweck und die gezielte begründete Tendenz gehe dahin, die Schlachthausanstalten Berlins davor zu schützen, daß Berliner Fleischer in Berlin Fleisch feilhalten, das nicht im städtischen Schlachthaus ausgeschlachtet ist. Deswegen seien daran Personen gebunden, die im Gemeindebezirk Berlin das Schlächtergewerbe oder den Handel mit frischem Fleisch als stehendes Gewerbe betreiben. Die Frage sei nun, ob die Angeklagten zu diesen Personen gerechnet werden müßten. Der Vordredner sage, daß ein großer Teil ihres ganzen Ertrags und Wesens mit Berlin verbunden sei, daß sie in Berlin Steuern zahlten und daß sie als in Berlin heimische Fleischhändler anzusehen seien mit stehendem Gewerbebetrieb in Berlin. Wenn das allein hervorzuheben wäre, dann wäre es als tatsächliche Feststellung unanfechtbar. Es habe aber noch das Landgericht hervor, daß der dauernde Stand in der Berliner Markthalle die Angeklagten zu Berliner Fleischern mache. Das sei nicht richtig. Es werde in gewerberechtlicher und in gewerbe-steuerlicher Beziehung unterschieden zwischen einem stehenden Gewerbe, einem Gewerbe im Umherziehen und dem Marktverkehr. Der Marktverkehr könne ein stehendes Gewerbe sein, aber auch ein Ausfluß des Gewerbes im Umherziehen. Es gebe dann noch einen dritten Fall, den, daß Leute, die auf dem Markt Handel trieben, weder ein stehendes Gewerbe noch ein Hausgewerbe betreiben. (Handel mit eigenen ländlichen Produkten: Eier, Butter usw.) Also sei es ein Rechtsirrtum, wenn dem dauernden Stand in der Markthalle entscheidender Wert beigelegt werde. Auf Freisprechung könne aber noch nicht erkannt werden. Es werde zu prüfen sein, aus welchen Gründen diese Angeklagten nach ihrer ganzen Geschäftslage und Lebensführung auch als in Berlin ansässige Fleischer mit dem stehenden Gewerbebetrieb des Fleischhandels anzusehen seien. — Aus der Besteuerung der Leute in Berlin könnten ja gewisse Schlüsse gezogen werden. Allein entscheidend sei das aber auch nicht. Es werde vom Landgericht genau zu prüfen sein

alles, was die ganze Tätigkeit usw. der Angeklagten in Berlin angeht. Wenn sie zum Beispiel in Berlin einen Schuppen hätten, um einen Wagen unterzustellen, so könnte darauf auf den Charakter eines Berliner Fleischers gefolgert werden; oder wenn etwas anderes festgestellt werde, das für eine Niederlassung in Berlin spreche, wären sie auch Berliner Fleischler und unterfielen dem Gemeindebeschluss. — Sollte die endgültige Entscheidung zugunsten der auswärtigen Schlichter ausfallen, so wäre eine Aenderung des Gemeindebeschlusses erforderlich.

Gesetzeswächter — Gesetzesverächter?

Zwei beim Amtsgericht in Zwenkau bei Leipzig angestellte Referendare, Johannes Driever aus Bremen und der ebenfalls 24 Jahre alte Friedrich Dönitz aus Weihenfeld, waren Gäste bei einem Privatvergügen im Schützenhause in Zwenkau. Driever erhielt von einer jungen Dame, die er zum Tanz engagieren wollte, einen Korb, nachdem das holde Mädchen einem jungen Kaufmann etwas zuzufüsterte; denn dieser war derjenige, welcher. Da schwoh dem Herrn Referendarius die Hornesader an der Stirn, er ließ den Kaufmann Kiese wetter herausrufen und richtete an diesen die Frage, ob die junge Dame dem Kaufmann schon vorher den Tanz zugesagt hatte. Das wurde nicht nur bejaht, sondern noch hinzugefügt, daß der Herr Referendar bei seinem Benehmen den Damen gegenüber doch nicht erwarten könne, daß sie mit ihm tanze. Das mußte fürchterlich gerochen werden. Die Ehre des Couleurstudenten und Offiziersaspiranten mußte repariert werden und schickte Driever dann seinen Freund, den anderen Referendar, zum Kaufmann, um ihm eine Forderung auf Säbel und die Ausföchtung des Duells mit Binden und Bandagen in 25 Minuten Zeitdauer zu überbringen. Der geschickte Kaufmann lehnte die Forderung mit „Sobulo“ nicht nur ab, sondern erstattete Anzeige gegen die beiden Justizbeamten. Sie erhielten denn auch ihre Strafe: der Herausforderer und Justizbeamte muß fünf Tage Festung, der Kartellsträger und Justizbeamte muß ein Tag Festung verbüßen. Zu diesem Scherz kommt noch, daß die Einwohner Zwenkaus sich über diese beiden Referendare beim Justizminister beschwert haben.

Müllabfuhr vor Gericht.

Ein Prozeß, der in nächster Zeit weiter verhandelt werden wird, erinnert an die viele Jahre hindurch schwelenden Kämpfe, die zwischen den Unternehmern für Müllabfuhr stattgefunden und erst etwa vor Jahresfrist ihr Ende erreicht haben. Die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, eine Schöpfung des Bundes der Hausbesitzer, dem die größte Zahl der Hausbesitzervereine angehört, hatte vor längerem Jahren auch die Müllabfuhr als einen ihrer Betriebszweige aufgenommen und führte einen beständigen Kampf gegen die übrigen Unternehmer, die die Müllabfuhr bisher betrieben. Der durch die Hausbesitzervereine gestützten Genossenschaft gelang es, ein Abfuhrmonopol so gut wie zu erreichen, denn die großen Unternehmer mußten schließlich ihre Geschäfte aufgeben und die noch bestehenden kleineren Unternehmer kommen als Konkurrenz für die Genossenschaft kaum noch in Frage. Einer der Inhaber derjenigen Konkurrenzunternehmungen, die bei dem Kampfe mit der Wirtschaftsgenossenschaft ihren Betrieb einzustellen gezwungen waren, hat nun die Behauptung aufgestellt, daß der von der genannten Genossenschaft angelegte Konkurrenzkampf nicht im Interesse der in Frage kommenden Hausbesitzervereine geführt worden sei, sondern daß vielmehr Privatinteressen der Direktoren der Wirtschaftsgenossenschaft dabei eine erhebliche Rolle spielten. Er behauptet, daß zwischen den Direktoren und dem Führer der Genossenschaft, der auch zugleich die Verfrachtung des Mülls übernommen hat, Privatabkommen bestehen sollen, die nicht zugunsten der Wirtschaftsgenossenschaft und der dabei Beteiligten gemacht worden seien. Diese Behauptungen sind von dem betreffenden Unternehmer in einer Form aufgestellt worden, die Direktoren der Wirtschaftsgenossenschaft ebenso wie den Generalunternehmer derselben zu einer Verleumdungsklage gegen ihn anzusetzen. Ein dieser Klagen in dieser Angelegenheit vor dem Schöffengericht angelegt gebliebenen Termin galt im wesentlichen der Umgrenzung der notwendigen Beweisaufnahme. Der Angeklagte will in einem umfangreichen Beweise die ganzen Verhältnisse klarlegen. Er behauptet u. a., daß der Generalunternehmer der Wirtschaftsgenossenschaft für die Verladung des Mülls 3 Pf. pro Zentner mehr erhält, als sämtliche übrigen Firmen, die anderweitig Müll verladen, beanspruchen. Nach seiner Behauptung hätten die Direktoren der Genossenschaft die Lasten an sich als richtig zugegeben, dies aber damit begründet, daß sie anderweitig keinen so leistungsfähigen Unternehmer, als der ihre ist, fänden; aus diesem Grunde hätten sie auch mit ihrem Generalunternehmer einen Vertrag auf die Dauer von 25 Jahren gemacht. Demgegenüber behauptet der Beklagte, daß dies nicht zutrefte, daß der betr. Unternehmer gar nicht im Stande sei, die Verfrachtung in seinem einzigen Betriebe auch nur annähernd auszuführen, und er deshalb mit der Ausführung andere Unternehmer beauftragt habe. Letztere müßten, wie behauptet wird, die Verfrachtung des Mülls zu einem um drei Pfennig pro Zentner billigeren Preise ausführen, als er selbst erhalte. Der Generalunternehmer sei also nur Zwischenunternehmer, der die Differenz von drei Pfennig pro Zentner ohne jede Mühe einnehme und — nach der Behauptung des Angeklagten — mit den Direktoren teile. Da für die Wirtschaftsgenossenschaft täglich 22 000 Zentner Müll verfrachtet werden, so rechnet der Beklagte für den Zwischenzweig von 3 Pf. pro Zentner einen Tagesgewinn von 660 M. oder auf die gesamte Vertragsdauer von 25 Jahren einen solchen von circa 5 000 000 M. heraus. Diese Berechnung hat natürlich die Richtigkeit der Behauptungen des Beklagten zur Voraussetzung, die von der Gegenseite entschieden bestritten wird. — Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir feinerzeit berichten.

Fahrlässige Tötung der eigenen Mutter. Den Tod der eigenen Mutter hat der Landwirt Wilhelm Bier egge dadurch verschuldet, daß er eine Sägemaschine in Betrieb setzte, die nicht mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen versehen war. Die hoch gebährte Frau wurde, als sie beim Sägemaschine helfen wollte, von einem Schaufelstiel, der ins Schwingrad geraten war, so heftig gegen den Leib getroffen, daß sie nach einigen Tagen starb. Die Landrathskammer verurteilte Bier egge zu drei Wochen Gefängnis; in Betracht gezogen wurde, daß der Angeklagte an und für sich schon durch den Tod der Mutter hart gestraft sei.

Unfittigkeit und Lehrer. Die Strafkammer des Landgerichts Bremen verurteilte einen Lehrer, der sich in sechs Fällen gegen § 174, 1 und 176, 3 des Strafgesetzbuches vergangen hat, zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Wahlverein ist vor kurzem in Berlin (Provinz Brandenburg) gegründet worden. Die Gründung verdient besonders Beachtung zu werden, da sie unter ganz besonderen Umständen erfolgt und außerdem die Frucht behördlichen Drucks ist. Der Verein hat bisher keine Versammlung abgehalten und wird vorläufig auch keine abhalten, da er kein Lokal hat. Die Wirte in Berlin wagen nicht, ihre Säle zu Arbeiterversammlungen herzugeben, sie behaupten geradezu, die Behörde erteile nur dann die Konzession, wenn der Inhaber sich verpflichtet, keine sozialdemokratischen Versammlungen in seinem Lokale stattfinden zu lassen. So hat seit Jahren keine Versammlung an Orte stattfinden können, da eine unter freiem Himmel geplante einfach verboten wurde! All das hat die Genossen nun zur Gründung des Wahlvereins gebracht. Der Behörde ist mitgeteilt worden, daß die Agitation und Wahlarbeit von Wand zu Wand ausgeübt wird. Wenn sie nun erfahren will, was der Verein treibt, so wird sie schon einen Versammlungsraum beschaffen müssen. —

Blinder Eifer schadet nur. Die Richtigkeit dieses Wortes mußte auch der Polizist Ramanowitsch aus Halle am eigenen Leibe verspüren, der — wie viele seiner Kollegen — am 21. Januar einen Arrestanten an der Kette nach der Wache geschleppt hatte. Gelegentlich eines früheren, vor dem Schöffengericht stattgehabten Termins wurden dem Polizisten, der nicht zur festgesetzten Verhandlungszeit erschienen war, sämtliche Kosten des Termins auferlegt. In der zweiten Verhandlung ergab sich, daß der Polizist die Verurteilung durchaus unbegründet vorgenommen hatte. Der Vergmann Gierich und einige Freunde gingen vom Hauptmarkt nach dem Alten Park, um in einer Wirtschaft zu speisen. Auf einmal sprang der Polizist heran, nahm Gierich an die Kette und brachte ihn nach der Wache, weil er der dreimaligen Aufforderung eines Polizeioberwärters, sich zu entfernen, nicht nachgekommen sein sollte! Der Polizist belandete nun, Gierich und seine Begleiter waren nach dem Hauptmarkt vorgezogen, während mehrere andere Zeugen das strikte Gegenteil beschworen, nämlich, daß Gierich und seine Begleiter vom Hauptmarkt herkamen. Das Gericht sprach Gierich frei. Der Polizist, so hieß es im Urteil, habe nach bestem Wissen die Wahrheit gesagt, sei aber einer Verwechslung zum Opfer gefallen. —

Richtigstellung. In unserem in Nr. 146 veröffentlichten Bericht über die Königsberger Jugendorganisation ist zu bemerken, daß nicht der Vorsitzende dieser Organisation zu 8 Monaten Gefängnis (wegen angeblicher Polizeibeleidigung) verurteilt wurde, sondern Genosse Franz Krüger. Dieser ist niemals Vorsitzender der Königsberger Jugendorganisation gewesen, hat aber reges Interesse für deren Bestrebungen bekundet und sich in diesem Sinne sehr betätigt. Dabey zog er sich die genannte Strafe zu.

Suchland-Rettung.

Wie uns ein Privattelegramm mitteilt, wurde Genosse Jander von der Frankfurter „Vollstimme“ wegen Verleumdung des Konsumvereinspräsidenten Prof. Suchland zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt.

Verfammlungen.

Gegen die Verschlechterung der Unfallversicherung.

Der Verband der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter hatte am Mittwoch in den Andreas-Besälen eine Mitgliederversammlung veranstaltet, in der Reichstagsabgeordneter Köppen über: „Die Zentrumsparthei im preussischen Abgeordnetenhaus und ihr Wunsch auf Abschaffung der Unfallrenten unter 25 Prozent“ sprach. Auf Grund seiner in einer langen Reihe von Jahren gewonnenen Erfahrung schilderte der Redner das Bestreben des Unternehmertums, den geringen Schutz und die unzureichende Entschädigung, die die Unfall- und die Invalidenversicherung den Arbeitern bietet, in jeder Weise zu beschränken oder gar gänzlich zu beseitigen. Er zeigte an vielen Beispielen, was die Berufs-genossenschaften zu diesem Zweck alles ausgenutzt haben mit Hilfe ihrer getreuen und dienstbefähigten Vertrauensärzte. So z. B. daß ein Arbeiter, der auf seiner Berufsreise verunglückt, so daß ein Arbeiter, dem in der Frühjahrspause in der Fabrik ein Unfall zustoßt, nicht als rentenberechtigt anerkannt wird. Ferner daß Leistenbrüche, die durch Betriebsunfälle entstanden sind, nur noch in ganz seltenen Fällen als zur Rente berechtigt anerkannt werden oder daß die Ärzte der Berufs-genossenschaften sogar auf den von ihnen mehr unabhängigen Kollegen belästigten Gedanken verfallen sind: jeder Mensch habe eine Anlage zum Leistenbruch, und daß sie deswegen den Unfall nicht als die eigentliche Ursache solcher Verletzung hinstellen! Dann, daß diese Ärzte Stichtum, infolge giftiger Dünste in den schlecht ventilierten Fabrikräumen hervorgerufen, als eine Krankheit bezeichnen, für die keine Unfallrente zu zahlen sei! Dazu die Entziehung einmal bewilligter Renten, wenn sich der Empfänger nach Aussage der Ärzte an das Fehlen eines verlorenen Gliedes „gewöhnt“ haben soll usw. Der Redner schilderte auch, wie schwierig es dem Unfallverletzten gemacht wird, sein Recht zu erkämpfen, wie schwer es schon ist, von irgend einem Arzte ein brauchbares, objektives Attest über den Krankheitszustand zu erhalten, und wie die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes — und zu einem großen Teil auch schon die der Schlichtergerichte — sich immer mehr zum Nachteil der Verletzten entwidelt. Schließlich brandmarkte der Redner das Verhalten der Zentrumsparthei, die sich immer als arbeiterfreundlich aufspielt, deren Vertreter im preussischen Abgeordnetenhaus sich aber am 3. Februar dieses Jahres nicht entblödeten, für Abschaffung der Unfallrenten unter 25 Prozent einzutreten! Zunächst geht dieses, natürlich von der ganzen Arbeiterbewegung unterstützte Bestreben allerdings nur auf die Renten der Landarbeiter aus; gelangt der säubere Plan aber, so wird man jedenfalls auch die Industriearbeiter nicht verschonen. Darum ist es nicht Solidaritätsgefühl mit den Landproletariats allein, sondern auch ihr eigenes Interesse, das die Industriearbeiter veranlassen muß, alles aufzubieten, um diesen schändlichen Angriff auf die so wie so schon über die Mahen verächtlicherte Unfallversicherung abzuwehren. — Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß die beste Waffe und das stärkste Schutzmittel der Arbeiterschaft ihre Organisationen sind, daß sie aber außerdem mit allem Nachdruck gegen das ganze System, das sich jetzt in der Sozialgesetzgebung breit macht, zu Felde ziehen muß.

Dem Vortrag, der lebhaften Beifall fand, folgte eine Diskussion, in der mehrere Redner ihre traurigen Erfahrungen mit der Berufs-genossenschaft und bei Verfolgung ihrer Ansprüche schilderten. Es wurde auch bemerkt, daß für die gefährlichste Holzbearbeitungsmaschine eine sehr wirksame und dabei billige Schutzvorrichtung erfunden worden ist, daß aber bis jetzt nur wenige Unternehmer sie angeschafft haben. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an, die dem Vorstand und der Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei überwiesen werden soll: „Die am 27. Juni 1906 in Elederis Saal versammelten Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter Groß-Berlins erklären sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie sprechen ihre lebhafteste Entrüstung darüber aus, daß es Abgeordnete der Zentrumsparthei im preussischen Abgeordnetenhaus befürworteten, für die ländliche Arbeiterschaft in der Zukunft die sogenannte kleine Rente unter 25 Proz. in Wegfall kommen zu lassen.

Sie sehen darin eine große Ungerechtigkeit gegenüber der ländlichen Arbeiterschaft, die aber, bei der immerwährenden Agitation der industriellen Unternehmer gegen die Arbeiterschaft, auch bald auf die industrielle Arbeiterschaft ausgedehnt werden würde. Die Versammelten erklären, daß durch die neuerliche Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes schon ein großer Bruchteil der Versicherung verloren gegangen ist. So unter anderem: Das Ausschalten eines großen Teiles von Tätigkeit für den Unternehmer als „Eigentumschaft“, weil nicht immer der unmittelbare Zusammenhang zeitlich, örtlich oder plöglich nachgewiesen werden kann; vollständige Entziehung der Rente bei ganzlichem Verlust eines oder mehrerer Körperteile, wenn nach angeblicher Meinung des Vertrauensarztes der Berufs-genossenschaft die Gewöhnung an den Verlust eingetreten ist; Nichtanerkennung der immer mehr auftretenden Verunstaltungen als Unfälle und Ueberweisung oder Verweisung dieser Fälle an die Invaliditätsversicherung als Gewerbeverunfall; Wegfall der Rente unter 10 Proz., weil angeblich nicht berechenbar; Wegfall beinahe aller Leistenbrüche als Unfall usw.

Die Versammelten erwarten von ihren Vertretern im Reichstags, wenn derartige, tiefbedauerliche Anträge an den Reichstag kommen sollten, daß sie diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werden.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Branche der Bautischler hielt am Sonntag, den 24. Juni, eine gut besuchte Versammlung ab, um zu der Frage der Abschaffung des eigenen Werkzeuges

Stellung zu nehmen. Reich als Branchenleiter führte dazu aus: Das Halten von eigenem Werkzeug habe so überhand genommen, daß man sich eigentlich wundern müsse, daß die einzelnen Unternehmer von den Kollegen noch nicht stürze verlangen, daß, wer bei ihnen arbeiten wolle, auch für Werkzeug sorgen müsse. Wenn früher der eine oder der andere Kollege ein Stück Werkzeug sein eigen nannte, so war das eine Seltenheit, während man heute sagen kann, daß jeder Kollege über Werkzeug verfügt, das der Unternehmer zu liefern hätte. In der Branchenversammlung, die im Januar stattfand, wurde die Frage schon erörtert, und es wurde damals der Branchenkommission aufgegeben, geeignete Vorschläge auszuarbeiten. Nachdem die Kollegen in den Vertrauens- und Bezirksversammlungen die Frage mehrfach erörtert hatten, beschäftigte sich auch die Branchenkommission in mehreren Sitzungen damit. Diese nun unterbreitete der Versammlung folgenden Antrag: 1. In allen Betrieben muß das zur Hand gebrachte Werkzeug vorhanden sein. 2. Das Kompagniewerkzeug muß vorhanden sein: bis zu 5 Kollegen einmal, bis zu 10 Kollegen zweimal und so stufenweise weiter. 3. Sollte dennoch ein Kollege nicht weiter arbeiten können, und der Unternehmer sorgt nicht für genügend Werkzeug, so soll der Kollege an der Arbeit oder die Zeit in Lohn bezahlet verlangen. 4. Die Kollegen verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß der Unternehmer in kürzester Zeit die gestellten Bedingungen erfüllt. 5. Sind die von den Kollegen gestellten Bedingungen erfüllt, so sind unsere Kollegen verpflichtet, ihr eigenes Werkzeug aus dem Betriebe herauszunehmen. Sollten sich Unternehmer weigern, Werkzeug anzuschaffen, so ist der Branchenkommission Mitteilung zu machen. Diese beschließt in der Werkstättenversammlung, was weiter geschehen soll. Als Endtermin soll der 1. Oktober 1906 festgesetzt werden, und es sind alle Kollegen verpflichtet, bis dahin ihr eigenes Werkzeug aus den Betrieben zu entfernen.

In der lebhaft geführten Debatte glaubten einzelne Redner, darauf hinweisen zu müssen, daß die Kollegen in ihrem Verdienste geschmälert werden, wenn sie ihre gut eingearbeiteten und verbesserten Werkzeuge nicht mehr gebrauchen dürfen. Von anderer Seite wurde ebenso energisch betont, daß man dem Unternehmer wohl seine Arbeitskraft verkauft, aber nicht das Werkzeug zu liefern habe. Reich betonte in seinem Schlußwort, daß gegen den Antrag sich niemand ernsthaft gewandt habe; den Wünschen jedes einzelnen könne allerdings nicht Rechnung getragen werden. Die Vorrede würden sich anschließend und jeder Kollege möchte ernstlich betonen, daß das Ziel: „Abschaffung des eigenen Werkzeuges“, zu erreichen.

Der Antrag gelangte darauf gegen 4 Stimmen zur Annahme. Eine Tellerwahlung für einen schon lange Zeit krankten Kollegen ergab 63,10 W.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, feierte am Mittwoch, den 27. Juni, die am 20. Juni verbotene außerordentliche Generalversammlung fort. Ortssekretär Buhly erstattete in einem längeren Referate den Bericht vom Verbandstag in Mainz. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 27. Juni im Dräselchen Saale versammelten Mitglieder der Filiale Berlin haben mit Genehmigung von dem Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages Kenntnis genommen. Die Versammelten erklären sich mit den Arbeiten desselben durchaus einverstanden und erwarten, daß alle Kollegen sich mit Energie bemühen werden, den getroffenen Maßnahmen und gefassten Beschlüssen zur uneingeschränkten Durchführung zu verhelfen.“

Öffentliche Bibliothek und Lesesalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW., Alexanderstr. 26. Gedruckt täglich von 7 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Abtattung aus.

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am Freitag, den 6. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den Andreas-Besälen, Besühlerstr. 19/20, einen Vortrag für die Angehörigen des Kaufmannstandes. Vortragender ist Sanitätsrat Dr. D. Rosenhal, das Thema lautet: „Das Wesen und die Heilung der Geschlechtskrankheiten“.

Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend, Abteilung II. Mittwoch, den 4. Juli, 8 Uhr, bei Donath, Schönleinstr. 6. 1. Vortrag des Kollegen Marx über: „Religion und Wissenschaft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 40. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Spalten über selbst... — Sembarsch Schrift über den modernen Sozialismus. Von Eugen Diehgen. — „Puffingtown“, „Die Jungel“ und seine Kritiker. Von A. R. Simons. — Die Wiener Arbeiterkult. Von Otto Bauer. — Der Kampf der Seeleute. Von Konrad Wih. — Die Verantwortlichkeit gegenüber der organisierten Indifferenz. Von Karl Rogge (Wohms). — Die russische Elementarschule. Von Reize. — Literarische Rundschau: Alara Wolberger, Reichsliche zur Berufsfrage der Frauen. Von M. W.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Süddeutsche Postillon“ eröffnet mit Nr. 14 das dritte Quartal seines 25. Jahrganges. Eine überraschende Umstellung in der Verlagsanstalt nennt sich das mehrfarbige Titelbild. U. Hiedler bringt ein stimmungsvolles Naturbild: Schwanna drüber! — J. Klingler ein Saisonbild: Sehenströblichkeit in München, und Max Engert, der verdienstvolle Künstler des „Süddeutschen Postillons“, schildert in lebhaften Indianerfarben den Schlupfger „Rote Wolke“ und sein Ufer, den bayerischen Verkehrsminister. Den Meistern des Stils stehen aber die des Wortes ebenbürtig zur Seite. Hiedler hat das Revolutionsbild aus Anhang dem Leser entgegen. — Redakteur und Maschinenführer. — Auf Manfred Willig Grab legt Ernst Klar einen achtsrigen Lorbeer. — Was in der Welt vorgeht. — Dem allgemeinen deutschen Verehrer in München. Gedicht von D. U. — Ein Frühling, eine Eisenbahnstange von Paul von der Eitte. — Touristenproviand. Gedicht von Ranzig. — Wieder mit Solodonsky (Gedicht). — Vornehmliche Königsfrone (Gedicht). — Briefe aus Sachsen. — Glossen. Viel Wih und Kleinam schmückt die Nummer, die nur 10 Pf. kostet.

John Grand-Carteret, Contro Rome. La bataille anticlericale en Europe. 282 images francaises, italiennes, allemandes, autrichiennes, hollandaises, belges, suisses, portugaises, anglaises, americaines etc. . . . Appreciations d'hommes marquants de la France et de l'etranger sur la separation de l'eglise et de l'etat. — Louis Michard, éditour. Paris, Boulevard Saint Germain 168. Prix 3,50 Francs.

Zentralverband der Glaser.

Achtung, Mitglieder!

Dienstag, den 3. Juli, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal)

Versammlung

Tages-Ordnung:

Bericht von der Aussperrung.

Vänklisches und vollständiges Ergebnis erortert!

73/9

Die Ortsverwaltung.

Wegen Aufgabe 6000 keine Zigaretten im ganzen od. einzeln a 35,00 u. 40,00, 1 Badeschabane 1,50, Zigarettenstift, Briefposten sofort veräußert. 293/19 Schreck, Tredestr. 15.

Häufige recht vollständig schmückes P. Ausfeld, Zornstr. 8. Zugelassen bei den Krankenkassen des Gewerkschaftsvereins.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Diestr. 1. Orts- u. Bezirks-Krankenkassen Berlin C. 163924

30. Finien-Strasse 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Morgen, Mittwoch, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmännerversammlungen:

Osten I, Osten II: bei **Litsin** (Gesellschaftshaus „Ostend“), Niemeterstr. 67.
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
NB. Die Adressen der Obleute sind:
Bezirk Osten I: Kollege **Fritz Tarnow**, O. 34, Brandenburgerstr. 8, v. IV. I.
II: Kollege **Paul Schwarzer**, Köpckeplatz 3.

Nordosten: bei **Mann**, Straußbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Wohlgelesen und Karte legitimiert.
Obmann des Bezirks Nordosten ist: Kollege **Nichaltweck**, Oberstr. 27.

Bezirk Oestliche Vororte: bei **Wildner**, Friedrichs-Rathstr. 11, Friedrichshagen.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Hierzu ist die Werkstatt **Prohle**, Frankfurter Allee 47, geladen.

Südosten: bei **Mohs**, Mantuffelstr. 95.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Adresse des Obmannes ist **Fritz Kowalke**, Wangelfstr. 114.

Süden: bei **Glesing**, Wassertorstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Westen und Süd-Westen: bei **Habel**, Bergmannstr. 5-7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei **G. Milbrodt**, Müllerstraße 7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt: bei **Wernau**, Schönewaldstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verbandsangelegenheiten.

Drehfler und Treppengeländerbranche.

Osten: bei **Neumann**, Friedenstraße 67.
Südosten u. Südwesten: bei **Stramm**, Ritterstraße 123.
Norden: bei **Bergmann**, Brunnenstr. 79.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Alle Werkstätten müssen vertreten sein. Tischlereien sowie jede Branche in Treppengeländerfabriken muß vertreten sein.

Bautischler.

Bezirk I: bei **Möhling**, Admiralsstr. 18c.
Bezirk II: bei **Zietz**, Warschauerstr. 61.
Bezirk III: bei **Hube**, Koppenhagenstr. 74.
Bezirk IV: bei **Fortanier**, Tegelerstr. 56.
In Bezirk I werden folgende Werkstätten geladen: **Glaser**, Jossenerstraße 10; **Scharwies**, Bergmannstraße 67.

Branch der Musikinstrumentenarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15 (Zaak 5), abends 8 Uhr.
Tagesordnung: 1. Werkstattbericht und Diskussion in unserem Berufe. 2. Bericht der Kommission. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir bitten die „Vorwärts“-Ausschüsse mitzubringen und an der Kontrolle voranzugehen.
Jeder Betrieb muß vertreten sein. — Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Möbelpolierer

abends 8 Uhr:
Bezirk O. bei **Kubat**, Blumenstr. 38.
Bezirk SO. bei **Krambets**, Staligerstr. 22. 88/12
Bezirk N. bei **Maß**, Brunnenstr. 96.
Der wichtigsten Tagesordnung wegen muß jede Werkstatt vertreten sein.
Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben.

Perlmutter-, Horn- u. Steinmetzbranche

bei **Ahrens**, Fruchtstr. 20, abends 6 1/2 Uhr.
Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Modell- u. Fabriktschler, Modelldrehfler

bei **Nothke**, Gassstr. 10.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Stellmacher

bei **Wohlfahrt**, Rosenfelderstraße 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

Bürstenmacher

bei **Wohlfahrt**, Rosenfelderstr. 57.
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Kistenmacher

bei **Kandach**, Bredowstr. 28.
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Stock- und Zelluloid-Arbeiter

bei **Karelnz**, Brandenburger Allee 6. (Abends 5 1/2 Uhr.)

Korbmacher

bei **Hoffmann**, Köpenickerstr. 47.
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Branchen-Versammlung

bei **Schmidt**, Gartenstr. 6:
Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrehfler.

Tages-Ordnung: 1. Die Organisationsangelegenheiten der Arbeiter- und das Verhalten der Gewerkschaften. 2. Diskussion.
Die im Gewerkschaftsorganisierten Kollegen sind hierzu geladen.
Die Kommission.



Loden-Pelerinen

Wetterfeste, praktische Stoffe.

Reichhaltige, glockenförmige Pelerinen, bis über die Waden hinweg reichend. Mit und ohne Kapuze. — Strapazierfähige Farben.

19.— 17.— 16.—
14.— 12.—
11.— 10.— 9.—

8 M.



Loden-Havelocks

Praktische Lodenstoffe.

Bequemste Tragart gegen Wind und Wetter. Strapazierfähige, moderne Farben.

24.— 21.— 18.— 6.75 M.
15.— 12.— 10.—

Regen-Pelerinen 12.— 8.75 4.25 M. | Gummi-Mäntel 33.— 30.— 15.—
7.50 5.— 24.— 20.—

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Masstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog No. 29 (Loden-Kleidung) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umg.

Zum Provinzial-Sängerfest in Rathenow am 15. Juli

fährt ein Sonderzug ab Berlin (Lehrter Bahnhof) am 14. Juli, abends 8.08. Fahrpreis inkl. retour 2,00 R. Um die genaue Anzahl der Teilnehmer festzustellen, und da zu diesem Sonderzuge nur von einer Person sämtliche Fahrkarten gelöst werden müssen, so wollen die Vereine in der nächsten Ausschüttung das Fahrgeld für die Mitglieder an den Vorstand entrichten. Weitere Mitteilungen (Rückfahrt usw.) in der Ausschüttung.
16/10

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Rastspanner.

Mittwoch, den 4. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannoch, Anfallstr. 10:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Fendel** über „Sozialmoral und die Bekämpfung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um regen Besuch und Agitation ersucht
144/18 Der Gruppenvorstand.

An alle Mitglieder des alten

Verbandes der Lithographen, Steindruckere

und verw. Berufe.

Filialen Berlins.

Mittwoch, den 4. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Strasse Nr. 20:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Beschlusfassung über die Anträge der Liquidations-Kommission.
Das alte Verbands-Mitgliedsbuch legitimiert.
233/16 Die Verwaltungen.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Bolle-Reste! Moquetts. Plüsch. Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Berlin. 150.
Emil Lefèvre, Oranienstr.

Konsum-Verein Friedenau

und Umgegend.
— G. G. m. b. H. —
General-Versammlung
Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr,
im Lokal von Grube, Kaiser-Allee 86.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Lagerhalterfrage. 3. Statutarische Neu- und Ergänzungswahlen. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.
205/20* Der Kassier.

Dr. Simmel, Prinson

Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Weißensee.)
Nachruf.
Am 26. Juni schied unser Mitglied, der Tischler

Karl Kraase
aus dem Leben.
88/18 Die Ortsverwaltung.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 30. Juni, verstarb nach langem, schwerem Krankenlager im Krankenhaus am Reichenhain unser Mitglied, der Schlosser

Georg Günzel
im 31. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Bankower Kirchhofes, Schönholzer Heide, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Arbeiter-Verband

Alle Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Dorothe Sprenger
geb. Reier
am 30. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen statt. 27475
Um stille Beileid bitten die Hinterbliebenen
Theodor Sprenger, Tischler, nebst Kindern.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzenguter Vater und Bruder, der Fuhrer und Schankwirt

August Matthes
nach langem, schwerem Leiden am Sonntag, den 1. Juli, sanft entschlafen ist. Dies zeigen tiefbetrübt an

die trauernde Witwe **Mathilde Matthes** geb. **Treich** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juli, nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle des Getzmann-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. d. M., verstarb unser Mitglied, der Restaurateur

August Matthes
Raumerstr. 55.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, den 4. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Getzmann-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Am Freitag, den 29. Juni, verstarb unser Kollege, der Buchbinder

Fritz Smolny
nach langem, schwerem Leiden.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
25/1 Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Friedhof der Thomas-Gemeinde in Niddorf, Hermannstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Wilhelm Kummer

nach langem Leiden am 30. Juni im Alter von 66 Jahren verstorben ist. 2758b
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Frankfurter Allee 58 aus nach dem Maxus-Kirchhofe in Wilhelmshagen statt.
Augusto Kummer nebst Familie.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Am Freitag, den 29. Juni, verstarb unser Kollege, der Buchbinder

Fritz Smolny
nach langem, schwerem Leiden.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
25/1 Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Friedhof der Thomas-Gemeinde in Niddorf, Hermannstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.

Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 30. Juni, starb unser Mitglied, der Schriftföhrer

Paul Loose
im Alter von 41 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause, Kronprinzenstraße 47, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.

Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 30. Juni, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftföhrer

Paul Loose.
Sein echt kollegiales Wesen, sein tieferer Sinn sicherten ihm einen großen Kollegen- und Freundeskreis. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Buchdruckerei **Hannenstein & Vogler.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Adlershof, Kronprinzenstraße 47, aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.

Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 30. Juni, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftföhrer

Paul Loose.
Sein echt kollegiales Wesen, sein tieferer Sinn sicherten ihm einen großen Kollegen- und Freundeskreis. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Buchdruckerei **Hannenstein & Vogler.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Adlershof, Kronprinzenstraße 47, aus statt.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kollege

Franz Heilmann
am 29. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes zu Nollendorf Platz, 68/18
Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf-Ost. Der Diskutierabend findet heute abend 8 Uhr bei Bräuner, Provinzstraße (Ede Herbststraße) statt. Vortrag des Genossen Köhling: „Weltall und Menschheit“. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Kowawes-Neuendorf. In der morgen stattfindenden Wahlversammlung spricht Genosse Emil Eichler, Lehrer a. D., über: „Die Schlacht bei Jena und Auerstedt“. Um regen Besuch ersucht. Der Vorstand.

Potsdam. Der Wahlverein hält morgen (Mittwoch), abends 8 1/2 Uhr, seine monatliche Versammlung im Restaurant Lademühl ab. Die Tagesordnung enthält u. a. Wrechnung vom 2. Quartal, Stiftungsfest. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Was den Laubentkolonisten noch gefehlt hat!

Ein Mangel der Laubentkolonien, der uns bisher verborgen geblieben war, ist von einem Pastor seit langem bitter empfunden worden und wird jetzt von ihm im „Reichsboten“ zur öffentlichen Diskussion gestellt. Pastor Männing, bisher an der Emmauskirche, hat im Südosten Berlins an der Görlicher Bahn, am Treptower Park, am Plänterwald usw. reichlich Gelegenheit, Laubentkolonien zu sehen und zu beobachten. Da ist es ihm nun schmerzlich auf die Seele gefallen, daß die Laubentkolonien die einzigen menschlichen Ansiedelungen in Groß-Berlin sind, die noch keine Kirche haben. Im äußersten Südosten der Stadt, wo die letzten Berliner Häuser stehen und an Treptower Gebiet angrenzen, ist im vorigen Herbst eine neue Kirche fertig geworden, die Laborkirche, deren Gemeinde von Emmaus abgezweigt worden ist. Aber Herr Pastor Männing weiß so gut wie jeder andere, daß es keinem Berliner Laubentkolonisten einfallt, am Sonntag von der Görlicher Bahn, vom Treptower Park und vom Plänterwald nochmal nach Berlin hineinzukommen, um in der nächstgelegenen Laborkirche, deren erster Geistlicher nun glücklich Herr Männing selber geworden ist, sich etwas vorpredigen zu lassen. Wie ist diesem Mangel abzuhelfen? Herr Männing hat darüber nachgedacht und gibt als Ergebnis seines Nachdenkens das Folgende im „Reichsboten“ zum besten:

„Seit Jahren habe ich diese Kolonien um Berlin besucht und studiert und seit Jahren kam ich den Gedanken nicht los werden: diesen lieben Menschenkindern, die nach vielen Tausenden zählen und in ihren Kolonien sich sonst sehr wohl fühlen, fehlt nur eins: die Versorgung mit dem Worte Gottes. In der langen Zeit, in der diese Menschen oft Tag und Nacht draußen sind, fehlt ihnen jede Erbauung. Darum halte ich es für notwendig und möglich, daß diese ungezählten Tausende regelmäßig mit Gottes Wort versorgt werden. — Es genügt nicht, daß hier und dort und ab und zu eine Predigtverteilung stattfindet, oder einmal neue Testamente angeboten werden, sondern ich bin der Ansicht, daß ein Komitee sich bilden muß, welches diese Versorgung planmäßig in die Hand nimmt. Es muß auf jedem größeren Komplex von Kolonien ein Stützpunkt gepachtet, eine einfache, aber profreie Laube erbaut und mit Anlagen versehen werden. Und dieses Stützpunkt muß der Mittelpunkt der Missionsarbeit in den Laubentkolonien sein. Von hier aus können Kinder leicht zu einer Sonntagsschule vereint, von hier aus kann den Erwachsenen am Sonntagmorgens regelmäßig eine biblische Vespere oder Ansperrche geboten werden. — Die Stadtmissionare und Gemeindeführer finden hier dann nicht nur Erholung, sondern zugleich das herrlichste Arbeitsfeld, und leicht wird sich auch ab und zu ein Geistlicher zu einer Predigt an dieser Stätte gewinnen lassen.“

Also das hatte den Laubentkolonisten noch gefehlt! Die Laubentkolonisten, diese lieben Menschenkinder, fühlen sich — so sagt der Herr Pastor — sonst sehr wohl da draußen in ihren Kolonien: nur die Versorgung mit dem Worte Gottes fehlt ihnen. Herr Männing, der Vater dieses klugen Gedankens, wird es zweifellos für seine Pflicht halten, selber den Anfang mit der Verwirklichung seines Vorschlages zu machen. Hiernach können die Laubentkolonisten des Südostens sich nur immer darauf einrichten, daß sie zuerst mit den Laubentkirchen beglückt werden, von denen aus die Missionsarbeit unter den gottvergessenen Laubentkolonisten betrieben werden soll.

Für die Zeit der großen Schulsferien werden auch in diesem Jahre Ferien-Monatskarten für den Verkehr von den Fern- und Stadtbahnhöfen nach den Vororten und zurück, sowie im Verkehr der Vororte untereinander und im Fernverkehr ausgegeben. Diesen Ferien-Stamm- und Nebenkarten II. und III. Klasse wird der tarifmäßige Preis der Monatskarten zugrunde gelegt. Im Berliner Vorortverkehr gelangen ferner während der Monate Juli und August Karten dritter Klasse für Ferien-Halb-Kolonien zum halben Preise der Ferien-Zeitkarten zur Ausgabe, welche zur täglichen Hin- und Rückfahrt nach und von einem Vorort berechtigen. Im Fernverkehr endlich werden für die in den Monaten Juli bis September von Vereinen usw. in benachbarte ländliche Orte zu fahrenden Ferien-Halbkolonien ausgesandten Kinder (Mindestzahl 10) Monatskarten dritter Klasse für 31 Tage zum Preise der Monats-Nebenkarten ausgegeben. Alles Nähere ist bei den Fahrkartenausgaben der Stadt- und Ringbahn und der Berliner Hauptbahnhöfe zu erfahren.

Gegen die Sikkets- und Luftparkscheuer hat der Berliner Sängerbund am Sonntagmorgens in einer nach dem „Präsidenten“ einberufenen Versammlung nochmals Stellung genommen und folgende Resolution angenommen:

„Die heute versammelten Vertreter von Berliner Gesangsvereinen mit einer Mitgliederzahl von über 3000 Sängern beantragen die beiden Vorsitzenden des Berliner Sängerbundes zur Verstärkung der im Januar d. J. an den Magistrat und die Stadtverordneten abgegangene Petition, die Sikketssteuer betreffend, an maßgebender Stelle persönlich vorzulegen zu werden.“

In der Diskussion erklärte ein Vertreter von gemischten Chören, daß diese sich dem Vorgehen des Sängerbundes anschließen würden. Daß der Arbeiter-Sängerbund Berlin ebenfalls sich in einer Petition an die Stadtverordnetenversammlung gewandt hat, hatten wir kürzlich schon berichtet. Weitere Petitionen gehen aus vom Berliner Opernverein, dem sich zahlreiche Musikfreunde angeschlossen haben, und von den Hoffmannshändlern Keller u. Keiner und Genossen. Die Petenten ersuchen sämtlich um Ablehnung des Magistratsantrages beziehungsweise um Vereinfachung musikalischer Veranstaltungen der Gesangsvereine von der geplanten Steuer.

Stullenpapier in Parkanlagen. Das Stullenpapier, das bequeme Leute einfach da hinwerfen wo sie sich niedergelassen haben, verunreinigt nicht nur die Anlagen in der Umgebung Berlins, sondern nicht minder auch die Parkanlagen unserer Stadt. Die Berliner Parkverwaltung hat zwar in den Anlagen Papierkörbe aufgestellt, aber sie muß trotzdem noch immer bedeutende Mengen von Stullen-

papier, das achilles weggeworfen wurde, durch Angestellte auffammeln lassen. Nach schönen Sonntagen, an denen viele Tausende in den Anlagen lustwandeln, werden mäßige Haufen solcher Unrenten zusammengetragen. Die Beseitigung dieser Papiere und auch dergleichen, die in den Körben vorgefunden werden, macht viel Arbeit. Aus dem Treptower Park wird uns nun mitgeteilt, daß man dort sich die Sache in einer Weise zu erleichtern sucht, die sich mit dem Zweck der Parkanlagen nicht recht in Einklang bringen läßt. Es wird gellagt, daß aufgenommene Papiere an dem großen Spielplatz in nächster Nähe der von der Stadt erbauten Erfrischungshalle am helllichten Tage verbrannt worden sind. Das Brandopfer, das da der Bequemlichkeit der Berliner dargebracht wurde, dauerte nicht etwa nur wenige Minuten, sondern wohl eine Stunde hindurch. Der Geruch, den diese Menge durchsetzten Papiers verbreitete, bis alles verbrannt war, soll unerträglich gewesen sein und alle Erholungsuchenden aus der Nachbarschaft des Spielplatzes vertrieben haben. Läßt sich denn das Papier nicht auf andere Weise beseitigen, oder kann es nicht, wenn man es durchaus verbrennen will, an einer wenig belebten Stelle des Parks und in früher Morgenstunde verbrannt werden?

Der ärztliche Dienst im Birchow-Krankenhaus. Der Magistrat wählte zum Vorsteher der bakteriologischen Abteilung beim Birchow-Krankenhaus den Arzt Dr. Köpfer und zum Vorsteher der chemischen Abteilung Dr. Keumann. Ferner wurden gewöhlich zum physiologisch-chemischen Assistenten für die pathologisch-anatomische Abteilung bei dem Krankenhaus Friedrichshain Dr. Caspari, beim Krankenhaus Roabit Dr. Jacobi und beim Krankenhaus am Urban Dr. Kona, zu bakteriologischen Assistenten beim Krankenhaus am Urban Dr. Leonhard Michaelis, beim Krankenhaus am Friedrichshain Dr. Alfred Wolff und beim Krankenhaus Roabit Prof. Dr. Schüpe.

Die erste Omnibuslinie nördlich der Ringbahn wird heute, Dienstag, den 3. Juli, eröffnet. Es wird dazu die Linie 27, Alexanderplatz—Schönhauser Allee, benutzt. Die Linie wird von der Schönhauser Allee, Ecke der Koppenhagenerstraße, durch die genannte Allee weiter bis zur Bismarckstraße geführt. Der Omnibus folgt damit der lebhaftesten Bebauung jener Gegend.

Bootsunfall. Der Berliner Wettsegelverband (Arbeiter-Segelklub) veranstaltete am Sonntag eine Regatta auf dem Seddin- und Langensee. Beim Umsegeln der Boje am Seddinsee mußte das Boot „Corso“ (Segelklub „Fraternitas“) halbes; dabei verunglückte der Arbeiter Franz Wittke auf unerklärliche Weise, indem er ins Wasser fiel. Alle sofort angestellten Rettungsversuche, an denen sich auch ein Boot des Segelklubs „Grünau“ anerkennenswert beteiligte, blieben erfolglos. Wittke erkrankte; seine Leiche wurde erst nach längerem Suchen einige Stunden später aufgefunden.

Beim Wettschwimmen ertranken ist am Sonntag in der Havel bei Heiligensee der 19jährige Tischler K. Bei einem Ausflug, den eine Anzahl junger Leute nach der Oberhavel unternommen hatten, wurde auch über die Leistungsfähigkeit beim Schwimmen gesprochen, und K. ging mit einem Kollegen eine Wette ein, daß er die oberhalb Heiligensee ziemlich breite Havel bedeutend schneller durchschwimmen werde als jener. Die Wette wurde angenommen und sofort zum Austrag gebracht. Die beiden jungen Leute waren kaum dreißig Meter weit nach der Mitte des Flusses geschwommen, als K. plötzlich in den Fluten versank. Die am Ufer stehenden Freunde glaubten, daß der Tischler nur eine „Finte“ machen wolle, um seinen Gegner irre zu leiten. Als K. jedoch nicht wieder zum Vorschein kam, rief man dem zweiten Schwimmer zu, Rettungsversuche zu unternehmen, die jedoch leider erfolglos blieben.

Ein Schiffsbrand ereignete am Sonntag bei den Ausflüglern an der Oberhavel allgemeines Aufsehen. In der Nähe von Sandhausen war die Kohlenladung einer 450 Tonnen tragenden Jille in Brand geraten, und das Feuer schlug stellenweise aus der Ladung heraus, obwohl seitens der Mannschaft reichlich Wasser gegeben worden war. Um ein Sinken des Schiffes zu verhindern, mußte jedoch von der Fortsetzung dieses Löschversuchens abgesehen werden. Das Fahrzeug wurde entladen, und die Kohlenvorräte am Ufer ausgebreitet und gelöscht. Die Jille selbst war bei dem Brande unbeschädigt geblieben.

Zu dem Einsturz in der Invalidenstraße wird noch berichtet, daß nach einem Gutachten von Sachverständigen grobe Fahrlässigkeiten bei dem Bau vorgekommen sind. Der Bau wurde gesperrt, bis ein nochmaliger Lokaltermin stattgefunden hat und eine weitere Einsturzgefahr durch Absteifen beseitigt ist. Wie verlautet, haben die Träger nicht nach Vorschrift 15 Zentimeter tief in dem Mauerwerk gerührt, sondern kaum 5 Zentimeter, auch sind sie nicht nach der baupolizeilichen Vorschrift verankert gewesen. Dadurch mußte das Mauerwerk infolge der Erschütterungen nachgeben und die Katastrophe herbeiführen. Der verantwortliche Mauermeister und die Poliere werden noch weiter vernommen.

Einen verhängnisvollen Schuß hat Sonntag nachmittag der Kolonist L. in der an der Reinickendorfer Grenze gelegenen Laubentkolonie abgegeben. L. wollte auf einen dortigen Kartoffelfelder wildernde Naninden schießen. Währenddessen hatte der jährliche Schüler Bruno Müller aus der Provinzstr. 10, dessen Vater eine benachbarte Laube besitzt, auf dem Felde „gebuddelt“ und war durch die Kartoffelstauden fast vollständig verdeckt. L. glaubte nun, was sich dort auf dem Ader bewege, das sei ein hochgerideter Hase, zielte nach jener Stelle, ein Schuß klang und im nächsten Augenblick ertönte ein lauter Aufschrei. Der Anabe war dicht am Unterleib in den Oberkörper getroffen worden. Entsetzt eilten die Angehörigen hinzu und brachten das schwerverletzte Kind nach der Unfallstation XVII und von dort nach der königlichen Klinik in der Biegelstraße.

Auf seltsame Weise ist am Sonntag auf einem Rummelplatze am Gesundbrunnen der 19jährige Schlosser Max Müller, Dronheimerstraße 13 wohnhaft, schwer verunglückt. Unter den dortigen Schauobjekten befindet sich auch ein sogenanntes „Krofmesser“, auf dem die Männer ihre Kräfte prüfen. Mit einem schweren Hammer wich auf einen Bolzen geschlagen, worauf ein markiertes Signal an einer etwa 15 Meter hohen Säule emporschnell. Wird der Schlag von kräftiger Hand geführt, so wird das Signal bis an die Spitze getrieben und dann ertönt hoch oben ein harter Knall, der durch eine Patrone hervorgerufen wird. Sonntag nachmittag explodierte plötzlich die Patrone so unglücklich, daß die Pulvermassen auf die untenstehenden Zuschauer herabfielen. Den M. traf ein Pulverkörper in das linke Auge und brannte es vollständig aus.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Breal, wobei eine Person getötet und andere verletzt wurden, ereignete sich am Sonntagabend an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Der Unglücksfall erfolgte an derselben Stelle, an welcher vor wenigen Tagen der Militärgriffsteller Major a. D. Wanda durch ein Automobil überfahren wurde. In der sechsten Stunde hatte der Automobilist Bahn mit seiner Frau und mit dem in der Nachbarsch. 6 wohnhaften Kaufmann Brandtschen Ehepaare eine Fahrt nach dem Grunewald unternommen wollen. Die vier Personen saßen in einem großen Breal. Als nun das Gefährt um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche herumzog, kam von der Nordseite des Kurfürstendamms das Droschken-Automobil Nr. 7475 herangefahren und bei einer Wendung erfasste der Kraftwagen das leichte Gefährt und schleuderte es mit solcher Gewalt zur Seite, daß die Insassen auf den Straßenrand geworfen wurden. Der Mannmann B. fand bei der Katastrophe den Tod; er stürzte so unglücklich auf das Kopf, daß ihm das Genick gedrückt und der Schädel

zerschmettert wurde. Hingeweihte Passanten brachten den Unglücklichen sofort nach der nahen Unfallstation am Zoologischen Garten, doch konnte dort der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod konstatieren. B. hatte im 48. Lebensjahre gestanden. Bei dem Zusammenstoß war das Pferd schon geworden und mit dem Breal durchgegangen. Das wilde Tier raste den Kurfürstendamm hinunter und brachte die zahlreich Passanten in große Gefahr. Zwei beherzte Männer warfen sich schließlich dem Durchgänger in die Zügel und brachten ihn zum Stehen.

Zu der Kottbusdörgerdie am Görlicher Ufer 37 in unserer Sonntagsnummer wird uns von dem Arbeiter R. mitgeteilt, daß seine Frau kein Lysol getrunken habe, sondern ein vorhandenes Kerzenleiden habe sich so gesteigert, daß Frau R. nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden mußte.

Die Seidenbiebe hinter Schloß und Riegel. Die Kriminalpolizei hat nach wochenlangen Beobachtungen zwei bekannte Diebe Rosenberger und Raphael und Konfakten unschuldig gemacht und für Zehntausende von Mark Ware beschlagnahmt. Rosenberger und Raphael und ihr Gehilfe, der Dienstmann Müller, sind im Besitze eines Aktebes, nach dem sie von einem Psychiater für unzurechnungsfähig erklärt wurden. Rosenberger ist aus einem großen Diebstahl am Rauhaußplatz bekannt, konnte aber seines Zustandes wegen nicht verhaftet werden. Während des Prozesses betrieb er die Dieberei weiter, wurde auf richterliche Veranlassung einer Anstalt überwiesen, aus dieser aber endlich entlassen.

In der letzten Zeit ereigneten sich viele Seidenbiebe, ohne daß die Kriminalpolizei den Verbleib der Waren ermitteln konnte. Man kam schließlich auf Rosenberger und sah, daß er der Dienstmann Müller beauftragte, aus einem Keller in der Wallstraße, den Rosenberger und Raphael unter falschem Namen gemietet hatten, Waren nach der Ullandsstraße 140 in Wilmersdorf zu bringen. Hier kam die Kriminalpolizei gerade zurecht, um Rosenberger zu überraschen und in das Untersuchungsgefängnis zu schaffen. Unterdessen fuhr Müller zu dem früheren Hausdiener Hagenbach, der in der Niederwallstraße 28/29 eine Gastwirtschaft betrieb, um ein Lager abzuholen und in einem anderen Raum, den der flüchtige Raphael unter falschem Namen am Kölnischen Fischmarkt gemietet hatte, unterzubringen. Müller und der Gastwirt, ebenso auch ein Gastwirt Ohrenz aus der Fischerstraße, der den Zwischenhandel besorgte, verfielen der Verhaftung. In welchem Umfang die Diebereien betrieben wurden, läßt sich daraus ersehen, daß bei der Paketfahrtgesellschaft in der Lehngringstraße fertig ausgepackt ein Paket Seide im Werte von 15 000 Mark beschlagnahmt wurde, das nach Halle a. S. abgeben sollte. Um den Verdacht zu beseitigen, schickten die Diebe die Seide an die Geliebte des einen nach Halle a. S., von wo die Ware dann als unverfänglich nach Berlin zurückkam. Beschlagnahmt wurden Spachtelspizen, Hunderte von Damenhandschuhen, Seiden- und Herrenstoffe, große Stücke echten Astrachan und braunen Plüsch von etwa 20 000 Mark Wert. Ein Teil der Stoffe rührt aus Kollidierfabriken her und trägt das Zeichen P. S. 7031 Berlin. Auch bei der Geliebten in Halle wurden für etwa 15 000 Mark Seide und Stoffe gefunden. In mehreren Fällen sind Hausdiener an den Diebstählen beteiligt. Die noch bei der Kriminalpolizei vorhandenen Bestände haben einen Wert von etwa 40 000 Mark. Die Verhafteten spielen jetzt wieder die Verurteilten. Eine Reihe von Verhaftungen steht noch bevor.

Radtäglich wird uns mitgeteilt, daß gestern vormittag Waren im Werte von 15 000 Mark — Spitzen, Seide usw. — von den Diebstehlen bei der Polizei abgeholt wurden. Inzwischen ist auch aus Halle a. S. nähere Nachricht eingegangen. Danach ist die dort an dem Dieberei beteiligte Person eine Schwester des flüchtigen Raphael, eine Frau Konl. Den größten Teil der in letzter Zeit in ihren Besitz gelangten Sachen hatte sie schon „verschoben“, bevor eine Durchsuchung ihrer Wohnung und eine Beschlagnahme stattfinden konnte. Der fleißigste verfolgte Leopold Raphael, der am 26. Februar 1867 in Berlin geboren ist, wohnt bei seiner Ehefrau, die in dem Hause Rathhausstr. 1 ein Schanzgeschäft betreibt.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 4. Juli, abends 7 1/2—1/8 Uhr, veranstaltet der Königl. Musikdirektor Jürgang in der St. Marien-Kirche das letzte Orgelkonzert vor den Ferien unter Mitwirkung des Soloquartetts: Frau Chork. Kimpel, Frä. Julia Michaelis, Herr Ludwig Schuber, Herr Hans Gernot und des Herrn Ludwig Wagner (Violine). Herr Musikdirektor Jürgang spielt u. a. Toccata in d-moll v. Bach und Phantasie und Fuge von Liszt über Bach. Eintritt ist frei!

Radrennen zu Steglitz, 1. Juli. Die Steglitzer Rennbahn hatte einen großen Tag; diesmal war es der Große Preis von Steglitz, ein mit 1000, 800, 600 und 400 Mark ausgestattetes Rennen über 1000 Meter, das als Hauptnummer des Programms seine rege Anziehungskraft nicht verfehlte. Die besten Fahrer des Auslandes hatten sich eingefunden, um gegen unsere einheimischen Krieger das wertvolle Rennen zu bestreiten. Außer dem unverwundlichen Dänen Thorwald Ellegaard war der Amerikaner Frank Kramer, der zum erstenmale in Berlin fuhr, der Franzose Emile Friel und der Hannoveraner Henri Maher, der im Winter in Australien und seit seiner Rückkehr in Paris erfolgreich gewesen, erschienen. Bader, Scheuermann, Wegener, Theile, Peter und andere hatten sich den Ausländern gegenübergestellt, den Preis zu verteidigen. Mit Ausnahme von Henri Maher, welcher im Zwischenlauf geschlagen wurde, kamen die Ausländer Ellegaard, Friel und Kramer in den Endlauf, ihnen hatte sich Peter zugesellt, der sich Maher überlegen gezeigt hatte. Ellegaard siegte vor Friel und Kramer, die in kurzen Abständen das Ziel passierten, während Peter weit zurück endete. Ellegaard erwies sich als der beste Mann des Tages, denn er vermochte im Vorgefahren, in dem er mit Kramer vom Mal aus fuhr, den ersten Platz zu belegen; der Amerikaner hatte ausgegeben. In einem zweiten Vorgefahren fuhr Henri Maher und Friel vom Mal; der letztere gab gleich anfangs auf; Maher konnte zwar nicht siegen, belegte aber mit Bader den sechsten bzw. siebenten Platz. Mehrere Rennen waren noch für die Krieger bestimmt, so das Steglitzer Hauptfahren, das Theile vor H. Maher, Bader und Kubela gewann. Im kleinen Hauptfahren siegte Scheuermann vor Wegener, Conrad und A. Hansen. Im Landemfahren landeten Bader-Scheuermann vor Ellegaard-A. Hansen, Conrad-Alhof und Theile-Wegener. Ein Er-munterungsfahren für die Anfänger bestimmt, wurde in vier Läufen von 35 Fahrern bestritten; im Endlauf siegte Kabe vor Volgt, Johannsen und M. Hansen.

Leider ergab das Dauerrennen „Der Preis der Mark Brandenburg“, das über eine Stunde ging und 1500, 1200, 1000 und 800 Mark an Preisen aufwies, kein einwandfreies Ergebnis. Es wurde von Willi Arend-Hannover, Bruno Demke-Berlin, Peter Günther-Köln und dem Belgier Vanderstuyft bestritten. Günther wurde zwar anfangs von Demke bedrängt, er hatte aber vom 20.—78. Kilometer die Spitze und fuhr so tüchtig, daß er in der halben Stunde 43 Kilometer 430 Meter zurückgelegt und bis zum 70. Kilometer die bestehenden Bahnelords verbessert hatte. Demke war bis dahin durch verjüngte Radbelle 8 Runden und Arend, der sich gar nicht zur Geltung bringen konnte, über 26 Runden zurück; Vanderstuyft lag an zweiter Stelle um 1350 Meter hinter Günther. Da kam dieser durch das Plagen seines Vorderadrenns zu Fall; Vanderstuyft wie auch Vol. Käger, der Schrittmacher Arend, wurden mit in den Sturm verwickelt. Glücklicherweise kamen alle drei Fahrer mit mehr oder weniger großen Hautabwundungen und Fleischwunden davon. Demke als der einzige bei dem Unfall Unbeteiligte kam dadurch wieder an die Spitze; er gewann das Rennen mit 83 Kilometer

500 Meter; Wanderstufst fuhr nach dem Sturze hinter seinem Rotor weiter und brachte es auf 81 Kilometer 780 Meter; Arndt Dritter. Wäniger hatte aufgeben müssen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr wegen eines großen Fabrikbrandes nach der Bahnhofsstraße 27 gerufen. Dort standen um Mitternacht die Lagerräume, das Kontor und Nebenräume der Parfümerie- und Seifenfabrik von C. E. Großmann in großer Ausdehnung in Flammen. Im linken Seitenflügel und Quergebäude brannten Vorräte von Seifen, Parfümerie, Regale, Fußböden, Fenster u. a. Die Flammen hatten unbemerkt längere Zeit dort gewütet und bei Ankunft der Feuerwehr schon den Dachstuhl erfasst. Brandinspektor Lehbold ließ über die Treppen mehrere Schlauchleitungen vornehmen und gleichzeitig über einen Stoc- und einen Hakenleitgang Mannschaften bis zum Brandherd vordringen. Durch längeres, kräftiges Wassergeben mit drei Schlauchleitungen von Dampfströmen gelang es schließlich, die Nacht des Feuers zu brechen. Das Kontor und die Lagerräume sind ausgebrannt, auch der Dachstuhl war nicht mehr zu retten. Der nicht unbedeutende Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Eine Betriebsstörung der Fabrik soll nicht eintreten.

Schwere Brandwunden erlitt gestern abend um 10 Uhr die berechtigte Verletzte bei einem Brande, der durch Unvorsichtigkeit in der Küche ihrer Wohnung Straßburgerstr. 27 ausbrach und die Kleider der Frau erfasste. Noch bevor auf ihre Hilferufe die Nachbarn herbeieilten, hatte die Frau Brandwunden im Gesicht und am rechten Oberarm erlitten, die ihre Heilung nach dem städtischen Krankenhaus am Friedriehshain erforderlich machten. Gestern früh wurde eine Frau E. vor dem Hause Chausseestr. 58 von einem Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt nach der Unfallstation gebracht. In der Müllerstr. 35 kam in einem Kesselhause Feuer aus, das bald gelöscht werden konnte. Der 9. Zug hatte längere Zeit in der verlängerten Trebbinerstraße zu tun, wo auf einem Lagerplatz Kohlen brannten. Auch in der Baugenerstraße auf dem Dresdener Außenbahnhof brannten Pechhohlen auf dem Lagerplatz von Wärswald in größerer Ausdehnung, so daß derselbe Zug kräftig Wasser geben mußte, um die Gefahr für die Kohlenplätze zu beseitigen. Schaufenster, Parquissen u. a. brannten Invalidenstr. 18, Betten und Möbel in der Zimmerstraße 23, Kochstr. 48 u. a. Stellen. Kellerbrände beschäftigten die Wehr in der Lübeckerstr. 39, Brangelstr. 46, Adlerstr. 33 usw. Ferner hatte die Wehr in der Wienerstr. 33, Torstr. 18, Kurfürstenstr. 21, Meanderstr. 23 u. a. Orten zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Mit der Beitragsrückzahlung beschäftigten sich zwei Generalversammlungen der Zahlstelle Rigdorf des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Nachdem in der vorletzten Generalversammlung die Delegierten den Bericht über den Verbandstag erstattet hatten, entspann sich bezüglich der Erhöhung des Verbandbeitrages von 80 auf 90 Pf. eine lebhafte Diskussion. In der letzten, am Donnerstag stattgefundenen Generalversammlung wurde über die Angelegenheit weiterberaten und schließlich ein Antrag, den Beitrag auf 90 Pf. festzusetzen, angenommen. Zum Schluß wurde noch auf den Kampf der Barbier und auf die am Donnerstag, den 5. Juli, stattfindende Versammlung der Bauschüler bei Thiel, Bergstr. 151/52, verwiesen.

Die freie Jugendorganisation hält am Mittwoch, den 4. Juli, abends 7 1/2 Uhr bei Wille, Hermannstr. 213, eine Versammlung ab, in welcher Kollege F. Wälsche über „Jugendfürsorge“ sprechen wird. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen werden gebeten, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf diese Versammlung hinzutreiben.

Charlottenburg.

Eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschäftigte sich mit der Einführung der Krankenunterstützung und der damit verbundenen Beitragsrückzahlung. Kollege Wohl legte den Wert und die Notwendigkeit der Einführung der Krankenunterstützung dar. Nach längerer Diskussion wurde folgender von der Ortsverwaltung empfohlener Antrag mit 53 gegen 42 Stimmen angenommen: „Der Beitrag beträgt vom 1. Juli 09 = 90 Pf. Mit dem Tage der Beitragsrückzahlung tritt zugleich die Krankenunterstützung in Kraft und wird vom dritten Tage der Erkrankung pro Tag 1,00 M. = 6 M. pro Woche auf die Dauer von 26 Wochen gewährt. Neueintretende haben eine Karenzzeit von 13 Wochen durchzumachen. Zum Schluß wurde auf die Gewerkschaftswahl im 3. Bezirk und auf das am 14. Juli im Volkshaus stattfindende Sommervergügen aufmerksam gemacht.“

Adlershof.

Die letzte Gemeindevorstellung beschäftigte sich neben kleineren Vorlagen mit der Auswahl eines Grundstücks für ein zu errichtendes Spritzenhaus resp. mit dem Bau desselben. Nach längerer Diskussion wurde der in der Selchowstraße neben der I. Gemeindefeuerwehr und hinter dem „Kaiserkeller“ gelegene Komplex als das passendste ausgewählt. Betreffs der Ausführung lagen der Vertretung drei Skizzen vor, deren Ausführung 60 000—76 000 M. erfordern würden. Während auf zwei Skizzen Wohnungen für Feuerwehrleute vorgesehen waren, wodurch die jährlichen Aufwendungen nur 1600 bis 1700 M. erfordern würden, war die dritte Skizze ohne Wohnungen projektiert, wodurch die jährlichen Aufwendungen 2000 Mark betragen würden. Die Vorlage wurde an die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrage, zu versuchen, ob sich ein Spritzenhaus mit Wohnungen nicht wohlfeiler herstellen läßt. Die „Fabrik isolierter Drähte für elektrische Zwecke“, welche eine umfangreiche Vergrößerung ihrer Fabrikanlagen projektiert, hatte die Verlegung der Bauaufsichtlinie der verlängerten Feldherrnstraße zwischen der Sedanstraße und Genossenschaftsstraße beantragt. Beschlossen wurde, die Straße an der Sedanstraße sowie an der Genossenschaftsstraße mit einem Ankauf zu lassen. Ein anderer Antrag, nach welchem die Straße nur einen geringfügigen Bogen erhalten, aber eventuell der Gemeinde anfallen sollte, wurde wegen des Kostenpunktes abgelehnt. Sicherlich wird eine derartig angelegte Straße den Verkehr nicht fördern, sondern stets eine Verkehrsbehinderung sein. Der Abschluß eines Vertrages mit der Firma G. V. Hint u. Co., die Ableitung von Abwässern in den Volksparksgraben betreffend, führte zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung unserer Genossen mit den bürgerlichen Vertretern. Die Firma benutzt nicht nur zur Ableitung ihrer Abwässer den Volksparksgraben, sondern muß mit den dazu gehörigen Röhren auch die Wollfeste durchschneiden und soll dieselbe hierfür nach dem Vertrage jährlich nur 3 M. Anerkennungsgebühr entrichten. Unsere Genossen vertreten den Standpunkt, daß private Anlagen, wenn dieselben schon öffentliche Einrichtungen benutzen müssen, solche nur gegen entsprechende Entschädigung aber nicht gegen Entrichtung eines Zinsgeldes zur Verfügung gestellt erhalten. Gegen die Stimmen unserer Vertreter wurde aber der Vertrag mit der 3. Mark-Entschädigung angenommen. Zur Beschaffung von zwei Anhängelassen zum Anschlag der Vorherjagetelegramme und Wetterkarten des öffentlichen Wetterdienstes wurden 26—30 M. bewilligt.

Der Arbeiterschaft von Adlershof und Umgegend zur Nachricht, daß das Gewerkschaftsamt am 1. Juli ein Auskunftsamt eingerichtet hat, wo jeder organisierten Arbeiterin und jedem organisierten Arbeiter in den Fragen des Arbeiterrechts unentgeltlich Auskunft erteilt wird. Auch werden auf Wunsch Schriftsachen gegen Erstattung von Auslagen angefertigt. Die Bureaustunden sind auf Montag und Freitag, von 8—10 Uhr abends im Restaurant von Kaul, Wisnardsstr. 16, festgesetzt. Desgleichen hat sich Genosse Tempel, Kronprinzstr. 46, erboten, jeden Tag, vormittags von 8—10 Uhr (außer Sonntags), Auskunft zu erteilen.

Der Arbeiter-Turnverein zu Adlershof veranstaltet während den großen Schulferien wieder seine Kinderspiele. Dieselben finden jeden Sonntag und zwar erstmalig am Sonntag, den 8. Juli, vormittags von 9 1/2—11 1/2 Uhr, in Wölffels Lustgarten, unter Leitung der Turnwartin statt. Die Beteiligung ist kostenlos und können auch Nichtmitglieder sich daran beteiligen. Der Vorstand.

Steglich.

Durch eine rostige Schere tödlich verletzt. Auf dem Neubau Holsteinischestr. 18 war es zwischen dem Tapezierer Max Straßburg aus Charlottenburg und dem Maler Richard Russe aus der Hauptstraße in Schöneberg kurz vor Feierabend während der Arbeit zu einem Streit gekommen. Im Verlauf desselben ergriff St. eine rostige Schere und ging damit auf seinen Gegner los. Die spitze Waffe drang dem B. in die linke Lungenseite und traf auch den Herzbeutel. Schwerverletzt wurde der Bestohene in das Kreiskrankenhaus Großlichterfelde eingeliefert und liegt dort hoffnungslos darnieder. St. ist in Haft genommen worden; er behauptet, daß B. versehentlich mit der Schere getroffen sei.

Weißensee.

Selbstmord eines Oberlehrers. Gestern mittag verübte der 40 Jahre alte Oberlehrer Donat in seiner Wohnung, Viktorstr. 40, Selbstmord. Er schnitt sich die Pulsadern des einen Armes durch und stürzte sich dann aus dem Fenster des zweiten Stockes auf den Hof hinab, wo er mit zerbrochener Schädeldecke liegen blieb. Man schaffte den bedauernswerten Mann nach dem Augustahospital, wo er aber bald nach seiner Einlieferung verstarb. Er war Oberlehrer an der Realschule und infolge Ueberanstrengung nebenbei erkrankt. Bis in die frühen Morgenstunden hinein sah man ihn stets im Zimmer auf und ab gehen und studieren. Vor vier Wochen starb sein einziger Bruder und seit dieser Zeit zeigte er sich meistens sehr aufgeregt. Gestern mittag schied er seine Wittib hinter sich und verübte dann die Missetat. Er war unverheiratet.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Sitzung der Gemeindevorstellung beschäftigte sich bereits zum zweitenmal mit der Kanalisationsbeitragsordnung. Nach den Vorschlägen war beabsichtigt, die Höhe des Beitrages der einzelnen Grundbesitzer zur Hälfte nach der Frontlänge des Grundstückes und zur anderen Hälfte nach dem gemeinen Wert desselben festzusetzen. Bei diesem Modus wären die Besitzer von unbebauten Grundstücken an noch unregulierten Straßen im Vorteil gegenüber denjenigen gewesen, deren unbebaute Grundstücke an regulierter Straße liegen. Um einen Ausgleich zu schaffen, soll der Beitrag nach der halben Frontlänge und nach dem gemeinen Wert eingeschätzt werden und bei unregulierten Straßen ein Zuschlag von 20 Prozent eintreten. Ein Projekt für einen Schul-Neubau wurde ebenfalls der Vertretung unterbreitet. Nach demselben soll an der Planenburgerstraße das Rektor-Wohnhaus und das Spritzenhaus und zwischen dem ersten und dem alten Schulhause an der Buchholzerstraße das neue Schulgebäude errichtet werden. Ueber den Ställen des Spritzenhauses und der Wagenremise wird ein Kurnsaal und die Aula eingerichtet werden. Nach Fertigstellung des neuen Schulgebäudes soll das Grundstück von dem alten Schulhause, in das die höhere Mädchenschule kommen soll, durch eine Mauer getrennt werden. Es wurde beschossen, das Projekt auszuführen, jedoch das Rektorumwohnhaus nicht zu errichten, weil die Verzinsung der Summe 1500 Mark erfordern würde, während der Rektor nur 700 Mark Wohnungsgeld erhält. Die Anstellungsbeiträge mit den Heizern des Wasserwerkes und der Pumphation wurden genehmigt. In den Verträgen ist ein Gehalt von 100 Mark monatlich festgelegt, außerdem freie Wohnung, Licht und Heizung.

Ueber das Krankenversicherungsgesetz referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Haffner. Nach dem mit Beifall ausgenommenen Vortrage konnte der Vorsitzende über 23 neuangewählte Mitglieder berichten. Für das in Aussicht genommene Sommerfest wurde alsdann ein Vergnügungsausschuß von fünf Mitgliedern gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu fleißiger Agitation für den Wahlverein auf.

Pankow.

Der Schularzt Dr. Schäfer, der im vorigen Jahre einen pomphösen Auftrieb zur Gründung einer Waldschule in die Welt sandte, scheint sehr schnell von seinen Plänen abgekommen zu sein. Er stellte in der letzten Gemeindevorstellung den sehr bescheidenen Antrag, Halbkolonien einzurichten, und führte dazu aus, daß die Mittel zu spärlich geflossen seien, um eine Waldschule ins Leben zu rufen. Um aber für schwächliche kränkliche Kinder etwas zu tun, soll man Ferienkolonien nach dem Muster der Berliner Halbkolonien einrichten. Es sei bereits mit einem Wirt in Schönholz verhandelt worden, der die Verpflegung pro Kind und Tag mit 60 Pfennigen übernehmen wolle; schließlich hat der Wirt aber wieder seine Zusage zurückgezogen. — Daraus sei dann mit dem Wirt der Strandwiege verhandelt worden, der pro Kind bei gänzlicher Verpflegung 90 Pf. gefordert hätte. Dr. Schäfer verlangte zu dieser Einrichtung für dieses Jahr die Bewilligung von 1500 M. für 50 Kinder, einschließlich der Beaufsichtigung durch Lehrpersonal. In der Diskussion wurde allseitig die Halbschuligkeit und Unzulänglichkeit der Vorlage betont, indem man es für außerordentlich gefährlich hält, Kinder Tag für Tag in großstädtische Vergnügungslöcher, wo außerdem noch in jeder Woche Konzerte stattfinden, zur Erholung und Kräftigung zu schicken. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Antrag gestellt, daß der Gemeinde gehörige Gut Mühlenbeck dauernd als Ferienkolonie einzurichten, da außer dem großen Park und dem Herrenhause noch Wald und Wasser in unmittelbarer Nähe sind. Auch würde Milchwirtschaft betrieben und sei diese billiger und besser. Es wurde beschossen, daß die Schulkommission die Anregung mit Mühlenbeck im Auge behalten soll und die Vorarbeiten zur Einrichtung von Ferienkolonien in die Hand zu nehmen hat.

Vermischtes.

Entgleist. In Großbesele, einem Vorort von München, stieß gestern abend bei der Einfahrt in den dortigen Bahnhof ein Vorortzug auf einen anderen, der in demselben Gleise stand. Der Tender und vier Wagen entgleisten. Ein Wagen wurde zertrümmert. Ein Zugführer wurde schwer, ein Heizer leicht verletzt.

Unfall beim Mähen.

Ein bedauerlicher Unfall hat sich in dem bei Fürstenwalde gelegenen Dorfe Alt-Gölm zugetragen. Auf einem dortigen Getreidefelde waren Arbeiter mit Mähen beschäftigt. Auf dem glatten Boden kam der Galizier Johann Mazored so unglücklich zu Falle, daß sich die scharfe Sensenpitze tief in den Leib einbohrte. Der Bedauernswerte starb kurz nach seiner Einlieferung in dem Krankenhaus.

Dampferzusammenstoß. Am Sonntag mittag stieß auf der Oder bei Stettin der Frachtdampfer „Oberbürgermeister Hacke“ mit dem Dampferpassagierdampfer „Heringsdorf“ zusammen. Dieser ist schwer beschädigt. Der Bauzeigerer Bräun vom „Wulkan“ sprang aus Angst über Bord und ertrank. Eine größere Katastrophe konnte verhindert werden, da sich der Zusammenstoß in der Nähe des Ufers ereignete.

Eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe

hat sich am Sonntag früh in der Nähe des Bahnhofes Salisbury in England zugetragen. Ueber das Unglück liegen folgende Telegramme vor:

London, 1. Juli. Als der Expresszug aus Devonport, der die mit dem amerikanischen Dampfer „New York“ dort aus New York eingetroffenen Passagiere nach dem Waterloo-Bahnhof in London

bringen sollte, mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometer per Stunde durch das Bahnhofsgelände von Salisbury raste, entgleiste die Lokomotive an einer Kurve dicht hinter dem Stationsgebäude und krachte in den hintersten Zugführerwagen eines Waggons, der zerquetschert und dessen Zugführer augenblicklich getötet wurde. Die Lokomotive kollidierte alsdann mit den Eisenpfählen der über die Schienen führenden Fußgängerbrücke, die total weggefegt wurde, überschlug sich und explodierte. Der Maschinenführer und der Heizer wurden unter ihr begraben und sofort getötet. Der erste Wagen schoß an der Lokomotive vorbei und gegen die Brückenpfähle, wo er in Stücke zerquetschert wurde; der zweite und dritte Wagen überschlugen sich und wurden ebenfalls zertrümmert. Der vierte und letzte Wagen, in dem sich der Schaffner und die Küche mit Küchenpersonal befanden, wurde durch die Weisheitsgegenwart des Schaffners Richardson gerettet. Dieser gebrauchte, sobald er das Unglück sah, unverzüglich die Notbremse, wodurch der Wagen auf dem Gleise verblieb. Nur zwei der sechs Rechner erlitten leichte Verletzungen. Das Werk der Zerstörung war ein aller Beschreibung spottendes. Das Krachen des entgleisten Zuges wurde in ganz Salisbury vernommen. 23 Passagiere waren sofort tot, und das Stöhnen und Schreien der unter den Trümmern liegenden, einschließlich Verletzten war herzzerreißend. Rettende Hände und ein Ambulanzsack waren bald zur Stelle. Das Rettungswerk war jedoch ein sehr beschwerliches, und viele der Verletzten konnten nur mit Mühe und nach Verlägen und Forträumen der Trümmer herbeigeholt werden. Die Toten, deren Körper meist gräßlich verstümmelt sind, wurden in einer Reihe auf dem Perron niedergelegt, ein unbeschreiblich trauriger Anblick. Die Verletzten schaffte man in das Hospital zu Salisbury. Von diesen sind bereits vier ihren schweren Wunden erlegen. Fünfundzwanzig Schwerverletzte liegen im Hospital von Salisbury. Die Leichen des Lokomotivführers und des Heizers wurden vollkommen verlohnt unter der umgeschlagenen Lokomotive gefunden.

Zu der folgenschweren Entgleisung des Expresszuges wird aus London noch folgendes berichtet:

Die Katastrophe ist, wie jetzt feststeht, auf die immer schärfer hervortretende Geschwindigkeitskonkurrenz zwischen den großen englischen Eisenbahngesellschaften zurückzuführen. Das Unglück ist eines der folgenschwersten in der Geschichte der englischen Eisenbahnen. Die Geschwindigkeit des verunglückten Zuges im Augenblick der Entgleisung wird auf 70 bis 80 englische Meilen, das sind etwa 112 bis 128 Kilometer in der Stunde geschätzt. Die Fahrzeit für die 147 englische Meilen lange Strecke zwischen Plymouth und London beträgt nach dem Fahrplan 146 Minuten. Die Konkurrenz ist besonders scharf zwischen der südwestlichen Eisenbahn, welche die Passagiere von den Dampfern der Amerika-Linie befördert und der „Great Western“-Eisenbahngesellschaft, die mit den in Plymouth anlaufenden deutschen Dampfern Anschluss hat.

Die Entgleisung erfolgte, als der Zug um eine äußerst gefährliche Kurve bei Salisbury in rasender Geschwindigkeit fahren wollte.

Von den Schwerverletzten schweben, wie weiter telegraphisch gemeldet wird, sieben in Todesgefahr. Die Eisenbahngesellschaft veröffentlicht eine Bekanntmachung, worin die Umstände, unter denen die Katastrophe erfolgte, mitgeteilt werden. Inbessenen ist die nähere Ursache der Entgleisung noch nicht genau festgestellt.

Ein Stubdärziger Pastor. In den Gefängnissen von Kansas in den Vereinigten Staaten sitzen 50 Mörder, die sämtlich zum Tode verurteilt worden sind. Zur Vollstreckung des Urteils ist die Unterschrift des Staatsgouverneurs notwendig. Der Gouverneur Hoch ist aber ein entschiedener Gegner der Todesstrafe und hat wiederholt erklärt, daß er niemals ein Todesurteil unterzeichnen würde. Jetzt hat ein bekannter Pfaffe in Kansas den Gouverneur in einem offenen Briefe energisch aufgefordert, sämtliche Todesurteile vollstrecken zu lassen. Hoch weigerte sich ebenso energisch und wies in einem Interview darauf hin, wie absonderlich es sei, daß gerade ein Prediger der christlichen Liebe und Sanftmut ihn zu einer so entsetzlichen, unmenslichen Tat auffordere. Im Herbst findet die Neuwahl eines Gouverneurs statt und wird die Frage der Todesstrafe dabei auch eine Rolle spielen.

Schiffszusammenstoß.

Tokio, 1. Juli. In der Nähe von Sasebo kollidierten die japanischen Dampfer „Ginodemaru“ und „Nishizemaru“; der erstere ist gesunken, der letztere nur wenig beschädigt. Von der Besatzung und den Passagieren des „Ginodemaru“ werden 27 Personen vermißt; die übrigen sind gerettet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthallen-Direktion. Weizen Ia 65—68 pr. 100 Pfd., Ia 68—64, IIIa 55—56, IVa 46—51, engl. Weizen 0,00, dän. Weizen 0,00, holl. Weizen 0,00, Roggen Ia, Doppelländer 100—110, Ia 82—88, IIa 72—80, IIIa 60—70, Kammerweizen Ia 72—76, IIa 62—70, Schweinefleisch 60—66, Rindfleisch per Stück 0,60, höher, alte, Stück 1,80—2,20, junge, per Stück 0,50—0,90, Tauben, junge 0,45—0,50, alte 0,00, Gänse, prima, p. Stück 2,00, Hamburger, junge, per Stück 1,75—3,10, Gänse, junge, per Pfd. 0,60—0,65, per Stück 3,00 bis 4,00, Hühner 85—100, Schafe 79—86, Hühner 57—63, Kälber, groß 130—135, mittel 118, Klein 0,00, ungl. 77—111, Wägen 0,00, Rindern, pomm. I, p. Schod 3,00—6,50, Rind, Steige Ia 4—6, do. mittel per Rste 2—4, do. Klein per Rste 0,00, Büdingen, engl. per Bal 4, Rind 2,00—4,50, Straßburger 5—6, Kälber, groß p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, II 0,50 bis 0,60, Spalten, Rind, 2 Ball 0,00, Wägen, per Rste 0,00, Erdbeeren, 1902er, per Kist 85,00, 1901er 85,00, 1900er 80,00, Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Geringe, neue Rast, per 1/2 To. 60—120, Hummern, Ia, 100 Pfd. 0,00, Krebse, per Schod, mittel 0,00, kleine 4—5, unfertert 0,00, Gollitzer, mittel 0,00, Eier, Land, per Schod 3,00—3,30, fische 0,00, Butter per 100 Pfd., Ia 109—112, IIa 103—106, IIIa 100—103, abfallende 95—100, Saurer Gurken, Schod 4,00—4,25, Pfeffergurken 4—4,50 M, Kartoffeln per 100 Pfd. magna. bon. 2,25—2,40, rote Daberger 2,10—2,25, runde weiße 1,80—2,10, hiesige blaue 3,00—4,50, neue hiesige 3—4, neue Rübster 3—3,50, Spinat, per 100 Pfd. 5,00—8,00, Karotten per Schod 2,00 bis 2,50, Kohlrabi, per Schod 1,00—1,25, Rettig, bayr., per Schod 2,40—4,80, Rhabarber, Hamb., per 100 Pfd. 0,00, Radieschen, per Schod 0,60—1,25, Salat, per Schod 1,00—1,25, Spargel I per Pfd. 0,32—0,46, II 0,18 bis 0,28, III 0,10, Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 30—60, Erbsen, hiesige, per 100 Pfd. 5—10, Pfefferlinge per Pfd. 0,35—0,40, Mohrrüben per Schod 2,00—2,50, Blumenkohl per Randel 1,50—2,50, Wirsingkohl per Randel 1,00—2,00, Steinpilze per Pfd. 0,33, Leitmerer Rübren per Pfd. 0,22—0,25, Stachelbeeren per Pfd. 0,12—0,14, Äpfeln, hal. 100 Pfd. 0,00, Raiten, Berberche 22—24, Berberche Glas 10—14, Raiten, ungar. 30—35, do. 4—12, do. saure 18—22, Himbeeren, Berberche, per 100 Pfd. 25—30, Blaubeeren per Pfd. 0,13—0,16, Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 25—30, neue hiesige 0,0, neue Garten per Pfd. 0,45—0,55, hiesige 0,15—0,29, Hamburger 0,20—0,30, Rübster 0,00, Wald- per Pfd. 0,25—0,50, Blumen, ital. lange, per 100 Pfd. 18—30, Zitronen, Messina, 300 Stück 14,00—16,00, 300 Stück 14,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, Klein 7,00.

Witterungsübersicht vom 2. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wasser- temp. in 1 m	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wasser- temp. in 1 m
Stettin	767 D	Südwest	16	16	Dachau	757 SB	4	11	11
Hamburg	767 BND	2	13	13	Petersburg	764 SE	1	14	14
Berlin	767 SD	1	16	16	Scilly	763 SE	3	13	13
Frankfurt a. M.	765 R	1	14	14	Aberdeen	765 SE	2	11	11
München	764 D	5	13	13	Osaka	764 SW	—	14	14
Wien	764 R	2	15	15					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 3. Juli 1906.

Trocken, vorwiegend heiter und wärmer bei schwachen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 3. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Operntheater. Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.

Anfang 8 Uhr:
Berliner. Sherlock Holmes. Festung. Die lustige Witwe.

Schiller O. (Wälder-Theater.)
Moriw-Ober: Die Jüdin.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Mädchens-Theater). Das Glück im Winkel.

Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Lustspielhaus. Unsere Käte.

Metropol. Auf ins Metropol.
Wpoko. Das blaue Bild. Spezialitäten.

Carl Weiß. Sündige Liebe.
Wintergarten. Tortajada. Spezialität.

Wassage. Billy Prager. Spezialität.
Wieshofen. Stettiner Sänger.

Uraus. Taubentanz 18/19.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.
Ferdinand Bonn.

Berliner Theater.
Sherlock Holmes.

Anfang 8 Uhr.
Mittwoch und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Dienstag, den 3. Juli:
Gastspiel E. Ischlerdo.

Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.
Mittwoch: **Nignon.**

Vorverkauf im kgl. Opernhaus.
Schalter II. A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerzeit 1906.

Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Borkenkaufgebühren.)

Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
„Unsere Käte“.

Sommerpreise: Carl-Fantel 3,20.
Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollander.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Das große Spezialitäten-Programm.

François Köhlig, Zaubermeister.
Chiara u. Scuro, Jongleuren.
Annetta Savary: Retour du Sahara.

Jean Paul, Humorist. Wundergrotte.
Freddie v. H. Hageborn. Das blaue Bild u. Paul Linde. The six Flying Rocking Girls. — Donnerstag, 5. Juli, 8. 1. 22. — Berlin im Omnibus.

Carl Weiß-Theater.
Dr. Trautweinstr. 132.
Täglich 8 1/2 Uhr:

Sündige Liebe.
Familientragödie in 4 Akten v. G. Hoff.
Im Garten: Neues Programm.
Anf. 5 Uhr. Mittwoch: Erstes großes Kinderfreudenfest.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 10.
Wenn schön: Wenn schlecht:
Im Garten! Im Saal!

Ein Kind der ersten Liebe.
Lebensbild mit Gesang in 2 Akten von Kellinger.
Dazu die kritische Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr.

Passage-Theater.
Heute das glänzende Spezialitäten-Programm.

Etablissement Bughenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten best. in den unteren Sälen.
Gottschalk-Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

Urania Taubenstr. 43/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

Sternwarte Invalidenstr. 57/52.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:

Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

WINTERGARTEN
Tortajada, spanische Tänzerin und Sängerin.
MIB Orford mit ihren dressierten Elefanten.

Catherine Bartho, Tänzerin.
Eugenie José, Lebende Bilder.
Troba, Jongleur.

Mlle. Farfalla, Paris-Soubrette.
Paulinetti & Piquo, kom. Reckturner.

Imro Fox, Illusionist.
Frank Kern m. Hund „Bolzen“.
Die Sleedes, „Das geheimnisvolle Haus“.

Creo Bros., komische Akrobat.
La Béral, Phantasiotänzerin.
Der Biograph.

Bernhard Rose-Theater
Schindbrunnen, Badstraße 58.
Täglich: Das große 7-aktige Juli-Programm.

Carl Braun, wandlungsfähiger Spieler in seiner Komödie
Sherlock Holmes.

Paul Coradini.
Zum 30. Male:
Die Gauklerin.

Ein. 4 1/2 Uhr. Entree 30, num. 31. 50 Pf.
Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk.
Vollbelustigungen aller Art.
Die Kaffeehäuser ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.

15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Vollständ. in 3 Akten von Lindner.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater
Kostanien-Allee 79.
Täglich: **Amor von heute.**

Milareo, Humorist. Varadi-Duett.
Rebosa, Dressurnummer. Die Einbrecher von New York, Cant. The Piccad. Konzert. Ball.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumerleier Platz 50 Pf.
Reichshallen.

Stettiner Sänger.
(Meysel, Pietro, Britton, Böhm, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader)

Anfang
Wochentag
8. Sonntag
8. Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser Str. 4a.
Der Garten ist eröffnet.
Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzen.

Neu! Studentenstreiche.
Entr. 30 Pf., num. 31. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5. Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.

Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Glück!
Man findet es in reichem Maße, lobt man Lotterie **Gustav Haase.** Neue Königstr. 86.
Lose aller erlaubten Lotterien.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Moriw-Ober.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.
Große Oper in 5 Akten von Gade.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Rattenfänger von Hameln.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Afrikanerin.

Freie Volksbühne.
General-Versammlung
Mittwoch, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr.
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Geschäftsbericht des letzten Quartals. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Diskussion. 4. Antrag des Vorstandes. 5. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obmänner.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Die alten Mitgliedskarten brauchen erst am 5. Juli in den Zahlstellen abgegeben zu werden zum Umtausch, da die Karten bei der am 4. Juli stattfindenden Generalversammlung als Legitimation dienen.

Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist. Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
229/5

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).

Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Täglich: Vom 1. bis Die größte Sensation und 16 Löwen
30. Juli: beste Gruppe der Welt:
im Salon des Vorabendbüblers.

Ein Dompteur, eine Tänzerin und eine Künstlerin mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Vögel aus den Händen des Dompteurs.

Amerikas beste Akrobaten:
The Carl Dammon-Troupe
Prinzeß Rajah, die hawaiische Schönheit

Fritz Brand, Berlins bester Salon-Humorist mit neuem Repertoire
und das beste Programm Berlins.
Kaffeehäuser, Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentag 20 Pf., Sonntag 30 Pf.

Hygienische Dr. Schünemann
Spezial-Prakt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn- 10-12 Uhr.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Ausnahmepreise für Juli.
A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3040.
Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Ztr. an:

Prima la Guldine (Gesamte Marken) pr. Ztr. 75 Pf.
la Marienguld pr. Ztr. (110 bis 120 Stk.) 78 Pf.
la Diamant (110 bis 120 Stk.) 80 Pf.
la Ute u. Ute pr. Ztr. 85 Pf.
la Anthrazit Gade 3, 2, 10 Stk.

Kohle, Steinkohle usw. zu den billigsten Tagespreisen. Kullierung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Belegungen und größeren Abgängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Kinderwagen-Kuhlicke
nur Neue Königstr. 43, 1 Tr. 1/2.
Ede. Alte Schützenstr. a. Wiegandplatz.

Kinderwagen, Kindersportwagen, Bettstellen pp.
kaufen Sie nicht, bevor Sie meine Kataloge gesehen haben, gratis u. franko.

BOSCO!

Schweizer Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63, 74.

Täglich: **Spezialitäten** und **Theater-Vorstellung.**
Zum Schluss: **Elternlos.** Berliner Lebensbild in 2 Akten.
Som 1. Juli ab neue Spezialitäten. Entree 30 Pf.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Extra-Preise für Reise-Artikel!

Badelaken, extra groß	4,35, 2,65 M.
Bademantel, weiß und farbig	3,85 M.
Frotteierhandtücher	1,15 M., 85, 42 Pf.
Badeanzüge	2,45, 1,85, 1,15 M.
Bademützen	1,10 M., 36, 14 Pf.

Segeltuchkoffer, braun, mit Ledereinfass.	3,65, 2,95, 2,65 M.
Segeltuchkoffer, braun, mit Falten	4,65, 3,65 M.
Reisekörbe	Länge 50 55 60 70 75 cm 5,95, 6,95, 7,65, 8,95, 10,35 M.

Damen-Plaids, neueste Muster	2,35, 1,85, 1,45 M.
Touristen-Hemden	1,95, 1,45 M.
Reisemützen, in einfarbig und schottisch	1,65 M., 95, 38 Pf.
Südwester, weiß, grau, mode	1,10 M., 96, 45 Pf.
Herrn-Oberhemden aus Perkal und Zephir	3,45, 2,65 M.
Garnituren, farbige Serviteurs und Manschotten	1,15 M., 80 Pf.
Westen-Gürtel	1,45 M., 90 Pf.

Damen-Hemden, Achsel- u. Priesenform, aus Hemdent m. Spitzen	1,35 M., 98 Pf.
Damen-Beinkleider, Passen o. Knieforn mit Stickerei	1,35 M., 98 Pf.
Damen-Nachtjacken mit Spitzen und Stickerei garniert	1,65, 1,45 M.
Gürtel-Korsetts	1,45 M., 78 Pf.
Empre-Korsetts	1,85, 1,35 M.
Touristentaschen aus Segeltuch mit Riemen	1,45 M., 98, 68 Pf.
Rucksäcke aus grünem Jagdleinen mit Lederriemen	1,45 M., 98, 58 Pf.
Damen-Courier-Taschen aus Leder	1,85, 1,45 M., 98 Pf.

Reise-Kissen	95 Pf.
Reise-Plaidhüllen	1,12 M.
Reise-Schirmhüllen	38 Pf.

Strandschuhe, grauer Stoff mit Lederbesatz	3,85, 3,45 M.
Reiseschuhe für Damen, Herren und Kinder	2,65, 2,35, 1,85 M.
Damen-Spangenschuhe	2,95, 2,65 M.
Damen- u. Reispantoffel aus Tuch	68 Pf., 48 Pf.

Damen-Halbhandschuhe, weiß schwarz farbig	28, 38, 68 Pf.
Lange Halbhandschuhe, durchbrochen	95, 58 Pf.
Kinder-Strümpfe in Jacquard und geringelt	58, 38 Pf.
Damen-Strümpfe, geringelt	Paar 45 Pf.
Touristen-Socken, geringelt	Paar 38, 14 Pf.

Reise-Kartons	1,35, 1,15 M., 98 Pf.
Reise-Necessaires	4,85, 3,65, 2,85 M.
Luftkissen in glatt und überzogen	1,65 M., 98 Pf.

Hängematten	3,45, 2,35, 1,95 M.
Sandsplele	98, 45 Pf.
Krokets	2,85, 2,35, 1,85 M.
Sommerspiele	1,05 M., 48, 23 Pf.
Picknick-Dosen	1,18 M., 85, 48 Pf.
Triumph-Stühle	3,95, 2,70, 1,95 M.
Reiseflaschen	18, 15, 12 Pf.

Doppelte Rabatt-Marken Dienstag, Mittwoch, Donnerstag.

Turm-Str. 76. Lachmann & Scholz Otto-Str. 1.

